Herbst 2013
Nr. 62, 19. Jahrgang
Ladenpreis: 3,80€

Zeitung für Umweltschutz von unten

grünes blatt



ausgelaufene Uranmine Talvivaara, Finnland

Nein zu Uranabbau

AKW Leningrad 1+2, Russland

AKW Oskarshamn,

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Tja. Es ist mal wider so weit. Ein neues grünes blatt ist da. Das wir, schon wieder, und nun das dritte mal in Folge im Zeitplan liegen, ist ja schon fast keine Erwähnung mehr wert. Aber eben nur fast.

Auch das dritte Mal in Folge muss ich an dieser Stelle den Hambacher Forst erwähnen. Nachdem dort während der letzten beiden Layouts die jeweiligen Besetzungen geräumt wurden, ist nun eine frappierende Verbesserung eingetreten: Es wurde gerade eine neue Besetzung errichtet. Und jedenfalls zum Drucktermin auch noch nicht wider geräumt. Im Heft haben wir zum Braunkohlewiderstand diesmal tatsächlich leider gar nichts, es hat keine*r was geschrieben. Das darf gern wieder anders werden! Über das Hambacher Loch und RWE informiert derweil: hambacherforst.blogsport.de.

Darüber hinaus gibts hier auch tatsächlich harte redaktionelle Fakten zu vermelden: Der Artikel „Rechtslastig in die Katastrophe" auf Seite 20 erwähnt eingangs seine Zensur auf linksunten.indymedia.de. Er war als verschwörungstheoretisch eingestuft worden. Zum Druckzeitpunkt dieses hier vorliegenden Machwerkes war er jedoch wieder freigeschaltet.

Und sonst noch was? Nächster Redaktionsschluss ist der 24. November 2013. Bitte pünktlich! Wie immer! Wer zu spät schickt hat verloren... Ab dem 25. November darf dann fleißig mitgelayoutet werden.

Impressum

grünes blatt –
Zeitung für Umweltschutz von unten
http://gruenes-blatt.de

Redaktion
grünes blatt – Redaktion
Am Bärental 6
D-04720 Döbeln
Fon: +49 3431/58 94 170
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de

Spendenkonto:
GLS Bank
KNr.: 110 17 40 600
BLZ: 430 609 67

Verlag
SeitenHieb Verlag
Duburger Str. 47 | D-24939 Flensburg
www.SeitenHieb.info
Info@SeitenHieb.info
+49 700-seitenhieb (73483644)

Autor*innen dieser Ausgabe
Falk Beyer (V.i.S.d.P.), Rowena, Onno Oncken, Jörg Bergstedt, Hanna Poddig, Karl-Caspar Linde, Kardan,u.a.

Satz und Layout
Dominik, Rowena, Falk Beyer, Jörg Bergstedt, Karl-Caspar Linde, G. Beck, Kardan, u.a.

Fotos auf der Titelseite
Talvivaara: cc-by-nc-nd Greenpeace Finland, Nej till uranbrytning: cc-by-nc-sa Aktionsgruppen för ett atomkraftsfritt Åland, Lego: cc-by-nc Eric Constantineau, Leningrad NPP 1 & 2: public domain, Oskarshamn: cc-by-sa Anchor2009 (wikimedia commons), Rückseiten-Textur: cc-by-nc pareeerica

Auflage: 1500 Hefte
Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt. Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der emanzipatorischen Ökologiebewegung. Die Redaktion bilden unabhängige Mitarbeiter*innen. Die Arbeit der Redaktion wird über ein offenes Wiki im Internet koordiniert:

http://gruenes-blatt.de/redaktion/

Zum Schutz vor Spambots und automatischer Indizierung des Redaktionswikis ist dieses passwortgeschützt:

redaktion // grbl-passwort

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen, schon allein weil es „die" Kollektivmeinung nicht gibt.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Versandkosten (3 EUR) bei der Redaktion nachbestellt oder unter http://gruenes-blatt.de gelesen werden.

Aktionsaufruf Grüne Woche 2014

aggw Anlässlich der Messe „Internationale Grüne Woche“ vom 17. - 26. Januar 2014 rufen wir dazu auf, entschlossenen Protest und Widerstand gegen das heutige Landwirtschafts – und Ernährungssystem am Messegelände in Berlin auszudrücken.



Foto: ALI

Warum gegen die Grüne Woche?

Als weltgrößte Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau steht und wirbt die Grüne Woche für all jene unmenschlichen, tierfeindlichen und unökologischen Aspekte des kapitalistischen Landwirtschaftssystems, gegen die Millionen Menschen weltweit seit Jahrzehnten und Jahrhunderten gemeinsam kämpfen. Wir wollen unser Nicht-Einverständnis an diesen Ort tragen und für solidarische, gerechte, nachhaltige und gemeinsam selbstbestimme Arten des (Land-)Wirtschaftens von unten eintreten.

Was ist unser Ziel?

Unser Aktionsziel ist, den üblichen Geschäfts- und Propagandaablauf der Internationalen Grünen Woche (IGW) öffentlich sichtbar zu stören. Natürlich möchten wir zum einen die Messe-Besucher*innen erreichen. Daneben wollen wir aber vor allem die starke überregionale Medienpräsenz nutzen, um weit über die Messe hinaus möglichst viele Gründe zu thematisieren, mit der herrschenden Form von Landwirtschaft nicht einverstanden zu sein, sich ihr in den Weg zu stellen und Alternativen aufzubauen. Denjenigen, die vom jetzigen in jeder Hinsicht ausbeuterischen System profitieren und es verteidigen, möchten wir signalisieren, dass sie dabei weder unbeobachtet noch ungestört bleiben.

Was stellen wir uns vor?

Derzeit sind wir noch in einer frühen Planungsphase. Wahrscheinlich werden wir zu einer größeren öffentlichen Protestaktion mobilisieren. Darüberhinaus möchten wir andere Aktive und Gruppen motivieren, eigene Aktionen zu ihren bevorzugten Themenschwerpunkten zu organisieren. Im Idealfall entsteht am Messegelände ein buntes Ensemble sich ergänzender Aktionen mit unterschiedlichen Blickwinkeln, unterschiedlichen Handlungsformen und unterschiedlichen Hemmschwellen, so dass sich alle, die sich beteiligen möchten, in einer oder mehreren der Aktionen wiederfinden können.

Während der Aktionen wollen wir besonnen vorgehen und eine Situation schaffen, die für alle Aktiven transparent ist und in der die Aktionsteilnehmer*innen solidarisch aufeinander achten und sich unterstützen. Wir werden wahrscheinlich als unbequem und störend wahrgenommen werden, dürfen uns aber nicht provozieren lassen, damit wir oder andere nicht gefährdet werden. Wir möchten auf gar keinen Fall, dass bei unseren Aktionen Individuen (menschlich oder nicht-menschlich) zu Schaden kommen.

Was möchten wir nicht?

Wir, die Autor*innen dieses Aufrufs, verstehen uns als Teil aller emanzipatorischen Bewegungen, die gegen Herrschaft, Ausbeutung und Diskriminierung (z.B. Sexismus, Rassismus, Klassismus) kämpfen.

Für uns gehört dazu auch der eindeutige Kampf gegen jede Ausbeutung und „Nutzung“ nichtmenschlicher Tiere (z.B. Zucht, Haltung und Tötung). Wir wissen, dass diese Einstellung derzeit von vielen emanzipatorisch Aktiven nicht geteilt wird. Wir laden auch Euch ein, Euch an unseren oder mit eigenen Aktionen zu beteiligen, möchten Euch aber bitten, in diesem Rahmen nicht für irgendeine vermeintlich bessere Form der Tierhaltung (Bio, Demeter, Neuland, kleine Bauernhöfe, ...) als Alternative zu werben.

Ebenso wünschen wir uns, dass im Rahmen dieser Aktionen nicht für Parteien und religiöse Organisationen geworben wird (z.B. in Form von Fahnen, Logos oder Pressestatements mit solchen Organisationsnamen). Wir halten solche Strukturen eher für Teil des Problems als ein Teil der Lösung.

Werdet aktiv!

Überlegt Euch, ob Ihr mit Euren Freund*innen, mit Eurer Gruppe oder als einzeln Aktive nicht Lust habt, selbst etwas nach Eurem Geschmack gegen die unsägliche Propaganda der Grüne Woche zu organisieren – egal ob geheim im kleinen Kreis oder vorher öffentlich angekündigt. Wenn Ihr möchtet, dass wir Eure Aktion im Vorfeld auf der Aktionswochen-Website ankündigen und dafür mobilisieren, oder wenn Ihr mit uns zusammen am organisatorischen Rahmen der Aktionswoche arbeiten wollt, meldet Euch gerne einfach bei aktionen-gruene-woche@riseup.net.

Für ein kraftvolles und wahrnehmbares politisches Signal gegen die allumfassende Ausbeutung von Tier, Mensch und Natur im kapitalistischen System!



Foto: ALI
Foto: Berti

Schöner Leben ohne Knäste...?

Trampen. Atomkraftdebatte.

hanna Ja, die Kritik sei schon richtig, aber wo sollte der ganze Strom dann herkommen? Wie? Weniger sollten die Menschen verbrauchen? Ja, aber erstens die Chinesen machen doch eh was sie wollen und außerdem sei das zwar logisch und richtig, den Kapitalismus als Wirtschaftssystem zu überwinden, aber, also, vorstellbar sei es nun wahrlich überhaupt nicht. Ja, ja, schon notwendig, da läge ich richtig, aber eben einfach nicht möglich. Solidarischer Umgang? Nein, das ginge nicht. Also sie persönlich ja schon, aber alle anderen Menschen, die seien einfach quasi genetisch schlecht und böse. Aber an einem selber würde es natürlich nicht scheitern mit der Solidarität, aber die anderen müssten natürlich anfangen und dann seien da ja auch immer noch die Chinesen...

Szenenwechsel - „Gegen Käfige und Knäste"

Das steht auf dem Pullover von wem, der da in der Fußgänger_innenzone Flyer verteilt. Darauf steht was von veganen Burgern und Solipartys für wegen Nerzfarmbefreiungen von Repression betroffenen Menschen. Ich glaube dem, dass er den Spruch ernst meint, aber es bleibt eine gewisse Skepsis. Skepsis, ob in den Zusammenhängen, die beim Soja-Latte-Macchiato über Brandanschläge auf Mastanlagen und Kuchenrezepte reden (was natürlich richtig und wichtig ist) tatsächlich über eine Welt ohne Knäste geredet wird. Die haben schließlich genug ureigene Debatten am Hut. Weil es den meisten Salami-Tiefkühl-Pizza essenden, unpolitischen Volldeppen undenkbar und unvorstellbar und absurd erscheint, dass sich diese Welt auch ohne Mastanlagen und Tiefkühlkadaver weiter drehen würde, läge auf ihrer Pizza Seitan statt Salami.

Die Liste der unvorstellbaren Utopien ließe sich beliebig fortsetzen. Schon die allerkleinsten Veränderungsvorschläge wirken komplett undenkbar, naiv, weltfremd.

„Ich wünsche mir eine Welt ohne Knäste"

Stille. Pause. Mitleidige Blicke ob meiner Dummheit. Ob ich denn wirklich wollen würde, nein, also, man wolle mir ja nicht zu nahe treten, ich hätte das sicherlich bisher nicht bedacht, die Sache mit den Vergewaltigern. Denn die könnten ja nun wahrlich nicht freigelassen werden, das hätte ich ja sicherlich nicht gemeint...? Und jetzt schauen sie in meine Richtung, suchen Bestätigung, wollen was kleinlautes, entschuldigendes, zurückruderndes, relativierendes. „Freiheit für alle Kinderschänder" antworte ich. Jetzt ist es vorbei, die Stille weicht fassungslosem Entsetzen, derben Beschimpfungen, Beleidigungen.

Und nun?

Ich will einen Utopietext schreiben über eine Gesellschaft ohne Knäste. Utopische Texte? Da sind die ersten Assoziationen Positivbilder einer Welt, wie ich sie mir wünsche. Utopie



Zeichnung: Günter Finneisen

beschreiben ist was schönes, was aufmunterndes, etwas, was Kraft und Ansporn gibt, weil ich mir ausmalen kann, wofür ich kämpfe. Für eine Welt, in der es nicht möglich ist, dass die einen die Folgen ihres Handelns den anderen aufbürden, für eine Welt in der Menschen lieben können wen sie wollen, für eine Welt, in der ich nicht bei allem, was ich esse, trinke, atme und betrete Angst haben muss, vergiftet zu werden. Eine Welt, in der Menschen viel Zeit haben, das zu tun, worauf sie Lust haben, weil der reproduktive Rest an Arbeit überschaubar ist und gemeinsam erledigt wird.

Mein Dilemma:

Die Utopie einer Welt ohne Knäste muss sich mit unbequemen Themen befassen. Sie muss benennen, dass es immer zu Gewalttaten unterschiedlicher Grausamkeit kommen wird. Bei aller Horizontalität und Solidarität, werden doch weiterhin Konflikte entstehen, die Handlungen provozieren, die heute als „Kriminalität" bezeichnet werden. Ich merke beim Schreiben ein Problem: Ich kann den Weg skizzieren, aber kaum das Ziel. Der klassische utopische Blick, zuerst zu beschreiben, wie ich es gerne hätte, um dann zu fragen, wie ich da hinkomme, funktioniert nicht. Vielleicht ist die Funktion in meinem Kopf bloß eingerostet oder ausgefallen oder wir führen zu wenig Utopiedebatten? Zurück in die Zukunft: Eine Welt ohne Knäste, ohne staatlichen Polizei-, Straf- und Justizapparat. Und da passiert dann all die Scheiße einfach auch, die heute zwischen Menschen passiert...? Puuh, anstrengende Vorstellung. Der Haken: Um eine Welt ohne Polizei, Gerichte und Knäste zu erkämpfen, brauchen wir schon andere Menschen. Es ist eine Frage nach Ursache und Wirkung. Was muss alles schon passiert sein, damit die staatliche Autorität in sich zusammenfällt? Müssen dafür nicht bereits ganz neue Vorstellungen dessen, was „gut" und „wünschenswert" ist, in den Köpfen sein? Ungehorsam, Widerspruch und Dissens als so was wie eine neue „Leitmoral". Und mit dem Zurückdrängen staatlichen Einmischens in zwischenmenschliche Angelegenheiten ginge womöglich einher, dass Menschen sich mehr zutrauen, mehr von sich halten, selbstbewusster agieren, anfangen zu begreifen, dass es keinen erhöhten Standpunkt gibt, von dem aus irgendwer die Welt richtiger oder besser deuten könnte. Dass es ihn nie gab und es eine verdammte Lüge war, uns das einzutrichtern. Wer das erkannt hat, wird den Glauben an

Autoritäten verlieren.

Bericht aus Berlin Neukölln aus dem Jahr 2057

Wir haben das längst überwunden mit diesen arroganten Robenträger_innen. Ich will selber drüber diskutieren, wie wir hier im Kiez mit Konflikten umgehen. Und ehrlich: Was hatten wir früher alles verinnerlicht an Scheiße? Weggucken, wegducken, Bullen rufen. Die können das eh besser, die haben das gelernt. Und eigentlich wussten wir es alle auch da schon besser. Die konkreten Erfahrungen mit den Uniformierten waren beschissen. Auf welcher Seite sie standen war klar, Sensibilität und Kompetenz totale Fehlanzeige bei den staatlich bezahlten GewalttäterInnen in Uniform.

Und die ganzen Eingesperrten, denen wurde erzählt, das sei gut für sie. Als gäb's nen Osterhasen. Nur Regeln und Gewalt und keinerlei menschliche Nähe um dich rum und dann sollst du ein besserer Mensch werden? Die Logik ist echt bekloppt gewesen. Ohne Knäste gibt's auch viel weniger Kriminalität. Is ja auch klar, wenn ich weniger Anstalten hab, in denen Menschen kaputt gemacht werden, kommen am Ende weniger kaputte dabei heraus. Hat trotzdem ganz schön lange gedauert, bis wir das kapiert hatten.

Wir haben jetzt so Schlichtungsräte. Klingt spießig, ich weiß. Is aber eigentlich OK. Ist auch echt erstaunlich, was es manchmal für Optionen gibt. Früher, da dacht' ich, es gäb nur schwarz und weiß, also gut und böse, gewinnen und verlieren. Aber das ist garnicht so, es gibt viel mehr. Heute sind die Bahnen und Busse umsonst und was die Leute an Substanzen konsumieren is halt ein persönliches Ding. Wenn Leute abstürzen is schon traurig und alles – aber denen hat der Knast ja früher auch nicht geholfen. Also es gibt halt heute keine „Drogenkriminalität" mehr und die ganzen Knäste voll mit Schwarzfahrer_innen, ich hab gehört, damit waren echt ganze Knäste voll, die wurden als erstes abgeschafft. Aber Scheiße passiert heute natürlich immer noch.

Wie das jetzt hier so läuft?

Ach, so ganz kann ich das gar nicht beantworten. Weil wir in den vielen Diskussionen irgendwann darauf kamen, dass die meisten „Verbrechen" ja eine Vorgeschichte haben, haben wir beschlossen, dass wir da mehr hin gucken müssen. Früher schon. Wenn ich jetzt im Park ein Gespräch mitkriege in dem Leute nicht korrekt miteinander umgehen, tu ich nicht mehr so, als würd' ich es nicht hören, sondern mische mich ein. Das ist manchmal echt anstrengend. Aber die Leute haben sich auch geändert, die finden das gut. Also nicht alle, aber viele sind dankbar für das Feedback von außen.

Die Frage nach den Vergewaltigern ist noch offen, ich weiß. Die Leute, die auch Freiheit für die gefordert haben, fand ich immer blöd, weil mir das doch zu weit ging. Aber heute sehe ich das anders. Klar war das ne Provokation und ne befriedigende Antwort hatten die ja auch nie. Aber wir hätten es ohne die nie diskutiert. Wie es heute ist? Für pädophile Menschen haben wir zum Beispiel Anlaufstellen aufgebaut, so ein bisschen so wie die anonymen Alkoholiker. Weil wir dachten, dass es vielleicht hilft, wenn wir pädophilen Leuten Möglichkeiten aufzeigen und sie nicht immer bloß raus werfen. Manchen hilft das, weil sie eine Alternative zum Schämen und Verstecken bekommen haben und zumindest wissen, wo sie sich Hilfe gegen ihre „Krankheit" holen können. Wenn Übergriffe oder Vergewaltigungen passieren, gibt es hier nicht immer die gleiche Lösung. Ach was, abschließende Lösungen haben wir ja auch ohnehin nicht. Bei uns hat halt alles mit ganz viel Kommunikation zu tun. Es gibt dann Täterarbeitsgruppen und die treffen sich mit den Opfergruppen. Meistens gibt's erstmal ne Sofortmaßnahme zum Schutzraum-Aufbau, also dass den „Tätern" nahe gelegt wird, mindestens vorerst wegzufahren. Es gibt so Landtherapiekommuneprojekte, die sich auf sowas spezialisiert haben und wo so Arschlöcher erstmal hin können. Vor den Projektleuten da hab ich echt Respekt, also dass die das versuchen mit so Leuten zu arbeiten. Wenn die Täter da freiwillig hingehen, werden sie erstmal nicht geoutet, um ihnen nicht alle Chancen für später kaputt zu machen. Aber wenn die auf Vorschläge nicht eingehen, dann gibt es Outings. Das ist schon irgendwie auch Strafe. So ganz überwunden haben wir das Konzept Strafe wohl auch noch nicht. Und irgendwie sind wir im Nachhinein auch oft unzufrieden mit unserem Umgang, ist halt alles noch ein langer Weg...



Foto: Pay Numrich

Knastkämpfe in Kalifornien

apendix Am 5. September 2013 erklärte ein Gefangenenkollektiv, den koordinierten Hungerstreik am 60. Tag zu unterbrechen:

„Wir wollen klarstellen, dass unser Widerstand gegen jahrzehntelange staatlich verhängte Folter durch das System der Isolationshaft noch lange nicht vorbei ist. Unsere Entscheidung, den dritten Hungerstreik in zwei Jahren zu unterbrechen, wurde nicht leichtfertig gefällt. Aus unserer Perspektive haben wir ein weites Stück des Weges zu unseren Zielen errungen. Nichtsdestotrotz gibt es noch viel zu tun. Unser Widerstand wird weiter aufgebaut und wird wachsen, bis wir unsere Menschenrechte erkämpft haben."

Das erste Mal starteten Gefangene einen Hungerstreik mit tausenden Streikenden im Juli 2011 - 12.000 Gefangene, sowie einige Familienmitglieder und Unterstützer*innen waren beteiligt. Aufgrund eines Versprechens des CDCR (California Department of Corrections and Rehabilitation), weitreichende Verbesserungen zu erwirken, wurde der Streik beendet. Nachdem die Versprechungen immer wieder ins Leere liefen, begannen einzelne Gefangene ab 1. Juli diesen Jahres einen unbefristeten Hungerstreik, dem sich am 8. Juli 30.000 Gefangene aus zwei Dritteln der kalifornischen Gefängnisse anschlossen, die meisten davon selbst nicht in Isolationshaft.

Logo des Hungerstreiks

Von den Koordinator*innen wurde stets dazu aufgerufen, zu reflektieren, ob es für eine*n noch Sinn macht, den Hungerstreik aufrecht zu erhalten und keinen Gruppendruck aufkommen zu lassen, dass kämpfende Gefangene gegen ihren eigenen Willen weiter hungern. Am 5. September waren 100 Gefangene in Hungerstreik, von denen 40 die gesamten 59 Tage feste Nahrung verweigert hatten. Nach 10 Tagen Hungerstreik wurden 16 Menschen, die als Leitende Personen herausgepickt wurden, in tiefere Isolation verlegt: Neben den SHU (Security Housing Unit)-Einheiten gibt es Ad-Seg (Administrative Segregation)-Trakte.

Hierzu ein Gefangener:

„Der Unterschied zwischen Ad-Seg und SHU ist folgender:
In SHU dürfen Häftlinge Privatbesitz haben: Bücher, TV, Schreibmaterial, Essen, Photos, usw.. Ein SHU-Häftling, der in die Ad-Seg verlegt werden soll, wird in seiner Zelle gezwungen, sich nackt auszuziehen, bekommt (neue) Anstaltskleidung und wird in ein separates Gebäude zur Ad-Seg eskortiert. Dort kommt der Mensch in eine leere Zelle mit nichts als den Klamotten bei sich."

Am 19. August erging ein richterlicher Beschluss, wonach hungerstreikende Gefangene zwangsernährt werden können, wenn irgendwie konstruiert wird, dass sie ihre eigene Erklärung, dass sie das nicht wollen, in nicht-zurechnungsfähigem Zustand unterschrieben oder – von den Gangs – zur Unterschrift genötigt worden seien. Am 28 wurde dieser Beschluss dann auch angewandt und 51 Häftlinge zur Zwangsernährung in eine medizinische Einrichtung verschubt.

Am 22. Juli starb der hungerstreikende Gefangene Billy Michael Sell. Die Todesursache ist umstritten.

Neben der Masse an Involvierten ist als relativ neue Entwicklung zu beobachten, dass sich die Gefangenen nicht länger nach Hautfarbe, Klasse oder – tatsächlicher oder unterstellter – Gangzugehörigkeit spalten lassen. Im Gegensatz zu deutschen Verhältnissen sind Knastaufenthalte in den USA weniger tabuisiert. Angehörige zeigen sich öffentlich unterstützend und scheinen sich weniger für ihre inhaftierten Bezugspersonen zu schämen oder dergleichen.

Ich halte für plausibel, dass diese

Was ist eine Security Housing Unit?

- eine ca.1.85 x 2.75m Zelle, ein Knast im Knast, in dem sich ein*e Gefangene*r mind. 22 Stunden pro Tag aufhält
- sensorische Deprivation (Mangel an Außenreizen, weiße Folter): kein Sonnenlicht, keine frische Luft, keine Ausbildung oder Möglichkeiten einer Weiterbildung und keine Telefonate
- sehr wenig menschlicher Kontakt, oft nicht einmal mit Wärter*innen, dafür rund um die Uhr elektronische Überwachung
- gelegentlicher Freigang in einem überdachten schmalen Innenhof, der nur wenig größer ist als die Zelle, Leibesvisitationen, Hand- und Fußketten bei jedem Verlassen der Zelle

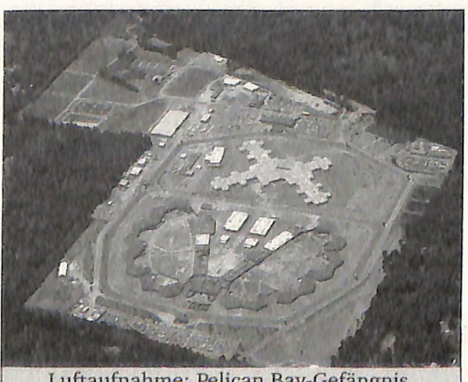
Wer ist dort?

Gefangene (85% people of color), die das CDCR (California Department of Corrections and Rehabilitation) aus den 32 anderen Gefängnissen aussucht wegen:

- Gangmitgliedschaft (sehr häufig)
- juristische Unterstützung anderer Gefangener
- Verweigerung der Kooperation mit dem Knastsystem
- „Politische Gefangene", Verbindungen mit politischen oder anderen sozialen Gruppen außerhalb des Knastes
- mehrfacher Verstoß gegen kleinere Regeln
- Gefangene, die psychisch krank oder labil sind
- Jeder wenn die anderen Zellen voll sind und dort welche frei

Wie kommt mensch dort wieder heraus?

- Aussagen über andere Gefangene ("Debriefing") oder zukünftige Spitzelaktivitäten
- 6 Jahre ohne (behauptete/ nachgewiesene) „Gang"-Aktivitäten
- Sterben
- gelegentlich durch Begnadigungen



Luftaufnahme: Pelican Bay-Gefängnis
Foto: commons.wikimedia.org



Supermax(imum-security)-Zellentrakt
Foto: Andy Worthington

Antiknasttage, die Erste

15. – 17. November 2013, Bielefeld, Infoladen Anschlag

Kontakt: antiknast@riseup.net

https://infoladenanschlag.wordpress.com

Antiknasttage, die Zweite

Drei volle Tage zw. 27.12.12 und 01.01.14

Nexus, Braunschweig

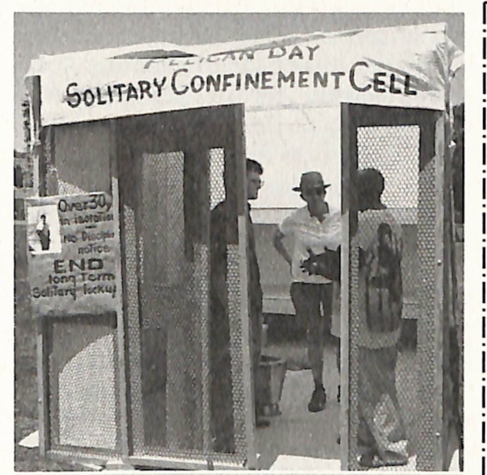
* Versuch, das Thema in der Linken präsenter zu machen
* Austausch mit Gefangenen
* Es werden noch Leute für die Orga gesucht

Kontakt: antirepbs.blogsport.de

Rubrik: Knast

Artikel für diese Rubrik kannst du bis zum 24.10.13 einsenden. Beiträge von (ehemaligen) Gefangenen sind sehr willkommen. Das grüne blatt ist für Gefangene kostenlos. Falls du von interessierten Gefangenen weißt, immer her damit.

Kontakt: knast@gruenes-blatt.de



Modell einer SHU-Zelle, das in der Umgebung von Pelican Bay aufgestellt wurde



SHU-Zelle, Pelican Bay

Unterschiede sich durch die – in den USA im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung höhere – Anzahl Inhaftierter (laut Wikipedia in den USA ca. 0,76%, in Deutschland ca. 0,078%) ergeben. 80.000 Menschen in den USA befinden sich in Isolationshaft, manche davon seit über 40 Jahren.

In Deutschland kennen relativ wenige Menschen (ehemalige) Inhaftierte, bzw. wissen davon. Dem Dualismus "wir" –, "die bösen Kriminellen" (und "mit denen hab' ich nichts zu tun") scheint wenig entgegen zu stehen - auch in der Linken.

Mehr:
www.prisonerhungerstrikesolidarity.wordpress.com
http://sfbayview.com
Kritische Stimmen zum Mittel Hungerstreik in: "Straflos" Nr. 7, über http://autonomes-knastprojekt.blogspot.de/

Forderungen der Gefangenen

1. Das Ende der Gruppenbestrafung und der behördlichen Willkür (Administrative Abuse)

Diese Forderung richtet sich gegen die Praxis des CDCR (California Department of Corrections and Rehabilitation), Gruppenstrafen als Reaktion auf Regelverstöße von Individuen anzuwenden. „Sicherheit und Schutz" werden vorgeschoben, um Strafen wie einen unbegrenzten SHU-Status und fortwährende Einschränkungen der wenigen vorhandenen Mittel und Möglichkeiten zu rechtfertigen.

2. Das Ende des Verratszwanges (Debriefing Policy) und eine Änderung der aktiven und passiven Gang-Mitgliedschafts-Kriterien

Angenomme Gang-Mitgliedschaft ist einer der Hauptgründe für die Unterbringung in Isolationshaft. Aussagen über andere Gefangene - vor allem bezüglich Gang-Mitgliedschaften - werden häufig im Austausch mit besserem Essen oder der Entlassung aus der SHU. Aussagen sind ein Sicherheitsrisiko für Gefangene und ihre Familien, weil sie dann als Spitzel" gelten.
Die Identifikation als Gang-Mitglied durch das CDCR erfolgt nach Kriterien wie Tattoos, Lesematerial und Verbindungen zu anderen Gefangenen (wobei Kleinigkeiten wie das Grüßen auf dem Gang ausreichend sein können). Viele Gefangene berichten, dass sie mit eindeutig falschen Beweisen als Gang-Mitglieder klassifiziert wurden

3. Das Ende der Langzeit-Isolationshaft - in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der "US Commission on Safety and Abuse in America's Prisons"

CDCR soll den Empfehlungen der UA-Kommission von 2006 folgen:
Die Isolationshaft soll beendet werden. SHU- und Ad-Seg-Gefangene sollen regelmäßigen sinnbringenden Kontakt haben können und von extremer physischer (Sinnes-)Deprivation verschont werden, die bekanntermaßen langfristige Schäden verursacht.
Absonderung soll nur die letzte Option sein. Schafft eine produktivere Form der Haft, z.B. dadurch, dass SHU- und Ad-Seg-Gefangene Zugang zu sinnbringenden Selbsthilfegruppen haben, zu Arbeit, Bildung, religiösen und anderen produktiven Aktivitäten, die mit einem Sinn der Gemeinschaftszugehörigkeit verbunden sind.
Schafft die Langzeit-Isolationshaft ab. "Entlasst" die von unbegrenzter Isolation Betroffenen in den Normalvollzug.
Ermöglicht SHU-Gefangenen sofortigen Zugang zu I) Ausreichend natürlichem Sonnenlicht II) Annehmbarer Gesundheitsversorgung, inklusive der Verlegung von chronisch kranken SHU-Gefangenen in die New Folsom Medical SHU"-Einrichtung.

4. Versorgung mit genug nahrhaftem Essen

Stoppt die Praxis, ausreichendes Essen zu verwehren und stellt voll- und nährwertige Mahlzeiten zur Verfügung, inklusive der Berücksichtigung von besonderen Diätanforderungen, und erlaubt Gefangenen, Vitaminzusatztabletten zu erwerben.
Es muss aufgehört werden, Essen als ein Mittel zur Bestrafung von SHU-Gefangenen zu verwenden.
Die Essensausgabe soll von einem unabhängigen Angestellten auf die Vollständigkeit der Mahlzeit überwacht werden. Die Gefangenen, deren Job es ist, in den SHU Essen zu verteilen, sollen unabhängig von dem Essen, das für die SHU bestimmt ist, mit Nahrung versorgt werden

5. Erweiterung und Einrichtung von sinnvollen Programmen und Rechten für Gefangene mit unbegrenzter Sicherheitsverwahrung (SHU)

Zum Beispiel:
Verlängerung der Besuchszeiten; ein Photo pro Jahr; ein wöchentliches Telephonat; zwei Pakete mit 13,5kg Inhalt pro Jahr mit mehr erlaubten Gegenständen und Nahrungsmitteln, incl. Waren in Originalverpackung; mehr TV-Kanäle; TV-Radio-Kombinationsgeräte oder TV und kleine, batteriebetriebene Radios; Kunstbedarf wie Malpapier, Filzstifte, kleine Stücke Buntstifte, Wasserfarben, Kreide, etc.; Jogginganzüge und Mützen; Wandkalender; installierte Klimmzugstangen und Stützbarren in SHU-Höfen; Fernkurse incl. der Möglichkeit, Klausuren zu schreiben;

online und aus

zunehmende Informationskontrolle in der Türkei

Greg Epstein, EFF und Global Voices Advocacy Intern, Übersetzung: kardan
Original: https://www.eff.org/deeplinks/2013/07/online-and-information-control-persists-turkey

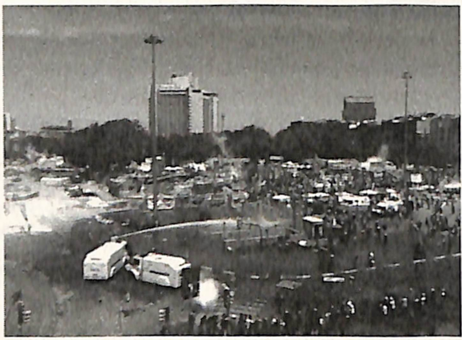
Seit Mai besetzten Demonstrant*innen in der Türkei Istanbuls Taksim-Platz. Was als Bewegung zum Schutz eines Stadtparks begann, entwickelte sich zu einer größeren Mobilisierung gegen die zunehmend autokratische Haltung der Regierung.

Premierminister Erdogan und die regierende AKP-Partei nutzten viele Werkzeuge, um die Stimmen der Opposition zum Schweigen zu bringen. Am 15. Juni begann die Polizei gegen die Menschen mit Tränengas und Wasserwerfern vorzurücken, um das große Camp im Park zu räumen. Doch die Auswirkungen physischer Gewalt und Polizeibrutalität setzen sich in der digitalen Welt fort, wo Zensur und Einschüchterung zunehmen.

Seit die Proteste begannen, wurden dutzende Teilnehmer*innen sozialer Netzwerke mit verschiedenen Anklagen verhaftet, beginnend mit „Anzetteln von Demonstrationen", über „Verteilen von Propaganda und Fehlinformation", bis hin zu „Beleidigungen von Regierungsbeamten". Dutzende weitere Twitter-Nutzer*innen wurden festgenommen, weil sie Bilder mit Polizeigewalt veröffentlicht hatten, wobei der offiziell vorgetäuschte Grund noch nicht fest steht. Aktuelle Gerichtsentscheide in Ankara befahlen die Ingewahrsamnahme von 22 Demonstrant*innen basierend auf Terrorismus-Paragraphen.



verhängnisvolle Datenspuren: Protestfotos dokumentieren nicht nur Polizeigewalt



brutale Räumung des Taksim-Platzes im Juni

Bei einer Pressekonferenz im Juni beschrieb Erdogan seine Sicht auf soziale Medien als „die schlimmste Drohung für die Gesellschaft". Dazu ist anzumerken, dass Edogan selbst ein Twitter-Konto mit 3 Millionen Abonnenten und 2.000 Nachrichten unterhält (dabei kursiert die Frage, ob das unbestätigte Konto wirklich von ihm selbst ist, oder einem unoffiziellen Unterstützer). Während die türkische Regierung bisher wenn überhaupt nur begrenzte Einmischung in soziale Medien betrieb, scheinen Regierungsbeamte neuerdings begierig auf weitere Aktionen zu sein.

Wurzeln liegen in traditionellen Medien

Obwohl aktuelle Umstände türkische Geheimdienste gegenwärtig an ihre Grenzen bringen, hat das Land eine lange Geschichte von Medienkontrolle und Zensur. 2013 nahm die Türkei auf dem jährlichen Pressefreiheits-Index von Reporter ohne Grenzen Platz 154 von 166 ein, weil seit 1992 18 Journalist*innen getötet wurden, 14 davon ungestraft. Als Antwort auf die Protestberichte wurden Presseangehörige von Polizeikräften bestraft, verhaftet und geschlagen. Institutionelle Zensur nahm überhand: Bei eskalierenden Zusammenstößen zwischen Protestierenden und der Polizei, strahlte CNN Türkei eine Pinguin-Doku aus, als CNN International live-Berichte der Ereignisse am Taksim-Platz sendete.

Von Reporter ohne Grenzen „das weltgrößte Gefängnis für Pressemitglieder" getauft, ging die Türkei besonders aggressiv bei der Festnahme von kurdischen Journalist*innen vor, legitimiert durch das bekannte Anti-Terror-Gesetz „Terörle Mücadele Yasası".

Kontrolle digitaler Meinungsäußerung

Seit 2012 haben 45% der türkischen Bevölkerung ständigen Zugang zum Internet. Der führende Internetanbieter Türk Telekom (TT), früher ein staatliches Unternehmen, wurde 2005 privatisiert aber erhielt 2007 95% der Anteile zurück. Türk Telekom kontrolliert zudem die einzige kommerzielle türkische Internettrasse.

Internetgesetz No. 5651, verabschiedet 2007, verbietet Internetinhalte aus acht Kategorien, darunter Prostitution, Vergewaltigung von Kindern, Unterstützung von Drogenmissbrauch und Verbrechen gegen (oder Beschimpfungen von) Atatürk. Das Gesetz erlaubt es dem obersten Gericht für Telekommunikation und IT (TIB), Webseiten zu zensieren bei „angemessenem Verdacht", dass diese illegale Inhalte enthalten. 2011 berichtete der EU-Beauftragte für Menschenrechte, dass 80% der Inhaltsblockaden auf Grund von Entscheidungen des TIB stattfanden, während die übrigen 20% auf traditionelle Gerichtsentscheidungen entfielen. Allein 2009 wiesen 200 Gerichtsurteile Entscheidungen des TIB über Zensurmaßnahmen von Webseiten als unvertretbar zurück, weil sie nicht in den Bereich von Gesetz 5651 fielen. Das Gesetz wurde auch kritisiert für die Abschaltung vollständiger Webseiten, obwohl nur ein kleiner Teil des Inhalts das Gesetz verletzte.

Von 2008 bis 2010 wurde YouTube auf Basis von Gesetz 5651 vollständig gesperrt, weil spezielle Videos in die Kategorie von „Verbrechen gegen Atatürk" fielen. Während dieser Zeit war Youtube die am zehnt-häufigsten besuchte Webseite in der Türkei, indem Nutzer*innen Proxies benutzten. Die Blockade wurde teilweise gelockert als YouTube die fraglichen Vi-

deos entfernte und damit der türkischen Gesetzgebung entsprach. Seiten wie Blogspot, Metacafe, Wix und andere unterliefen während der letzten Jahre ähnliche Geduldsproben. Geschätzt wurde der Zugriff auf 31.000 Webseiten für Nutzer in diesem Land geblockt.

Im Dezember 2012 befand der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (ECHR), dass türkische Bürgerrechte für freie Meinungsäußerung durch die Sperrung von Google Sites verletzt wurden. Obwohl die Türkei die Zensur von illegalen gehosteten Seiten nach Gesetz 5651 rechtfertigte, befand das Gericht, das türkische Gesetz erlaube nicht die „vollständige Sperrung des Zugriffs“ auf Hostinganbieter wie Google Sites. Zudem sei Sites nicht über die „illegalen“ Seiten informiert worden.

2011 führte die Türkei einen Zwangs-Internetfilter ein, um vorgeblich Minderheiten und Familien zu schützen. Das neue „Güvenli İnternet“, oder Sicheres Internet, sollte Webseiten basierend auf einer Schlagwortliste mit 138 Ausdrücken filtern, welche von der Telekommunikationsbehörde BTK als unangemessen erachtet wurden. Der Plan traf auf öffentliche Kritik und Proteste, wodurch die Regierung das System überarbeiten musste und es schließlich als fakultativen Dienst anbot. Während sich nur 22.000 der türkischen 11 Millionen Internetnutzer*innen für das System angemeldet haben, wird es von Kritiker*innen als Zensur diskreditiert, verkleidet als Anstrengung, Kinder und Familien vor „anstößigen Inhalten“ zu schützen.

Neue Regelungen könnten soziale Netzwerke weiter einschränken

Während die Proteste andauern, arbeitet die türkische Regierung an der Nutzung legaler Werkzeuge, um die Kontrolle über Aktivitäten in sozialen Netzwerken auszuweiten. Der Verkehrs- und Kommunikations-Minister Binali Yildirim forderte Twitter auf, ein offizielles Büro innerhalb des Landes zu errichten, um der Regierung größere Möglichkeiten zu verschaffen, Nutzerdaten von dem Unternehmen zu bekommen. Allerdings erfuhren diese Anfragen keine freundlichen Antworten von Twitter, welches sich einen Namen für den Schutz von Nutzer*innenrechten vor



Regierungsbegehrlichkeiten gemacht hat. Während Twitter Anfragen nach Metadaten und einer generellen Kooperation abwies, antwortete der Minister, dass Facebook "positiv" reagiert hätte. Kurz darauf veröffentlichte Facebook ein „Fact Check“, welches Kooperationen mit der türkischen Regierung dementierte.

Der türkische Innenminister Mudammer Güler erzählte gegenüber Journalisten, dass „das Thema [sozialer Medien] gesonderter Regelung“ bedürfe und der stellvertretende Premier Bozdag versicherte, die Regierung haben keine Absicht, soziale Medien vollständig zu bannen, aber deutete die Absicht an, „falsche“ Konten zu ächten. Verschiedene Quellen bestätigten, dass das Justizministerium an einer Untersuchung für einen Gesetzesentwurf zu diesem Thema arbeite.



„Feinde des Internet“, der letzte Reporter-ohne-Grenzen-Bericht von März 2013, listet die Türkei als „Land unter Überwachung“

Ozgur Uckan, Experte für neue Medien an der Istanbuler Bilgi Universität, meinte, „die Zensur sozialer Webseiten stellt eine technische Herausforderung dar, weshalb Offizielle von der Diskriminierung spezieller Inhalte sprechen, um Nutzer*innen einzuschüchtern und Selbstzensur zu beförern.“

Während Details dieser neuen Gesetze auf sich warten lassen, ist es wahrscheinlich, dass es erhebliche Effekte auf journalistische Arbeit und Aktivismus haben wird, besonders in Zeiten mit wachsendem öffentlichem Protest und Widerspruch.

Seit ihrer Gründung 1990 kämpft die Electronic Frontier Foundation für ungehinderten Meinungsaustausch, Privatssphäre und Transparenz, u.a mit Recherchen und Werkzeugen wie das Firefox Plugin HTTPS Everywhere und Tests, z.B. zur unfreiwilligen Identifizierung per Browser-Fingerabdruck: panopticlick.eff.org

Global Voices Online ist ein globales Netzwerk von Bloggern, welche Nachrichten über freie Meinungsäußerung und uneingeschränkten Zugang zu Informationen austauschen. Global Voices Advocacy ist spezialisiert auf Berichte und das Erarbeiten von Taktiken zur Verteidigung des Internets als unreguliertes Austauschmedium gegenüber Unternehmen, Regierung und anderen machtvollen Angreifern.

Werkzeuge und Tipps für etwas sichereren Aktivismus

kardan Während auf Privathssphäre häufig als unnötiges Gimmick verzichtet wird, nicht zuletzt, weil es unbequem ist, darüber nachzudenken, zu recherchieren und entsprechende Software zu installieren, wird sie zum essentiellen Schutz vor Repression. Noch liefern deutsche Unternehmen Verfolgungssoftware zum Testen an Diktatoren ...

Mobiltelephone enthalten bekanntlich Hintertüren und sind für sicheren Aktivismus ungeeignet – abgesehen von quelloffenen Alternativen wie dem openphoenux.org. Demobilder sollter nicht per Handy ins Netz geschickt werden, ohne sie an einem vertrauenswürdigen Rechner zu verfremdet und ohne Kamera-Metadaten anonym hochzuladen.

Um „Spy“-Buttons auf Webseiten zu entgehen – warum sollten Facebook, Twitter, Google und andere Dienste über meine Seitenaufrufe informiert werden? – gibt es die Antisocial-Filterliste für das Browserplugin Adblock zum Unterbinden des ungefragten Ladens dieser „Web-Bugs“: adversity.googlecode.com/hg/Antisocial.txt



trojanerfreie Offline-Werkzeuge für's Camp

Ticker: Agrogentechnik und ihre Seilschaften

Neues vom Acker (machen)!

(jb) Gießener FeldbefreierInnen
c/o Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903283
saasen@projektwerkstatt.de, www.biotech-seilschaften.de.vu

Jammern, die erste: Focus und Inge Broer

Mal wieder widmet der Focus der deutschen Gentechnik ein paar Trauergesangseiten (Nr. 31/2013, S. 92, www.focus.de/wissen/technik/gentechnik/tid-32751/vertreibung-einer-zukunftstechnologie-deutschland-wird-zur-gentechnikfreien-zone_aid_1055624.html). Vor zwei Jahren durfte schon Kerstin Schmidt dort ihr Herz ausschütten („wir sind auf Null"). Jetzt ist Inge Broer dran. Sie wird als Heldin gefeiert, weil sie immer noch in Deutschland bleibt trotz der widrigen Verhältnisse. Die beschreibt Focus zunächst: *„2013 wurde keine einzige gentechnisch veränderte Pflanze auf deutschen Feldern ausgesät. Von den 190 in Deutschland entwickelten transgenen Pflanzen wird nicht eine angebaut."* Dann geht es ans Jammern: *„Die Rostocker Biologieprofessorin Inge Broer ist seit Jahren ein bevorzugtes Hassobjekt der Gentechnikgegner. Sie blockierten Zufahrten zu den Versuchsfeldern, rissen nachts die Pflanzen aus und schrien auf dem Campus Biologiestudenten nieder, die sich mit Pflanzengentechnik befassen wollten."* Ein interessanter Satz, für den weder Quelle noch Zeit oder Ort benannt wurde. Bisher liegt nur die Information vor, dass Angehörige des Broer-Instituts mal einen Vortrag „Monsanto auf Deutsch" niedergeschrien haben, nachdem der Vortrag an der Uni ganz verboten wurde (2x sogar). Außerdem ist es das Broer-Umfeld, welches Bücher verbieten lassen will.

Mit GentechnikkritikerInnen hat Focus erkennbar nicht gesprochen - auch gibt es nirgends Hinweise, dass Texte über die Kritik an Broer geprüft wurden. Stattdessen die ideologietriefende Hetze über KritikerInnen: *„Transgene Gewächse werden als Frankenstein-Pflanzen verteufelt."* Dass bedauerlicherweise viele junge Leute heute kaufbar erscheinen und Jobs/Ausbildungen wählen, die Geld versprechen, während sie sich kaum noch für Politik interessieren, kommt im Focus als Hoffnungsschimmer rüber: *„„Die heutigen Jugendlichen", sagt Inge Broer, „sind viel neugieriger und unideologischer."* Bleibt als Kommentar: Ziel und Hoffnung des Kapitalismus und anderer Herrschaftsverhältnisse ist immer, dass die Leute weniger (nach)denken und einfach nur mitschwimmen. Ganz abwegig ist Broers Hoffnung da nicht.

Jammern, die zweite: Gentechnikkritik, Nazivergleiche und der Anspruch auf Wahrheit

Es gibt eine neue Schrift der Gentechniklobby, die sich mit der Gentechnikkritik auseinandersetzt. Gut - nicht mit der Breite der Kritik, sondern nur mit den oberflächlichen Slogans. Zudem wird der Einfachheit halber auf Quellenangaben gleich ganz verzichtet. Trotzdem soll das jetzt besonders wissenschaftlich sein. Ein paar Einblicke in die neue FGV-Broschüre *„Grüne Gentechnik - Das Vokabular des Schreckens"* (siehe www.gruenevernunft.de/sites/default/files/meldungen/Broschuere_Vokabular_des_Schreckens_final.pdf).

Los geht es mit Horst Rehberger im Vorwort - und gleich der erste Nazi-Vergleich: *„Dass die Sprache gerade von totalitären Systemen als Kampfinstrument eingesetzt wird, ist bekannt. Wer in einem kommunistisch regierten Land als „Klassenfeind" eingeschätzt wurde, war in der Öffentlichkeit ebenso erledigt wie ein „Volksschädling" in faschistischen Systemen. Greenpeace & Co. haben daraus offenbar viel gelernt."*

Den Haupttext schrieb Reinhard Szibor, kein Unbekannter der Gentechnikpropaganda. Er schreibt viel und an vielen Orten - von Leserbriefen in Tageszeitungen über Lobby- und seine eigenen Seiten im Internet bis zur progentechnischen Kirchenzeitung für Mitteldeutschland. Zunächst bietet er die die übliche Hetze, in der der Kritik jegliche Sachlichkeit abgesprochen wird: *„Wie kann es sein, dass der „Bio"-Boom unvermindert anhält und „bio" weiterhin als gesund und empfehlenswert gilt, auch wenn Ergebnisse in Bezug auf deren Inhaltsstoffe keine Gesundheitsvorteile im Vergleich zu konventionell hergestellten Lebensmitteln zeigen? Wie kann man es erklären, dass Gv-Pflanzen, ja selbst Produkte von Tieren, die lediglich Gv-Soja oder Gv-Mais gefressen haben, in Deutschland und anderen EU-Ländern Ängste auslösen? Klar ist wohl, dass es hier nicht um rationale Abwägungen von Vorteilen und Risiken geht, sondern dass viele andere Dinge zusammen kommen. Grüne Gentechnik (GG) dient offenbar als Projektionsfläche für alle Ängste und allen Frust dieser Welt."*

Dann zeigt sich Szibor als anti-demokratisch und Anhänger der Idee von Wahrheit: *„Als Demokrat kann man sich kaum dagegen wehren, wenn eine große Mehrheit etwas beschließt. Naturwissenschaftler waren allerdings kaum dabei, obwohl es hier um ein Thema ging, das naturwissenschaftlichen Sachverstand erfordert. ... Natürlich kann man auch demokratisch darüber abstimmen, welchen Wert die Erdbeschleunigung haben soll oder wie lang die Umlaufzeit der Erde um die Sonne ist. Aber welchen Sinn sollte das haben? Naturwissenschaftliche Wahrheit ist etwas anderes. Man misst und stellt Fakten auf ganz undemokratische Weise fest und vertritt diese, notfalls auch gegen Mehrheiten."* Das Wahrheit eine religiöse und keine naturwissenschaftliche Kategorie ist, scheint Szibor gänzlich unbekannt. Überraschend ist das nicht: Szibor ist klerikal orientiert und begründet sein Eintreten für die Gentechnik mit dem (vermeintlich) göttlichen Auftrag, sich die Erde untertan zu machen (siehe seine Seite www.gen1-28.de). Ganz in dieser Tradition wirbt er offen für ein autoritäres Vorgehen: *„Demokratie ist eben eine gute Sache und wer daran zweifelt, ist selbst*

Bücher zu Globalisierung, Eine-Welt



Loretta Napoleoni
China - Der bessere Kapitalismus
(2011, Orell Fuessli in Zürich, 320 S., 19,95 €)
Die beliebte politische Gegenüberstellung von mehr Markt oder mehr Staat erhält mit diesem Buch eine neue Variante. China mit seinem Anteil von einem Fünftel an der Weltbevölkerung wird zum Vorbild für eine geschickte und offensichtliche Verknüpfung staatlicher und marktwirtschaftlicher Mittel. Die Autorin feiert den daraus resultierenden autoritären Kapitalismus ab. Dessen Erfolgsmodell basiert aber schlicht darauf, was immer schon klar war: Die ökonomische Ausbeutung der Menschen braucht die Rute des Staates - freiwillig macht das kein Mensch. Insofern ist China nur offener und konsequenter, zumindest wird dieses behauptet. Dass alles, Staat, Markt und die immer vorhandene Verknüpfung beider, die Menschen unterwirft und ausquetscht wie reife Zitronen, ist der ehemaligen Bankerin Napoleoni vergleichsweise egal. Ob Chinas kolonial-ökonomische Eroberung afrikanischer Staaten, die ständige Verfügbarkeit von ArbeiterInnen einschließlich erzwungener Religionswechsel - für die Autorin alles nur gute Zeichen und Folgen eines chinesischen „Wirtschafts-Gens" (das Wort gebraucht sie tatsächlich).

Helmut Danner
Das Ende der Arroganz
(2012, Brandes&Apsel in Frankfurt, 256 S., 24,90 €)
Hinter dem vielversprechenden Titel verbirgt sich ein merkwürdiges Buch. Denn eigentlich wäre es überfällig, das Verhältnis zwischen Kontinenten aus der Logik von Entwicklung und deren überlegenen Unterstützern zu entreißen. Schließlich ist auch Jahrzehnte nach dem offiziellen Ende des verheerenden Kolonialismus von Gleichberechtigung keine Spur. Die führenden Industrienationen erklären den anderen Staaten die Welt, bringen Demokratie und Marktwirtschaft mit Fördergeldern, NATO-Truppen oder Geheimdienstoperationen ins Land und feiern sich für ihre Entwicklungshilfe, die meist nichts als abhängig machende Darlehen sind und zudem in Form von Wirtschaftsaufträgen und Waffenkäufen mehrfach zurückfließt. Doch was macht der Autor? Er konstruiert „den Westen" und „die Afrikaner", weist ihnen jeweils eine (nicht mehrere) Geschichte zu und empfiehlt neben weniger Arroganz seitens der reichen Länder weniger Misstrauen seitens „der Afrikaner". Dabei sind deren Regierungen nichts als offene Scheunentore für kapitalistische Wünsche großer Konzerne und reicher Nationen auf der Suche nach BilligarbeiterInnen, Ackerland und Rohstoffen, während immer noch christliche Missionare ihr Unwesen treiben. Die Herrschaftsförmigkeit der Weltbeziehungen wird im Buch ebenso unterschlagen wie die Forderungen nach Wiedergutmachung und bedingungslosen Rückzug aller imperialer Manöver und Institutionen. So stellt es eher eine Rechtfertigung für 1000 Jahre Mord und Unterwerfung dar, einschließlich der sanften Form ihrer Fortführung. Dazu passt auch der Sprachgebrauch, der immer wieder unreflektiert „verbessern" oder „entwickeln" lautet, wenn es um das Treiben „des Westens" geht.

Arne Naess
Die Zukunft in unseren Händen
(2013, Peter-Hammer-Verlag in Wuppertal, 356 S., 28 €)
Das Buch passt in keine Kategorie. Mal scheint es eine allgemeine Abhandlung über die Lage der Welt, dann füllen Erläuterungen zu politischen Abläufen und Parteien die Seiten. Am häufigsten aber prägen philosophische Überlegungen den Text. Doch trotz des Kernbegriffes „Tiefenökologie" fehlt es genau daran: Tiefe. Fast alle Darstellungen sind oberflächlich - sei es die plumpe Darstellung der parteipolitischen Landschaft als drei Richtungen mit Überschneidungen oder das ständige Beschwören ökosophischer Moral im Stil einer Religionswerbung. Der Peter-Hammer-Verlag, durchaus erfahren in der Debatte um internationale Ausbeutungsverhältnisse, muss sich fragen lassen, wie ein Buch bei ihm durchgeflutscht ist, das Sätze enthält wie: „Wichtig ist ferner, dass die führenden Industriegesellschaften den „Entwicklungsländern" dabei helfen, den Fehler der „Überentwicklung" zu vermeiden". Alle Hoffnung liegt auf den Industriestaaten, in den armen Ländern können sich „nicht die Voraussetzungen für eine verantwortungsvolle Umweltpolitik entwickeln".

dann ein Schuft, wenn die Demokratie auf einem Feld stattfindet, auf dem sie nichts zu suchen hat ..."

Und - klar - die Nazivergleiche, unter GentechnikideologInnen ja schon seit Jahren verbreitet, dürfen nicht fehlen: *„Der Anti-Gentechnik-Kampf wird ganz wesentlich auf dem Gebiet der bewussten Sprachirreführung geführt und bisher auch gewonnen. Denn NGO-Campaigner haben genau gelernt, wie man mit Sprache in die Irre führt und das umkämpfte Sachgebiet mit den eigenen Begriffen dominiert. Möglicherweise wurde die Schrift von Victor Klemperer zur LTI (Lingua Tertii Imperii, die Sprache des Dritten Reichs), als Handlungsanleitung verwendet?"*

Längere Abschnitte widmet Szibor den seiner Meinung nach nicht neutralen (sollten sie wohl auch nicht sein) Begriffen von Verunreinigung oder gar Verseuchung: *„Die Gen-Verseuchungsunterstellung ist idiotisch und einigermaßen gebildeten Menschen fällt die gezielte Panikmache auf. Aber sie ist dennoch wirksam. Ähnlich, wenn auch etwas subtiler, ist es mit den Begriffen „Kontamination" und „Verunreinigung", die sich mit der erwähnten „Verseuchung" abwechseln."* Von dort legt er eine direkte Spur zum Terrorismus: *„Von Begriffen wie „Genverunreinigung" ist es dann auch nicht mehr weit bis zu „Gendreck", und somit sind auch die Benutzer und Rezipienten solcher Diffamierungen anfällig für eine offene oder klammheimliche Unterstützung terroristischer Aktionen wie die Feldzerstörungen, die im Jargon der „Gendreck-weg-Bewegung" „freiwillige Feldbefreiung" genannt werden."* Sofort schaltet sich bei Szibor, obwohl selbst erkennbar Anhänger autoritärer (nur eben anderer) Gesellschaftsformen, die Unpassende-Vergleiche-Funktion im Kopf an. Diesmal muss die Berliner Mauer herhalten: *„Dabei ist der demagogische Inhalt von „Befreiung" durchschaubar, der Zusatz „freiwillig" erschließt sich überhaupt nicht und wird auch nirgends erklärt. Zwar ist es richtig, dass bisher kein Wissenschaftler oder innovativer Landwirt zur Teilnahme am Vandalismus gezwungen wurde, aber das Wort „freiwillig" enthält in Wahrheit keine Information, sondern nur Demagogie, die zur Imageverbesserung gedacht ist. Vorbild für die „Feldbefreier" sind wohl Aktionen, wie es sie in der Zeit unmittelbar nach dem Bau der Berliner Mauer gegeben hat. Damals wurde von den DDR-Bürgern verlangt, „freiwillig" auf den Empfang westdeutscher oder Westberliner Fernsehsendungen zu verzichten. Wo das nicht fruchtete, „befreiten" Aktivisten der kommunistischen Jugendorganisation FDJ die Dächer von Antennen, die erkennbar auf Westempfang gerichtet waren."*

Szibor regt sich darüber auf, dass „Gentechnik" auf den Begriff „Gen" verkürzt wird - womit er sachlich recht hat. Denn natürlich ist „Genmais" kein wissenschaftlich sinnvoller Begriff. Dumm nur, dass Szibor auf Seite 10 jammert, dass das Propagandaprogramm „HannoverGen" nicht mehr mit Steuergeldern vollgepumpt wird. Da fällt ihm die seltsame Verkürzung plötzlich nicht mehr unangenehm auf.

Zum Abschluss holt Szibor noch einmal die Faschismusvergleichskeule raus: *„Es verwundert nicht, dass die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts Wissenschaft und Innovation in bestimmten Bereichen behindert haben. Wissenschaftler, deren Erkenntnisse nicht in das ideologisch geprägte Weltbild der Obrigkeit passten, waren an Leib und Leben gefährdet. Auch hier gab es zunächst sprachlich eine Einordnung des Unerwünschten. Die Nationalsozialisten unterschieden zwischen „Jüdischer Physik" und „Deutscher bzw. Arischer Physik" und bedienten sich dabei sogar der Hilfe von linientreuen Wissenschaftlern. Viele der genialsten Physiker verließen Deutschland, andere entkamen nur durch Glück den Mordorgien der Nazis. Johannes Stark (Abb. 6) prägte u. a. den Begriff „weißer Jude" für nichtjüdische, „arische" Vertreter der Relativitäts- und Quantentheorie wie Max Planck und Werner Heisenberg. Das war eine besonders effiziente und bequeme Methode, um eine ungeliebte Wissenschaft abzuwürgen. ... längst geben sich ökoterroristische Gruppen mit den staatlich verhängten Restriktionen für die Wissenschaft nicht mehr zufrieden. Sie wollen eine Rückkehr zu Verhältnissen, wie sie Lyssenkow unter Stalin durchsetzen konnte. Während rechtsextreme Tendenzen in unserem Lande erfreulicherweise von allen Parteien konsequent zurückgewiesen werden, zeigt man keine Berührungsängste zu verfassungsfeindlichen linken Gruppen, wie sie in Abb. 9 dargestellt sind. Grünenpolitiker wie Dorothea Frederking (MdL Sachsen-Anhalt) treffen sich, wie hier in Üplingen (Sachsen Anhalt), mit diesen Gruppen zu gemeinsamen Demonstrationen."* Offenbar gehören solch ideologie-triefende Absätze dazu, um sich als Angehöriger der deutschsprachigen Gentechniklobby zu defi-

Bücher zu Umwelt

Ernst Ulrich v. Weizsäcker u.a.
Faktor Fünf
(2010, Droemer in München, 432 S., 22,99 €)
Um eins erhöht hat Weizsäcker seinen Faktor - „Faktor Vier„ hieß sein Buch, dass 1997 erschien. Ansonsten hat sich wenig geändert: Die AutorInnen beschreiben die Problemlage und setzen dann unverdrossen auf einen vom Staat regulierten Kapitalismus. Sie appellieren deshalb dafür, vorhandene Ressentiments gegen staatliches Macht zurückzustellen, um diesem die ökologische Zukunft anzuvertrauen. Auf die Idee, die Nutzung von Flächen und Umweltgütern den Menschen zu überlassen und ihre Selbstbestimmung zu stärken bzw. mindestens eine Demokratisierung anzustreben, kommen die im Denken von oben geübten AutorInnen gar nicht erst. Im Westen also nichts Neues.

Roland Kalb
Bär, Luchs, Wolf
(2007, Leopold Stocker in Graz, 376 S., 29,90 €)
160 Seiten Luchs (zwei Arten) sowie jeweils 90 Seiten zum Braunbär und zum Wolf machen das Buch zu einen Lesebuch über Biologie, Verhalten und Werdegang der drei Beutegreifer. Reich bebildert schildert der naturschutzerfahrene Autor die Geschichte der Bejagung, Verdrängung und schließlich der Rückkehr. Kritische Fragen und mögliche Probleme werden erörtert.

Hermann Fischer
Stoffwechsel
(2012, Antje Kunstmann in München, 301 S., 18,95 €)
Peak Oil, Klimawandel ... es gibt eine große Liste von Schreckensmeldungen über das Erdölzeitalter und sein mögliches Ende (mit Schrecken?). Hermann Fischer zeigt Alternativen, die auf biologischen Stoffen beruhen und nachwachsen. Von Ackerpflanzen als chemische Fabriken bis zu Produkten aus Milch oder die Umwandlung von Holz reicht die Liste der Möglichkeiten. Etwas überraschend sind die Leerstellen des Buches. Zur Konkurrenz zwischen Industriestoffen und Nahrung auf dem Acker oder zur Debatte um die grüne Gentechnik in diesem Bereich fehlen Hinweise im Buch.

Ralf Fücks
Intelligent wachsen. Die grüne Revolution
(2013, Carl Hanser in München, 362 S., 22,90 €)
Damit Ralf Fücks, bekannt als Vordenker grüner Regierungsfähigkeit bis hin zu Kriegsteilnahmen, das Wort Revolution auf einen Buchtitel hieven würde, bedurfte es sicherlich eines gesellschaftlichen Wandels, in dessen Rahmen viele Begriffe entwertet und zu Marketingzwecken deformiert wurden. So liegt es auch hier vor: Bezüglich der Ausführungen über den Umfang von Umweltzerstörungen ist es eine ordentliche Fleißarbeit - aber wiederholt damit auch nur, was längst tausendfach geschrieben wurde und bekannt ist. Hinsichtlich der nötigen Konsequenzen ist Fücks radikaler Befürworter von Wirtschaftswachstum. Dessen Kraft will er nutzen und träumt offen vom „Ökokapitalismus" - bei den modernsten Grünen längst kein Schimpfwort mehr. Empfehlen: Lesen, damit niemand hinterher sagen kann, das sei nicht bekannt gewesen.

Wilfried Huismann
Schwarzbuch WWF
(2012, Gütersloher Verlagshaus, 256 S., 19,99 €)
Das Buch hat schnell Berühmtheit erlangt, und dazu hat die im Buch kritisierte Organisation ihren Anteil geleistet: Mit Versuchen, das Buch zu verbieten, mit teils entlarvenden Gegendarstellungen und Werbung durch Antiwerbung. Dabei enthüllt das Buch nichts Neues. Der WWF wurde von Industriellen, Großjägern und Adligen gegründet, er hat das nie verheimlicht. Das Nützliche am Buch ist, dass in vielen Details und seinen praktischen Wirkungen aufzulisten. Dass jetzt so viele erschrecken, zeigt die Naivität politischer Bewegungen und KommentatorInnen. Sie würden sich bei anderen Umweltverbänden, sollte da jemand genauer hinschauen, ähnlich die Augen reiben ...

Hanno Charisius, Richard Friebe, Sascha Karberg
Biohacking
(2013, Carl Hanser in München, 288 S., 19,90 €)
Es ist eine Mischung aus Abenteuerroman und Sachbuch - aber gelungen. Die Autoren führen in ihrer Nacherzählung eigene Erlebnisse an: Den Besuch von kleinen, selbstorganisierten Genlaboren in Garagen, Kellern und Küchen, aber schließlich auch den Aufbau eigener Möglichkeiten des Extrahierens, Kopierens und Manipulierens der DNA-Stränge. Das Buch zeigt eine bereits entstandene Szenerie von BiohackerInnen, die jedoch damit kämpfen, dass die Informationen und Mechanismen des Lebens unendlich komplexer sind als die Bausteine von Computern und Software, aus deren Welt der Begriff des Hackers entnommen wurde. Spannend zu lesen, dass diese Technik nicht nur den große Konzernen vorbehalten scheint.

nieren - wohlgemerkt, mit dem propagandistischen Anspruch, es handele sich bei solchen Ausführungen um „Sachlichkeit" oder gar „Wissenschaft".

Den furiosen Abschluss bildet dann eine Bildunterschrift. Hier zeigt Szibor wahre geistige Größe. Das Foto zeigt eine Aktion vor dem InnoPlanta-Forum. Ein Demonstrant trägt ein Schild „Todesstrafe für Genfeldschänder". Das Schild war Teil einer satirischen Aktion gegen die Hetze der GentechniklobbyistInnen gegen FeldbefreierInnen. Doch Szibor verstand in seiner hetzerischen Denke die Ironie gar nicht und verpasste dem Bild die umgekehrte Interpretation: „*Abb. 9 Extremistische Gruppen fordern die Todesstrafe für Gentechnik-Forscher.*"

Bleibt noch ein abschließender Hinweis: Fast alle Zitate der GentechnikgegnerInnen sind ohne Quellenangabe. Sie reduzieren sich zudem auf die Slogans, wie sie z.B. auf bunten Werbezetteln mit Spenden- oder Wahlempfehlung von Grünen oder NGOs stehen. Anspruchsvolle Texte zur Kritik etwa an Patenten, Terminatortechnologie oder käuflicher Wissenschaft sind von Szibor gar nicht erst ausgewertet worden. Dafür garniert er seine Broschüre mit Fotos von Führern aus dem Dritten Reich oder der DDR. Das ist jetzt wissenschaftlich?



Abb. 9

Extremistische Gruppen fordern die Todesstrafe für Gentechnik-Forscher.

Der Ausschnitt aus Szibors Buch zeigt mangelnde Auffassungsgabe

Jammern, die dritte (Versuch): Wie mensch Umfragen manipuliert ...

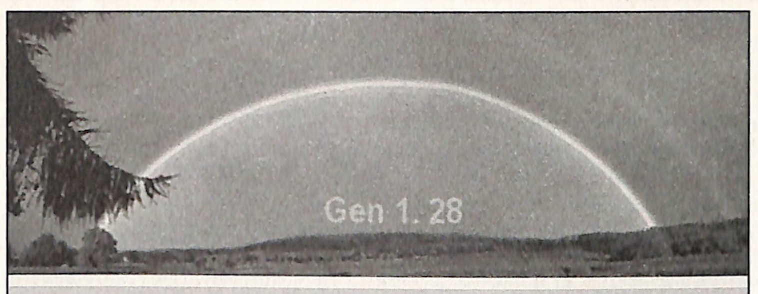
Der rührige Genlobbyverein FGV hat dem bekannten Meinungsforschungsinstitut dimap (und dicomm) einen Auftrag erteilt - nämlich ermitteln, ob die Ablehnung der Agrogentechnik vor allem bei weniger Gebildeten, Frauen usw. stark ist. Das patriarchale Bild des überlegenen weißen, gut ausgebildeten Mannes als Träger der richtigen Meinung sollte wohl ein bisschen gepflegt werden. Das gelang auch - mittels der richtigen Fragetechnik. Die Auswahl der ersten Frage war da schlau. Es ging los mit Zustimmung oder Ablehnung der Gentechnik insgesamt, explizit auch bei Medikamenten. Danach ging es, durch diese erste Frage auf den richtigen Kanal gebracht, weiter. Mehr als ein Drittel Zustimmung holten die MeinungsmacherInnen aber kaum raus. Geschickt waren die Fragen 4 und 5 (gleichzeitig die letzten). Bei Frage 4 durften sich die Befragten zwischen zwei Varianten von Landwirtschaft entscheiden: Gentechnik oder Spritzen. Immerhin ein Viertel erkannte die Fangfrage und lehnte beides ab. Beim Rest teilt sich das Ergebnis hälftig auf (wobei die Fangfrage ja doppelt mies ist, denn Gentechnik und Spritzen gehören meist zusammen).

Frage 5 war auch nicht schlecht. Darin eingebaut war nämlich die Mitteilung einer „Schätzung", dass sowieso fast alle Lebensmittel mit Gentechnik in Kontakt kommen. Die Frage war hier eher selbst Meinungsmache. Wer es nachlesen will: www.gruenevernunft.de/meldung/gr%C3%BCne-gentechnik-steht-meinungswandel-ins-haus.

Einige interessante Ergebnisse brachte die Umfrage aber auch, jedenfalls soweit mensch ihr Glauben schenkt. So gibt es zwar fast überall stabile Ablehnungen der Agrogentechnik, aber doch Unterschiede im Detail. Die sind:

- Je reicher, desto leichter mehr Befürwortung der Agrogentechnik. Allerdings fällt es unterschiedlich aus, wenn die Frage lautet, ob LandwirtInnen der Anbau erlaubt werden soll. Ein Erklärung fehlt in der Umfrage ... ist in der ersten Frage mehr die Gläubigkeit an das ExpertInnentum erfasst, während die Bildungsschicht LandwirtInnen misstraut?
- Bei den Parteien (FDP ist allerdings nicht extra ausgewiesen, da offenbar zu unbedeutend) hat die Linke die höchste Zustimmung (39%) der Agrogentechnik. Danach folgen CDU und die NichtwählerInnen. Bei den Grünen sind 13% pro Agrogentechnik.

Reinhard Szibor als neuer Reformator a la Martin Luther?



Gott segnete sie, und Gott sprach zu ihnen: "Seid fruchtbar und mehret euch und erfüllet die Erde und macht sie euch untertan".

Das Folgende sind alles Zitate von der Seite www.gen1-28.de (benannt nach dem göttlichen Auftrag in der Genesis/Schöpfungsgeschichte, sich die Erde untertan zu machen): *„Gott segnete sie, und Gott sprach zu ihnen: „Seid fruchtbar und mehret euch und erfüllet die Erde und macht sie euch untertan". Mit dieser Bibelstelle weisen namhafte Theologen - auch im Zusammenhang mit dem Gärtnerauftrag in Gen 2.15 den Vorwurf zurück, Grüne Gentechnik sei ein unerlaubter Eingriff in die Schöpfung. ...*

Auf dieser Seite finden Sie Aufsätze und Artikel, die Hintergrundinformationen und Erklärungen zum Thema Grüne Gentechnik liefern. Es sind überwiegend Beiträge des Betreibers dieser Website (Prof. Reinhard Szibor) und solcher Autoren, die aus seiner Sicht einen konstruktiven Beitrag um die Diskussion leisten. Gentechnikkritische Beiträge von Parteien und NGOs sind hier nicht vorgesehen. ...

Auf diesen Seiten werden deutliche Gegenpositionen zum Mainstream bezogen und es wird gezeigt, wie versucht wird, führende Persönlichkeiten unserer Kirche zum Engagement für ein wissenschaftskonformes Handeln zu bewegen. ...

GVO-Anbau unter Berücksichtigung der guten fachlichen Praxis ist fast immer umweltfreundlicher als die konventionelle Parallele. Aber angesichts der Tatsache, dass im statistischen Mittel alle 6 Sekunden ein Mensch an Hunger oder Fehlernährung stirbt, und sich die Hungersituation noch verschärft, können wir die Sache nicht dem Selbstlauf überlassen und dem Treiben der GG-Gegner, die eine Verzögerung oder sogar einen Stop anstreben, tatenlos zusehen. Die Kirchen dürfen ihre Gestaltungsmöglichkeiten nicht durch eine Blockadehaltung aus der Hand geben, vielmehr müssen sie sich dafür einsetzen, dass die Entwicklung in die richtige Richtung geht! ...

Mit der Diffamierung von Wissenschaftlern und Produzenten gentechnisch veränderten Saatgutes verstößt die EKD sogar gegen das 8. Gebot und beschädigt ihre eigenen Grundfesten. ... Grüne Gentechnik taugt nicht zur Hungerbekämpfung - das ist ein Slogan von „Brot für die Welt" (BfdW). Der ist so offensichtlich falsch, dass man denken könnte, man muss sich eigentlich nicht damit beschäftigen. Aber das wäre ein Trugschluss, denn er gehört im Kontext des hier diskutierten Themas zu den meistzitierten Sprüchen und wird von einer Mehrheit der Bevölkerung nicht hinterfragt (auch nicht von der EKD) und unreflektiert gebetsmühlenartig wiederholt. Es gibt kaum ein Anti-Gentechnik-Forum ohne diesen Spruch. ...

Wo Strukturen, eigene Auffassungen und Vorlieben wichtiger zu sein scheinen als der Auftrag Jesu an seine Kirche, ist Reformation nötig und heilsam. Letzteres ist nach meiner Auffassung und nach Meinung anderer Wissenschaftler hinsichtlich des Umgangs mit der Welternährungsproblematik und der Grünen Gentechnik eingetreten. ...

Buchempfehlung: „Die Angst der Woche" ... Es ist ganz besonders auch für Pastorinnen und Pastoren zu empfehlen, die Dankgebete und Fürbitten formulieren. Das Buch zeigt, dass sich die Schlagzeilen, die Lebensmittelkatastrophen, wie die vermeintlichen Dioxin-, Nitrofen - und Gentechnik-„Verunreinigungs"-Skandale thematisieren, wohl eher Skandale des Journalismus und der Politik in Deutschland dokumentieren. Dort kann man weder mit naturwissenschaftlichen Fakten und noch mit Grenzwerten angemessen umgehen und verbreitet unnötig Angst und Schrecken. ...

Die Antigentechnik-Szene ist weitgehend von Menschen mit blindem Hass und Irrationalität durchsetzt. Für Aktionsbündnisse wie „Gendreck weg" und Greenpeace-Aktivisten sind kriminelle Handlungen (sogenannte „Feldbefreiungen"), bei denen durch Ökovandalismus Versuchsflächen zerstört und Schäden (Steuermittel) in erschreckendem Umfang angerichtet werden, gang und gäbe."

Bundestagsdrucksache zu Fördergeldern für Agrogentechnik: Überall fließt weiterhin Geld!

Eine neue Bundestagsdrucksache zeigt etliche Projekte der Agrogentechnik, in die in den letzten Jahren Steuergeld floss oder auch aktuell fließt. Es sind viele Projekte, die nicht im Freiland stattfinden, so dass hier ein zusätzlicher Blick hinter die Kulissen gelingt. Der zeigt: Das Spiel läuft weiter. Hier ein paar Infos - ansonsten: Selbst lesen lohnt!

Erstmal allgemein, um was es ging (aus der Pressemitteilung der Grünen): *„Projekte zur Entwicklung von gentechnisch veränderten Pflanzen und Nutztieren werden vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nicht gefördert. „Aktivitäten im Zusammenhang mit gentechnischen Arbeiten sind auf sicherheitsrelevante Fragestellungen ausgerichtet", schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort „Forschungsförderung des Bundes für die Agrogentechnik" (http://dip.bundestag.de/btd/17/143/1714350.pdf). Eine detaillierte Auflistung sowie eine eindeutige und trennscharfe Kalkulation seien aufgrund von Abgrenzungsfragen nicht möglich. Im Bundeslandwirtschaftsministerium gäbe es seit 2005 in etwa 75 Projekten einen Bezug zur Forschung beziehungsweise Sicherheitsforschung im Zusammenhang mit gentechnisch veränderten Organismen."*

Und dann ein paar geförderte Projekte herausgegriffen, die jetzt noch laufen (die Gesamtliste ist sehr lang als Tabelle am Schluss der Drucksache):

- Gv-Rübe (gemeinsam von Max-Planck Köln, Karlsruher Inst. Für Technologie, KWS)
- Gerste (Uni Erlangen, Max-Planck Köln, Freie Uni Berlin u.a.)
- Gv-Mais (Uni Düsseldorf, Uni Gießen, KWS, Dt. Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt München)
- Multiple gene stacking (Freie Uni Berlin, Max-Planck Golm, Uni Münster)
- Gv-Pappel (vTI, Freie Uni Berlin, Uni Göttingen, Uni Potsdam, Leibniz-Inst. Potsdam, Fraunhofer Potsdam u.a.)

Peinliche Kampagne bei GentechnikkritikerInnen

Wieder einmal sollen wir unterschreiben. Wieder einmal wirkt alles aber höchst unseriös. Auf http://eulu.info/monsanto_time.htm findet/fand sich ein Aufruf. AVAAZ promotet die Aktion. Schon beim näheren Hinsehen war das Ganze nur eine grottenschlechte Ausgabe des ewigen Monsantohasses. Sind wir ja gewöhnt. Aber dann fällt der Blick auf den Hassschriftzug *„Age and Orange"* (tatsächlich heißt das alte Entlaubungsmittel „agent orange". Kann eine NGO so blöd sein? Oder simuliert Monsanto u.ä. hier selbst eine Anti-Monsanto-Gruppe? Die Kommunikationsguerilla wäre eigentlich gar nicht schlecht. Vermutlich aber ist es schlimmer und in der Protestbewegung haben Teile tatsächlich ein derart niedriges Niveau. Wer das dann nicht merkt und solche Kampagnen selbst unterstützt oder verbreitet, zeigt auch eher eine Anfälligkeit gegen simple Botschaften und einfache Feindbilder, hinter denen sich mitunter seltsame Interessen verbergen.

Hunger besiegen – leicht gemacht!

Wenn Gentechnik-LobbyistInnen über Hunger reden, meinen sie eigentlich ihre Kassen. Die können gefüllt werden durch die Gentechnik. Für den Kampf gegen Hunger braucht es ganz andere Strategien, denn der folgt nicht aus zu geringen Ernten, sondern aus einem brutalen Umverteilungsregime, welches Nahrungsmittel dorthin schafft, wo das Geld ist. Würde das geändert, wäre es mit dem Hunger vorbei:

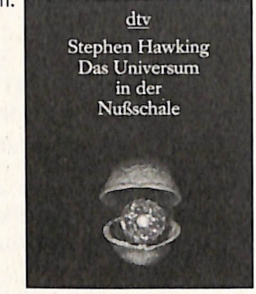
Bücher zu Herrschaft & Utopie

Jan Bretschneider
Lexikon des freien Denkens
(ab 2000, Angelika Lenz Verlag in Neustadt am Rübenberge, Loseblatt)
Die Startausgabe und jedes Jahr eine Ergänzungslieferung haben aus dem ersten Ordner inzwischen eine Art philosophisches Lexikon gemacht. Hunderte Begriffe werden auf einer oder mehr Seiten erläutert. Dies sollte bewusst aus einem vor allem humanistischen bis skeptischen Blickwinkel erfolgen. Besonders konsequent umgesetzt wurde das bei Begriffserklärungen, für die es keine Einigung gab. Dann sind einfach zwei Texte erschienen. Literaturangaben bei jedem Text machen die inzwischen drei Ordner zu einem gut einsetzbaren Nachschlagewerk. Die Ergänzungslieferungen machen dabei den Hauptteil der Texte aus, d.h. die Startausgabe allein ist kaum anwendbar.

Dieter Hartrup
Freiheit als Schattenspiel von Zufall und Notwendigkeit
(2009, Herder in Freiburg, 176 S.)
Das Buch lebt von der unterhaltsamen Idee, die Debatte um äußere Zwänge und innere Freiheiten des Menschen in Form fiktiver Dialoge von Persönlichkeiten zu vermitteln. So zeigen sich eindrucksvoll die unterschiedlichen Auffassungen, offenen Fragen und Streitpunkte. Darwin kommt zu Wort, und manch andere Figur auch - alle mit Erkenntnissen, aber auch Macken und Schwächen. Nur Einstein wollte, so das Drehbuch, nicht. Die Schwäche des Buches aber ist das Interesse des Autors. Die Dialoge steuern auf ein Ziel hin, dass er im Nachwort dann auch nennt: Weil sich nie alles Erklären lässt, sondern (was überzeugt) neues Wissen auch neues Unwissen schafft, entsteht doch wieder Raum für eine Idee von Gott. Das aber wäre eine Kapitulation vor der Aufgabe, Wissenschaft und das Materielle neu zu deuten. Bloß weil die mechanistischen Erklärungen nicht mehr funktionieren und Wahrheit sich immer als Diskurs entlarven lässt, muss noch kein Rückgriff auf den Glauben an höhere Mächte folgen!

Günter Altner
Charles Darwin und die Instabilität der Natur
(2009, VAS in Bad Homburg, 116 S., 12,80 €)
Günter Altner ist Biologie und Theologe - und er ist flammender Anhänger von Charles Darwin. Dessen Theorien verteidigt er in seinem Buch, ohne zu übersehen, wo sich neue Erkenntnisse ergeben haben. Was Altner aber mehr am Herzen liegt, ist der Nachweis, dass die moderne Evolutionstheorie eben keine Antwort auf die Existenz einer Metaebene gibt. Diese - und damit auch der Gott des Christentums - bleibt möglich. Er ist für die Evolution als Antriebserklärung nicht mehr nötig, aber unabhängig davon möglich. Allerdings: Was Altner hier feststellt, ist trivial. Wäre Gott eine freie Erfindung außerhalb der materiellen Erfahrungswelt, so wäre er auch nicht widerlegbar - eine etwas billige Rettung für den alten Mann mit Bart.

Stephen Hawking
Das Universum in der Nussschale
(2001, dtv in München, 262 S., 12,90 €)
Ein berühmtes Buch um die normales menschliches Denken schwer verwirrenden Erkenntnisse moderner Physik zu Raum und Zeit. Hawkins, Inhaber des Lehrstuhls, den einst Isaac Newton berühmt machte, zeigt in kurzen Texten und vielen Bildern, dass die Welt weit weniger Klarheiten birgt als es in der menschlichen Wahrnehmung scheint. Seine Stärke sind die vielen Beispiele, an denen die Effekte erklärt werden - auch wenn sie rein fiktiv sind. Weder wird eine Lokomotive als Zeit unterwegs sein noch jemals ein Astronaut auf einem kollabierenden Stern stehen. Die Texte selbst sind allerdings so kurz, dass es schwierig wird, ihre komplexen Aussagen klar zu erfassen. Ein bisschen überraschend ist, dass dieses Buch so viele Menschen erreicht hat. Denn vieles bleibt im Angedeuteten oder nur schwer verständlich.



- Das Land den Menschen (statt Konzernen, Großgrundbesitz ...)
- Kein profitgetriebener Handel mit Grundnahrungsmitteln mit Ländern, die ihre Selbstversorgung aus Profitgründen aufgegeben haben.

Eine weitere, noch einfachere Geschichte wurde jetzt zum x-ten Mal durch eine Studie belegt. Hier die Zusammenfassung - und wetten, dass nichts passiert? Das fürchterliche Stück Fleisch auf dem Teller (mit dem dahinterstehenden Profit für Konzerne) ist halt schon wichtiger als die Milliarde Menschen, deren Leben versaut oder ausgelöscht wird ...

Aus „Äcker könnten vier Milliarden Menschen mehr ernähren", in: Spiegel Online, 2.8.2013: „Emily Cassidy von der University of Minnesota in Saint Paul und ihre Kollegen haben erst einmal berechnet, wie viel von den 41 wichtigsten Nahrungspflanzen weltweit produziert wird - und wo diese Erträge landen. Die meisten Basisdaten für ihre Berechnungen stammen aus den Jahren 1997 bis 2003.

Im Fachmagazin „Environmental Research Letters" berichten sie folgendes:

- Nur 67 Prozent der geernteten Pflanzen werden zu Nahrungsmitteln verarbeitet. Bezogen auf die Kalorien entspricht dieser Anteil sogar nur 55 Prozent der Gesamtenergie.
- 24 Prozent der Pflanzen (36 Prozent der Kalorien) werden als Tierfutter genutzt.
- Neun Prozent (Masse und Kalorien) werden anderweitig verarbeitet, etwa zu Biotreibstoff. Die Produktion von Biotreibstoffen ist in den vergangenen Jahren allerdings stark gestiegen. Während beispielsweise in den USA im Jahr 2000 rund sechs Prozent des Maises als Rohmaterial für Kraftstoff dienten, waren es 2010 rund 38 Prozent.

Die größte Stellschraube in diesem System ist die Fleischproduktion. Um eine Kalorie Fleisch auf dem Teller zu haben, sind im Schnitt bereits rund zehn Kalorien Getreide verbraucht worden - zum Teil aber auch bis zu 30. Fisch haben die Forscher in ihrer Studie vernachlässigt, ebenso Schafe und Ziegen, die in der Regel nur weiden und kein Kraftfutter bekommen. Den täglichen Energiebedarf eines Menschen setzen die Forscher bei 2700 Kilokalorien an.

Die Ergebnisse der Berechnungen klingen beeindruckend: Würde die gesamte Getreideernte zu Nahrungsmitteln verarbeitet und gar nichts mehr zu Futtermitteln für Rinder, Schweine oder Geflügel, dann könnten vier Milliarden Menschen mehr ernährt werden.

„Die gute Nachricht ist, dass wir bereits genug Nahrungsmittel produzieren, um mehrere Milliarden Menschen mehr zu ernähren", sagt Emily Cassidy." (Quelle: www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/heutiges-ackerland-koennte-vier-milliarden-menschen-mehr-ernaehren-a-914457.html)

Feldbefreiung durch Gentechnikanwender selbst – letztes Versuchsfeld in Frankreich weg!

Keine weiteren GVO-Freilandversuche in Frankreich: Frankreichs letzter experimenteller Freilandversuch mit GVO in Frankreich ist durch die Zerstörung von 1.000 Gentech-Pappeln gestoppt worden. Der unmittelbare Grund für die Entscheidung war das Fehlen der Zustimmung durch die Regierung für eine Weiterführung des Experiments. Darüber hinaus ist es dem Projekt nicht gelungen, zu irgendwelchen industriellen Anwendungen zu führen oder Wirtschaftspartner zu gewinnen.

http://gmwatch.org/index.php?option=com_content&view=article&id=14858

Versagende Gentech-Pflanzen stärken Pestizidindustrie

Da sich herbizidresistentes Unkraut und gegen Bt-Pflanzen resistentes Schädlinge verbreiten, erzielen die Gentech-Unternehmen mehr Profite aus dem Verkauf von Chemikalien, schreibt (http://gmwatch.org/index.php?option=com_content&view=article&id=14844) Tom Philpott in „Mother Jones". Der Artikel bezieht sich auf „Food and Water Watch" Bericht „Superunkraut: Wie biotechnologische Pflanzen die Pestizidindustrie stärken". Die europäische Version ist unter folgendem Link verfügbar:

- http://documents.foodandwaterwatch.org/doc/superweeds_eu_version.pdf
- Die US-amerikanische Version steht hier: http://documents.foodandwaterwatch.org/doc/Superweeds.pdf
- Es gibt zudem ein begleitendes Video: http://fwwat.ch/superweedvideo (aus GM-Watch Rückblick Nr. 333 vom 6.8.2013)

Gentech-Geldgeber wollen sich nicht in die Karten gucken lassen ...

Organisierte Intransparenz

jb **Das folgende ist eine Pressemitteilung zum zugespitzten Streit um die Akteneinsicht ins Gentechnik-Förderprogramm „BioSicherheit". Die lagern beim Forschungszentrum Jülich, früher: Kernforschungszentrum.**

Wurde mit einem bundesweiten Förderprogramm für die Agrogentechnik betrogen? Der Buchautor und Aktivist Jörg Bergstedt erhebt diesen Vorwurf seit Jahren. Nach seinen Recherchen entwickelten Firmen und Institute unter dem Deckmantel vermeintlicher Risikoforschung neue Pflanzen oder Technologien, die kommerziellen oder anderen Zielen dienten. Als Finanzquelle dienten aber Förderprogramme des Bundesforschungsministeriums, für die in Förderanträgen und Genehmigungsbescheiden Ziele und Vorhaben falsch angegeben worden seien. Die geldvergebenden Stellen hätten bei diesem vermeintlichen Betrug sogar noch beraten. Diese Erkenntnisse bauen auf intensiven Beobachtungen der Versuchsfelder, der Auswertung von Fachzeitschriften, universitären Archiven und Seminarangeboten sowie etlichen Gesprächen mit Beteiligten an den Forschungen auf. Doch die wichtigste Quelle konnte Bergstedt bis heute nicht nutzen: Das Forschungszentrum Jülich (früher: Kernforschungszentrum) verweigerte ihm bis heute die Akteneinsicht in die Förderunterlagen. Dabei ist die gesetzlich vorgeschrieben: „Die wähnen sich offenbar in einem rechtsfreien Raum", kritisiert der Journalist das Verhalten des Jülicher Gentechnik-Geldgebers. Mehrere Gerichtsentscheide hat Bergstedt schon gewonnen, doch die staatlich beauftragte Stelle mauert weiter. Gegen das Urteil des Gießener Verwaltungsgerichts (Az. 1 K 1581/11.GI), in dem die Akteneinsicht binnen einem Monat angeordnet wurde, hat das Forschungszentrum jetzt Antrag auf Berufung eingelegt. Bergstedt: „Eine Chance haben die nicht - aber sie verzögern, solange es geht." Über vier Jahre läuft der Streit jetzt schon, der einen doppelt brisanten Hintergrund hat. Zum einen könnte die Akteneinsicht, sollte sich die bisherigen Recherchen bestätigen, etliche oder sogar systematische Betrügereien aufdecken. „Die bereits angerufenen Staatsanwaltschaften haben zwecks Schutz der Gentechnikseilschaften bislang nie ermittelt", weiß Bergstedt zu berichten. Zum anderen dürfte ein Gerichtsverfahren von Bedeutung sein, welches am 16. September vor dem Oberlandesgericht Saarbrücken weiter verhandelt wird. Dort versuchen einige der betroffenen Gentechniklobbyistlnnen, per Klage den Vorwurf des Betrugs verbieten zu lassen. Bergstedt vermutet daher eine doppelte Absicht hinter den Verzögerungen: „Offenbar wird zum einen die Taktik verfolgt, mir in Saarbrücken leichter einen Maulkorb verhängen zu lassen, wenn die eigenen Lobbynetzwerke die Herausgabe der Daten blockieren. Zum anderen könnte es aber auch darum gehen, die Betrügereien solange zu vertuschen, bis alles verjährt ist."

Im Namen des Volkes

Urteil

Soweit die Klage zurückgenommen wurde, wird das Verfahren eingestellt.

Die Beklagte wird verpflichtet unter Aufhebung ihres Bescheides vom 08.02.2010 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 03.05.2010 dem Kläger binnen eines Monats nach Rechtskraft vollständige Einsicht in die Akten zu den Anträgen und Unterlagen zu und über die im Förderprogramm zur Biologischen Sicherheitsforschung geförderten oder abgelehnten Freisetzungsversuche in der Gentechnik mit der Maßgabe zu gewähren, personenbezogene Daten auf den in den Akten befindlichen Gehaltsauszügen mit Kontoverbindungen und Reisekostenabrechnungen mit Ausnahme des jeweiligen Namens sowie Mitteilungen über Schwangerschaften und Änderungen der persönlichen Verhältnisse zuvor zu anonymisieren.

Die Kosten des Verfahrens hat die Beklagte zu tragen.

Das Urteil ist hinsichtlich der außergerichtlichen Kosten vorläufig vollstreckbar. Der Kostenschuldner darf die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung oder Hinterlegung nach Maßgabe der Kostenfestsetzung abwenden, falls nicht der Kostengläubiger vor der Vollstreckung Sicherheit in gleicher Höhe leistet.

Viele Jahre Auseinandersetzungen

Bergstedt hat Erfahrung mit politischen Kämpfen dieser Art. Für Recherchen über Fälschungen bei Polizei und Justiz wollten ihn die hessischen Verfolgungsbehörden unter Beteiligung des damaligen Innenministers und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier durch fingierte Vorwürfe hinter Gitter bringen. Damals retteten ihn nachträglich interne Fehler der Polizei - die Sache flog auf und erreichte als peinlicher Polizei- und Justizskandal die hessische Landespolitik (www.projektwerkstatt.de/14_5_06). Weitere Bücher, in denen er Verflechtungen von Umweltverbänden, Ökogruppen und -parteien mit Wirtschaft, Behörden oder rechten Gruppen aufdeckte, machten ihn dort zu einer unerwünschten Person.

Bei den aktuellen Recherchen unter anderem für sein inzwischen weit verbreitetes Buch „Monsanto auf Deutsch" stieß der auch als Feldbefreier und Feldbesetzer bekannte Aktivist auf eine Mauer des Schweigens. Mehrere Behörden, darunter die Bundesgenehmigungsbehörde, zwang er mit dem Gang vors Gericht zur Einsicht in Akten. Ebenso deckte er etliche Verflechtungen, umfangreiche Verstöße gegen Sicherheitsauflagen und Schummeleien bei Anträgen und Ergebnissen der Versuche auf. Der Blick in die Förderakten, da ist sich der Autor sicher, würde letzte Zweifel an diesen Rechercheergebnissen nehmen. Genau deshalb, so vermutet er, werde das mit allen Mittel verhindert oder zumindest verzögert. Nun muss der hessische Verwaltungsgerichtshof entscheiden, ob eine neue, wahrscheinlich monate- oder jahrelange Prüfphase vor dem nächsten Gericht hinzukommt.

Das Saarbrücker Oberlandesgericht hingegen verhandelt am 16. September zunächst ohne Einsicht in die Förderakten. Kläger sind die LobbyistInnen Uwe Schrader (FDP) aus Sachsen-Anhalt sowie Kerstin Schmidt aus Mecklenburg-Vorpommern. Vertreten werden sie von der Anwaltskanzlei des Saarbrücker FDP-Politikers und Gentechniklobbyisten Horst Rehberger. Geladen sind zwei renommierte Professoren der Universitäten in Gießen und Erlangen. Bei deren umstrittenem Gengerstenversuch hatte Bergstedt etliche Unsauberkeiten aufgedeckt und unter anderem damit die Betrugsvorwürfe begründet. „Dem Gericht steht frei, die rechtswidrig vorenthaltenen Förderakten einfach selbst beizuziehen", kündigt Bergstedt einen entsprechenden Vorschlag für das Gericht in Saarbrücken an.

Gegenkulturelles Experiment oder weltfremde Verbohrtheit?

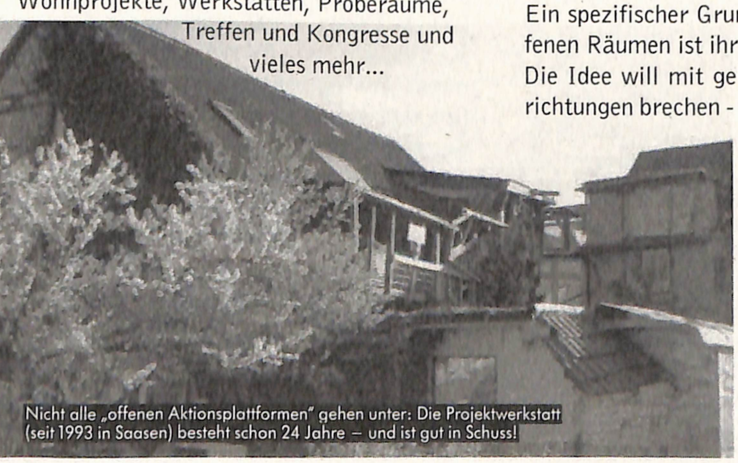
Offene Räume

jb Die Sache bleibt umstritten - und verlief bislang wenig erfolgreich. Fast alle Versuche der letzten Jahre, offene Aktionsplattformen zu schaffen, sind mehr oder weniger misslungen - ein Teil verschwand schnell wieder. Ist die Idee falsch? Oder in der falschen Zeit? Was ist von den Kritiken an offenen Räumen zu halten? Ist das Konzept gescheitert?

„Offene Räume" sind Orte, an denen Eigentumslogik und die Dominanz von Eliten und CheckerInnen abgebaut werden. Im Genaueren:

- Orte, an denen Methoden aller Art zum Einsatz kommen oder neu entwickelt werden, um Dominanz abzubauen.
- Orte, an denen möglichst alle alles gleichberechtigt nutzen können.
- Orte, die jedeR mitgestalten kann.
- Orte, wo erstmal jedeR willkommen ist.
- Orte, an denen mensch kein Plenum und keine Chefs „um Erlaubnis" fragen muss, bevor mensch etwas machen „darf".
- Orte, an denen gerade deshalb Transparenz wichtig ist. Das bedeutet, dass jedeR Zugang zu allen den Ort betreffenden Informationen hat und ihm zur Verfügung stehende Informationen weitergibt. (Z.B. den Plan, irgendetwas zu bauen oder zu verändern, damit andere Menschen mitgestalten, Kritik üben und Einwände äußern können.)
- Orte, die es Menschen ermöglichen, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen.

Das können Büros sein, Seminarhäuser, Wohnprojekte, Werkstätten, Proberäume, Treffen und Kongresse und vieles mehr...


Nicht alle „offenen Aktionsplattformen" gehen unter: Die Projektwerkstatt (seit 1993 in Saasen) besteht schon 24 Jahre – und ist gut in Schuss!

Die praktischen Erfahrungen

Es sind mehrere Schwierigkeiten, an denen „offene Räume" zu knabbern haben und oft scheitern. Die erste betrifft die Folgen fehlender Regeln und Zuständigkeiten. Frustrierte Sprüche, die die Lage beschreiben, lauten ungefähr so:

- Keine_r fühlt sich verantwortlich
- Der Raum verwahrlost, wenn niemand verantwortlich ist
- Das Haus gehört nicht uns - wie sollen wir verhindern, dass es z.B. beschädigt wird?

Die Verhältnisse, die so beschrieben werden, sind in der Tat wenig erfreulich. Allerdings wäre es ziemlich voreilig, dahinter spezifische Probleme des offenen Raumes zu sehen.

Warum scheitern offene Räume?

Die meisten der Kritikpunkte an offenen Räumen passen bei näherem Hinsehen gar nicht. Sie beschreiben Verhältnisse in von mehreren Gruppen genutzten, politischen Räumen, die aber nicht spezifisch dafür sind, dass ein Raum offen ist. Verwahrlosung, Zerstörung von Inventar, Dreck und Privatisierung von Geld oder Geräten treten genauso in kontrollierten Räumen auf. Es gibt etliche Beobachtungen, dass es sogar häufig gerade die Privilegierten sind, die Räume zerlegen oder schwächen. Kontrollierter Zugang würde hier gar nichts helfen. Nicht durch die Existenz eines offenen Raumes oder durch seine Funktionsweise werden diese Probleme verursacht. Allerdings treten sie auch dort auf. Daher ist es sinnvoll und notwendig sich mit ihnen auseinander zu setzen; aber nicht als besondere „Offener Raum"-Probleme, sondern unabhängig davon.

Ein spezifischer Grund des Scheiterns von offenen Räumen ist ihr gegenkultureller Ansatz. Die Idee will mit geltenden Normen und Zurichtungen brechen - nicht gerade ein kurzfristiges Erfolgsrezept (siehe unten).

Oft scheitern Projektansätze von offenen Räumen bereits am Widerstand in der linken Szene. Denn auch innerhalb einer Bewegung, die emanzipatorische Ansätze auf ihre Fahnen schreibt, wollen die raumbeherrschenden Gruppen selten ihre Vorrechte aufgeben und „ihre" Räume oder Infrastruktur allen zur gleichberechtigten Nutzung zur Verfügung stellen. Die Angst vor dem Machtverlust wird dann hinter vielen Argumentationen gegen die Einrichtung offener Räume versteckt.

Konkrete Kritik und was davon zu halten ist

Wer schafft das Geld (Material ...) ran?

Solche Gedanken entspringen dem Neid und/oder Frust derer, die sich um Infrastruktur kümmern, diese immer wieder dahin rotten oder verschwinden sehen. Kommt der Eindruck hinzu, dass Organisierung von Ersatz und neuen Ressourcen sehr ungleich verteilt sind, neigen viele Menschen zur Formalisierung solcher Prozesse. Zwar lugt dann überdeutlich die FDP-Denke des „Leistung soll sich lohnen" hervor, aber das zu verstehen, hilft auch nicht weiter.

Zunächst ist zweifelhaft, ob es sich hier überhaupt um ein Problem offener Räume handelt bzw. es dort zugespitzt ist. Denn die gleichen Probleme sind aus kontrollierten Räumen nur allzu bekannt. Aus einer gegenkulturellen Perspektive ist dieser Punkt für offene Räume aber substantiell. Denn gerade weil hier keine Privilegien beim Zugang zu den Ressourcen bestehen, greift eine der wichtigsten Erkenntnisse aus der Theorie der Herrschaftsfreiheit (www.herrschaftsfrei.de.vu): Eigen- und Gemeinnutz fallen zusammen, wenn mensch keine Möglichkeit hat, sich Handlungsmöglichkeiten individuell zu sichern. Nur wenn das ginge, lohnt es sich, die eigenen Bedingungen auf Kosten anderer zu verbessern. In offenen Räumen ist die eigene Handlungsfähigkeit davon abhängig, wie gut das Ganze läuft. Will heißen: Der eigene Wille, gut agieren zu können, führt zur Tätigkeit, das Ganze in einem möglichst guten Zustand am Laufen zu halten. Schade nur, dass diese Idee der Herrschaftsfreiheit den meisten Menschen nicht klar ist, sie anders sozialisiert sind und in politischen Bewegungen solche Debatten auch gar nicht geführt werden.

Hierarchien gibt es doch immer

Was überall gilt, gibt auch im offenen Raum: Wer viel macht und sich einmischt, hat (auch) hier viel Macht. Hierarchien können zudem durch den Umgang mit Anderen begründet sein (dominantes Redeverhalten, Ignoranz gegenüber Anderen bzw. anderen Vorstellungen) oder auch durch die Rolle im Projekt (hierarchische Wissens- und Kompetenzverhältnisse - z.B. wissen Einzelne deutlich mehr über die Funktionsweise des Projektes als Andere). Allerdings: Solche Mechanismen wirken immer. Im kontrollierten Raum verstärken sie formale Hierarchien, da diejenigen, die die formale Macht haben, auch besser an Wissen und Ressourcen kommen usw.

Wichtiger wäre der konkrete Abbau von Hierarchien, im Folgenden am Beispiel von Wissensungleichheiten:

Bücher zu politischem Engagement

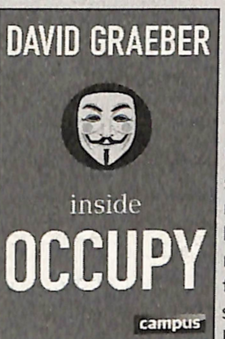
Klaus Schönberger/
Ove Sutter (Hrsg.)
Kommt herunter, reiht Euch ein ...
(2009, Assoziation A in Berlin, 269 S.)
Ein anregend gestaltetes Buch voller Ideen und Beispiele. Der Schwerpunkt liegt auf Straßenprotest und den dortigen Klassikern vom Fahneschwenken über T-Shirt-Parolen bis zu Graffities. Etwas unverständlich ist, vor allem angesichts des breit auslegbaren Buchtitels, dass viele bekannte Aktionsformen wie Militanz, Sabotage, verstecktes Theater und viele Formen der Kommunikationsguerilla nicht oder kaum erwähnt werden. Wer die Internetsammlung www.direct-action.de.vu anschaut, wird im Vergleich die erheblichen Lücken schnell erkennen.

Ulrike Laubenthal/
Reiner Steinweg
Gewaltfreie Aktion
(2011, Brandes&Apsel in Frankfurt, 287 S.)
Fast alle, die Rang und Namen haben in gewaltfreien Bewegungen des deutschsprachigen Raumes tragen hier ihre Sichtweise zusammen. Seite für Seite wird spürbar, wie verbissen sich die AkteurInnen an den Strohhalm „Gewaltfreiheit" klammern. Der schafft Identität, schweißt zusammen und führt zu aggressiven Distanzierungen von allem, was nicht dazu gehört. Eine gute Theorie der Gewaltfreiheit ist dabei im gesamten Buch nicht benannt. Stattdessen werden alle möglichen erfolgreichen Kampagnen als eigener Erfolg dargestellt - was sie aber nie waren. Denn in der Definition auf Seite 159 „Die anonyme Sabotage ist keine Form der gewaltfreien Aktion" steckt eine Absage an Handlungen, die sowohl beim Castorprotest wie auch in der Kyritzer Heide oder bei Stuttgart 21 immer wieder vorkamen. Das Buch lohnt aber, zu lesen - um im Original nachzulesen, wie dogmatisch, fast religiös die Gewaltfreiheit in der Praxis aussieht, verbunden mit internen Hierarchien und zentraler Steuerung, wie sie in den Texten der Führungsfunktionäre Jochen Stay und Jörg Rohwedder als Ziel vorgegeben werden.

Michael Sontheimer
„Natürlich kann geschossen werden"
(2010, DVA in München, 224 S., 19,95 €)
Es gibt inzwischen sehr viele Bücher, die sich als geschichtlicher Abriss der RAF verstehen. Dazu gehört auch dieses, welches eher eine Light-Version darstellt. „Eine kurze Geschichte der Roten Armee Fraktion" heißt denn auch der Untertitel. Das Buch liest sich angenehm und ist gespickt von Zitaten, die zumindest suggerieren, den O-Ton der damals Beteiligten wiederzugeben. Nur für einen Teil sind Quellen angegeben, so dass es - wie immer zu diesem Thema - schwer ist, die Nähe zum tatsächlichen Geschehen einschätzen zu können. Dass der Autor aber bei der Beschreibung bleibt und sich nicht als letzter Richter über die Geschichte aufspielt, schafft ihm einen angenehmen Abstand zu manch anderen Schreiberlingen der Zunft.

Susan Zimmermann
GrenzÜberschreitungen
(2010, mandelbaum in Wien, 272 S., 24,90 €)
Auf eine solche Fragestellung muss mensch erstmal kommen: Welche Wirkung hatten große internationale Reformbewegungen auf die Stärkung nationaler Gerechtigkeiten und Gleichheiten - und auf die internationaler, also der Lebensverhältnisse im Vergleich zwischen Nationen, Staaten oder Kontinenten? Das steht nämlich, wie im Buch an einigen Beispielen globaler Kämpfe um Arbeitsbedingungen, gegen Sklaverei, Gleichberechtigung oder christliche Missionierung (eine etwas sonderbare Zusammenstellung) oftmals im Widerspruch zueinander. Die Autorin will auch keine politische Programmatik liefern, sondern beschreibt Dillemata, Wirkungen und einige Lösungsversuche.

Andreas Pitter/Helena Verdel
Der große Traum von Freiheit
(2010, Promedia in Wien, 239 S.)
Ist es ein Buch für alle, die gern auf dem Sofa von revolutionären HeldInnen träumen, aber sich genau dadurch abhalten lassen? Oder doch eine Anregung für eigenes Handeln? Die AutorInnen stellen 30 Persönlichkeiten vor, die Geschichte geschrieben oder das zumindest versucht haben. Viele von ihnen sind in ihren Wirkungskreisen zu bekannten Namen geworden - viele wurden zu Lebzeiten verfolgt, später aber verehrt. Für einen widerständigen Alltag taugen sie eher nicht als Vorbild, aber schon als politisches Fanal, wie fortschrittsfeindlich die Welt, allen voran die westliche Welt einschließlich der herrschenden Demokratien doch ist. Was voranbringen könnte, wird meist niedergemetzelt.



David Graeber
Inside Occupy
(2012, Campus in Frankfurt, 200 S., 14,90 €)
Der Autor ist inzwischen einer der Prominenten von Occupy, bei denen eine Führung oder Stellvertretung eigentlich fehlen soll. Doch auf dem Buchrücken steht „Vordenker", vorne „Initiator" und in dem beiliegenden „Revolutions-Guide" schreibt er wie selbstverständlich ein Vorwort. Auch das Buch selbst zeigt die Verfasstheit von Occupy ganz exemplarisch: Es ist ein Erzählbuch aus der Sicht des „Vordenkers". Der verallgemeinert seine Auffassungen zu politischen Positionen, was kompatibel ist zu einer weitgehend inhaltsfreien Bewegung, die leichte Beute für Bewegungsagenturen und -apparate ist. Geradezu naiv wirbt Graeber für mehr Demokratie und interpretiert die so unscharf, dass er Anarchie für den „logischen Schluss" der Demokratie hält (S. 104). Mit Kritiken an Konsens, modernen Hierarchien scheint er sich nie auseinandergesetzt zu haben. Occupy lebt davon, ganz unverschuldet zur Speerspitze von Bewegung erklärt worden zu sein. Graeber lebt davon, nur teilverschuldet zum Kopf von Occupy inszeniert zu werden.

- Erklärungszettel, um Anwendungsmöglichkeiten zu erklären (Anleitungen, Hinweise zu Materiallagern, Spendenquellen usw.)
- To-do-Listen: Was ist zu tun? (am besten mit Hinweisen, wer noch zu fragen ist für Hilfe, Material ...)
- Was-fehlt-Listen: Gesuchte Materialien (Sachspenden, Baumaterial ...)
- AnsprechpartnerInnen-Liste: Wer kennt sich bei was aus, kann für was befragt werden?
- Termine und Aktionen: Wo passiert was (zum Mitmachen, um Bücher-/Infostände zu machen ...)?
- „Technische Anleitung": Zugängliche Informationen über Anleitungen, Geräte, Quellen, Telefonnummern bis hin zu Briefkastenort und -leerzeiten ... bereitstellen (Beispiel: „TA Saasen", auch im Internet downloadbar)
- Internetseiten mit To-do-, Sachspenden- und AnsprechpartnerInnen-Listen; am besten als Wiki damit alle gleichberechtigt was ein- und austragen können
- Know-How-Workshops organisieren, z.B. aus Anlass einer konkreten Arbeit (Reparatur, Ausbau/Renovierung, Layout, Kochen, Gartenbau, Aktionen, Klauen ...)
- Internetseite mit virtuellem Nachbau des konkreten Projekt-Raumes und Informationen, was wo ist
- Spiel zu einem konkreten Raum mit eingebauten Informationen, was wo geht, nötig ist usw.: Brettspiel, Schnitzeljagd ...
- Wandzeitung mit Raumplänen und aktuell anliegenden Geschichten (Projekte, Termine ...) im Eingangsbereich
- Streitwand: Streitthemen benennen, Ort und Zeit für Streit vereinbaren und transparent machen
- Vereinbarungs- und Absprachemöglichkeit schaffen: z.B. Wandzeitung zur Kommunikation und zur Ankündigung von Aktivitäten (z.B. Veränderungen am Haus, an der Einrichtung ...) mit Möglichkeit des Widerspruchs
- Verabredungsmöglichkeiten auf der Wand schaffen, z.B. zu Workshops, Einführungen, Diskussionen, Streit
- ergänzend sind Austausch- und Infotreffen möglich (ohne Beschlusskompetenz und Anspruch, dass alle gemeint sind - also kein Plenum o.ä.)

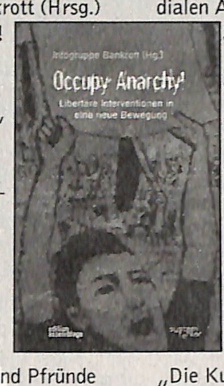
Die Erfahrungen sind jedoch ernüchternd. Guter Wille und die eine oder andere passende Umsetzungsidee reichen nicht. Ein prägnantes Beispiel waren die bisherigen Versuche, die gleichberechtigte Nutzung von Räumen und Einrichtungen durch viele Beschreibungen zu ermöglichen. Doch genau diese Informationsflut erschwerte Überschaubarkeit und Erkennen der Einzelinfos, denn ...

- das Beachten z.B. von Zetteln mit Informationen erfordert bereits eine gewisse Selbstorganisation und den Willen aufmerksam zu sein
- to-do-Listen können auch Hierarchien schaffen: die einen hängen auf, was zu tun ist; die anderen führen aus (oder auch nicht)

Spitzel usw. könnten dann auch rein

Klar, wer wollte das bezweifeln. Aber dass das in einem offenen Raum einfacher gehen soll, wäre noch zu beweisen. Bislang ist kein solcher

Infogruppe Bankrott (Hrsg.)
Occupy Anarchy!
(2012, edition assemblage in Münster, 152 S., 9,80 €)



Eigentlich wäre das keine Bemerkung wert, sondern Selbstverständlichkeit. Aber in sozialen Bewegungen, in denen es ständig um Hegemonie und Pfründe geht und wie sind in Deutschland nun mal typisch sind, ist es doch eine bemerkenswerte Ausnahme: In diesem Büchlein sind unterschiedliche, zum Teil konträre Ansichten aus verschiedenen Ecken zusammengestellt. Allerdings sind es, bis auf eine abschließende Abhandlung (die aber auch nicht aus einer deutschsprachig-anarchistischen Ecke stammt), Übersetzungen. Somit fehlt ein Blick auf die Geschehnisse hier - für eine kritische Analyse vor allem der US-amerikanischen OccupystInnen ist das Buch aber sehr nützlich.

Die blutigen Tage von Genua 2001
(2011, Laika in Hamburg, 200 S., 24,90 €)
Ein Lesebuch über die Tage, als das Thema „Globalisierung" endgültig in die europäische Debatte schwappte - mit viel Blut und Tränen(gas). Bis 2001 hatten nur ferne Berichte über Aufstände und Proteste den selbsternannten Nabel der Welt erreicht - am ehesten noch die Befreiung großer Teile von Chiapas in Mexiko durch die Zapatistas. 1999 folgte dann mit den Straßenkämpfen von Seattle der Sprung in die Nachrichten des globalen Nordens, aber erst Genua schuf den medialen Aufstieg zum Thema des Jahrzehnts. In mehreren Berichten, Interviews sowie insgesamt sechs Filmen auf zwei DVDs bringt das Buch einen intensiven Eindruck der Tage ins Gedächtnis zurück.

Florian Kessler
Mutbürger
(2013, Hanser Berlin, 240 S., 14,90 €)
„Die Kunst des besseren Demonstrierens" will das Buch laut Untertitel vermitteln. Es liest sich hingegen eher wie das Tagebuch eines Viel-Demonstrierers, der nicht viel vorher überlegt, sondern hingeht, guckt und sich so seine Gedanken macht. Die erzählen viel über die aktuelle Verfasstheit politischer Bewegungen. Doch wer nur mitläuft, hat Grenzen der Wahrnehmung. Die liegen im Faktischen. Was nicht stattfindet (mitunter in der langweiligen, deutschen „Linken" auch nicht stattfinden darf), ist nicht zu sehen und daher auch nicht existent. So schaffen es Abhandlungen über kreative Straßenprotestformen nicht einmal in die Literaturlisten, geschweige denn in die Überlegungen zur Praxis. Lesbar ist das Buch dennoch: Für alle, die auf Demos gehen, als Poesiebuch, was sie so ähnlich erleben dürften. Für alle anderen als Anschauung, wie wenig geht. Die Bewegung bekommt die Bücher, die sie verdient.

Bücher zu Beteiligung

Partizia Nanz/Miriam Fritsche
Handbuch Bürgerbeteiligung
(2012, Bundeszentrale für politische Bildung, 527 S., 4,50 €)
Kapitelweise werden Verfahren beschrieben, wie BürgerInnen vor allem lokal und in der kommunalen Politik einbezogen und beteiligt werden können. Es geht dabei um Befragungen, Mitbestimmung und Planungsverfahren - jedoch nicht um die formalen Aspekte, sondern die Methoden, wie solche Prozesse gestaltet, die Beteiligten gewonnen oder ausgewählt, erreicht und eingebunden werden können. Beispiele machen die Anwendungsformen deutlicher. Das nützliche Buch ist über www.bpd.de zu bekommen.

Martin Zilkens
Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune
(2007, Deutsches Institut für Urbanistik in Berlin, 203 S.)
Das A4-große Buch behandelt die beiden, im Titel genannten Themen sehr unterschiedlich. Nur ein Zehntel des Umfangs widmet sich dem Zugang zu Akten, jeweils wenige Seiten enthalten Tabellen über rechtliche Möglichkeiten nach Umweltinformations-, Verbraucherinformations- und Informationsfreiheitsgesetz. Das ist zu wenig und für die Praxis schlicht unbrauchbar. Besser ist es um die Ausführungen zum Datenschutz bestellt. Hier finden sich viele Tabellen und Schaubilder, wie mit Daten umzugehen ist, welche Stellung Datenschutzbeauftrage haben, wo die Grenzen zur Ordnungswidrigkeit oder gar Straftat sind und wie Datenschutz und Geheimnisträgerschaft zueinander stehen. Checklisten vervollständigen die Arbeitshilfen, deren Anwendung aber doch unter den fehlenden, verbindenden Erklärungstexten leidet.

Marie-Luis Wallraven-Lindl/ Anton Strunz/Monika Geiß
Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007
(2011, Deutsches Institut für Urbanistik in Berlin, 219 S.)
Übersichtlich gegliedert, praxisnah geschrieben und mit anschaulichen Tabellen und Ablaufschemata versehen, bietet das A4-Buch eine gut verwendbare Arbeitshilfe für die Praxis der Bebauungsplanung. Schritt für Schritt werden die Verfahrensabläufe erklärt, anhand von Beispielen und kleinen Skizzen erläutert. Das Buch eignet sich für alle, die sich einmischen wollen, und für alle, die die Verfahren selbst betreiben oder davon betroffen sind.

Felicitas Weck/Gerd Siebecke
Lokal ankommen
(2013, VSA in Hamburg, 101 S., 7,50 €)
Der VSA-Verlag hat eine Reihe aufgelegt, die dem Trend zur zentralisierten Bewegungskonzepten und -apparaten zumindest theoretisch entgegenwirken könnte: „Crashkurs Kommune". Es geht um praktische Handlungsoptionen in der Gemeindepolitik, d.h. die Bücher sind für KommunalpolitikerInnen und dort aktive Initiativen gedacht. Im Band 7 geht es um Formen der Öffentlichkeitsarbeit. Schwerpunkt ist dabei die Steigerung der eigenen Handlungsfähigkeit durch bessere Rhetorik, gut organisierte Veranstaltungen, eigene Medien, interaktive Internetangebote ...

Landesbüro der Naturschutzverbände NRW
Handbuch Verbandsbeteiligung Nordrhein-Westfalen
(2008-2012 in drei Bänden, Landesbüro in Oberhausen, je 770-1000 S., 149 €)
Ein riesiges Werk mit drei prall gefüllten Aktenordnern voller Texte und Beispiele. Aufgeteilt zum einen nach den Handlungsfeldern anerkannter Naturschutzverbände, zum anderen nach den Fachplanungen, in denen diese beteiligt werden, bietet es sehr präzise Informationen. Die ersten beiden Bände erschienen 2009 und handelten die Eingriffsregelung, Umweltverträglichkeitsprüfung, Arten- und Gebietsschutz, Gewässerschutz, Bauleitplanung sowie Schienen- und Flugverkehr ab. Im Herbst 2012 erschienen der dritte Band zu Bodenabbau, Straßenverkehr, Raumordnung und Landschaftsplanung. Zusammen schaffen sie einen Rundumblick relevanter Vorschriften, planerischer Instrumente und fachlicher Grundlagen. Auch rechtliche Fragestellungen werden handlungsorientiert aufbereitet; Checklisten und Tipps für die Stellungnahmen leisten Hilfestellung bei der konkreten Fallbearbeitung. Durch den Umfang ist das Werk nicht nur für die, gegenüber einzelnen BürgerInnen oder nicht anerkannten Gruppen privilegiert an Planungen beteiligten Naturschutzverbände geeignet, sondern auch für alle die, die ohne diesen Hintergrund aktiv werden wollen. Die Bände können auch einzeln bestellt werden und kosten dann 54 bzw. (Band 3) 64 €. Mehr Informationen und Bestellen auf www.lb-naturschutz-nrw.de/handbuchverbandsbeteiligung.html.

Fall bekannt. Das mag Zufall sein, aber offenen Räumen fehlen die Regeln und, wenn es gut läuft, auch normierende Codes. Das bedeutet, dass ein Spitzel sich sozial integrieren muss, während er in kontrollierten Räumen die Regeln und Codes beachten muss - dann ist der Weg zu allem frei. In offenen Räumen ist alles immer zugänglich, d.h. was auch immer dort mal (weil Menschen Fehler gemacht haben) gefunden wird, ist kaum konkreten Personen zuordnebar. Alle können alles gewesen sein. Und sie bilden keine fest Gruppe - auch ein Repressionsschutz.

Was tun, wenn Nazis kommen?

Eine schöne Frage. Und so vertraut, ähnelt sie doch stark den AngstmacherInnen von BILD-Zeitung und Aktenzeichen XY, wenn diese über rechts- oder polizeifreie Räume herziehen. Leider ist das auch in politischen und sozialen Bewegungen weit verbreitet: Wo Kontrolle fehlt, kämen Nazis, VergewaltigerInnen oder irgendwelche kinderfressenden Aliens. So absurd dieser Gedankengang ist, so gibt es doch einige Antworten.

- Regelmäßig hilft eine Regel „Nazis raus" nicht. Denn der Streit geht ja nicht um die stiefeltragenden Glatzköpfe mit Bomberjacke und Baseballschläger, die schon einen Meter hinter der Eingangstür eine Spur der Vernichtung hinterlassen (wollen). Hier würde auch im offenen Raum (hoffentlich) kein Zweifel an einer robusten Reaktion bestehen - schließlich ist die Selbstverteidigung der Offenheit des Raumes mit dem Konzept der Offenheit verbindbar. Es darf eben nur nicht zur Regeln und Formalisierungen führen.
- Tatsächlich aber dürften solche Besuche weder häufig noch das Problem sein, sondern die Frage der Definitionsmacht: Wer bestimmt, was ein Nazi ist und wer deshalb rausfliegt? Nicht zufällig sind Ausgrenzungsdebatten in kontrollierten Räumen bei näherem Hinsehen fast immer Machtkämpfe verschiedener Flügel im Raum.
- Nazis auszugrenzen, bedient deren Vorurteile und macht sie in ihren Zusammenhängen zu HeldInnen.
- Warum soll es eigentlich besser sein, wenn sich Nazis woanders treffen? Also wo „wir" sie nicht sehen, nicht vielleicht sogar mithören können ...? Ist da nicht die mangelnde Phantasie politischer Bewegung die Mutter des Abgrenzungsgedankens?



„Schutzraum" und „Definitionsmacht" würden aufgegeben

Das stimmt - aber nur aus formaler Perspektive. Denn Schutzraum und Definitionsmacht sind, jedenfalls in der üblichen, formalisierten Art, Regeln - noch dazu welche, die mit den zentralen Diskursen von Wahrheit und Ausschließung operieren. Der Umgang mit diskriminierenden und übergriffigen Verhaltensweisen bezieht sich zudem meist auf die so handelnden Personen und nicht auf das Verhalten. Ziel ist, die Person fernzuhalten und nicht einen diskriminierungsfreien Raum herzustellen. Letzteres kann sogar als Ziel aus den Augen verloren werden, wenn die „Jagd" auf einzelne Personen ablenkt von dem Bemühen um eine alltägliche Praxis.

Dabei sagt doch schon die übliche Kritik an den Konzepten der Regierenden, dass Sicherheit eine Illusion ist. So zu tun, als könnten Hierarchien, Plena, Regeln oder sonst etwas Übergriffe verhindern, ist genauso eine Täuschung wie der Glaube an Polizei und Justiz. Daher ist es - auch in Bezug auf offene Räume - nicht sinnvoll, zu versuchen Sicherheit zu suggerieren, sondern offen zu nennen, dass es eine solche nicht gibt. Deshalb und auch als wirksamstes Mittel, Diskriminierungen und Übergriffe aus einem Raum fern zu halten, braucht es der Aktivierung aller Menschen im Raum.. Hilfreich sind die Stärkung von Wahrnehmungs- und Handlungsfähigkeiten, Organisierung und Vernetzung, gegenseitiger Unterstützung, Reflexions- und Streitmethoden.

- Workshops und Trainings zur Frage „Was sind Diskriminierungen und Übergriffe? Wo fangen sie bereits an? Wie kann ich sie erkennen?" und „Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen: Direkte Intervention, Schutzmöglichkeiten, Transparenz ...?"
- Herstellung und Darstellung als diskriminierungs- und damit angstfreier Raum, d.h. die Idee der direkten Intervention muss so offensiv dargestellt werden, dass sie bei allen als wichtige Grundlage wahrgenommen wird. Dann kann erstens die Bereitschaft zur Aneignung von Handlungsmöglichkeiten entstehen und zum zweiten das Vertrauen in den diskriminierungsfreien Raum wachsen, damit Personen mit solchen Ängsten ihn auch betreten wollen.
- Schaffung von Diskussionsräumen darüber, ob Aufmerksamkeit und direkte Intervention reichen, d.h. ob Ängste abgebaut werden können und ein angstfreier Raum entsteht. Dieser entsteht dadurch, dass Menschen erleben, dass der diskriminierungsfreie Raum aktiv hergestellt wird - also im Alltag, in der konkreten Situation.
- Offensive Darstellung der Offenheit für alle Menschen, aber nicht für alle Verhaltensweisen - das genauer benennen einschließlich der Umgehensweise. Es geht also in erster Linie um einen faschismusfreien, nicht FaschistInnen-freien Raum, um einen sexismus-, nicht SexistInnen-freien Raum. Es geht aber auch darum, dass Menschen ihr Verhalten und ihre antiemanzipatorischen Überzeugungen verändern - jedoch nie durch Verregelung, sondern durch Kommunikation und Aufklärung.
- Rollenspiele zu Abläufen und Einmischung in solche Abläufe
- Informationsveranstaltungen zu Formen von Diskriminierung und antiemanzipatorischer Propaganda, insbesondere auch versteckte, unsichtbare Arten (z.B.: „Wo beginnt ein rassistischer oder sexistischer Übergriff?" oder „Was ist eine rechte Form der Kapitalismuskritik?" usw.)
- Verstecktes Theater (z.B. Übergriffsituation nachstellen und anschließende Auswertung) - im offenen Raum genauso möglich und oft nötig wie in der Öffentlichkeit.
- Ideensammlung für Interventionen (z.B. als Wandzeitung, Ordner, Geschichtenbuch ...)

Müssen „offene Räume" scheitern?

Ja und nein.

Ja, weil sie ein gegenkulturelles Projekt sind. Die Erkenntnis „Es gibt nichts Richtiges im Falschen" gilt hier in besonderem Maße. Die Menschen schleppen ihre Zurichtungen, den Alltagsstress und das Denken in ihren Normen mit in den Raum. Je nach Ausgestaltung werden sie nur mehr oder weniger stark mit den dort gewollten, anderen Orientierungen konfrontiert. So besteht die Gefahr, dass sich herrschaftsförmige Verhaltensweisen (zunächst) offen ausleben. Größere Probleme bereiten heute oft die Orientierungslosigkeit und die mangelnde Befähigung, sich im eigenen Alltag selbst zu organisieren. Da im offenen Raum die Hand fehlt, die mensch leitet, fährt das mitunter dazu, dass kein oder nur ein schwacher Impuls zum eigenen Handeln bleibt. Der offene Raum wird zum Ort des Abhängens und Konsumierens. All das ist kein Fehler des offenen Raumes, sondern das Drama der Außenwelt, welche in den ungeregelten Bereich hineindrückt - oft als letzte Zuflucht für Menschen, die draußen an den Rand gedrängt sind oder in anderen Räumen rausgeschmissen wurden.

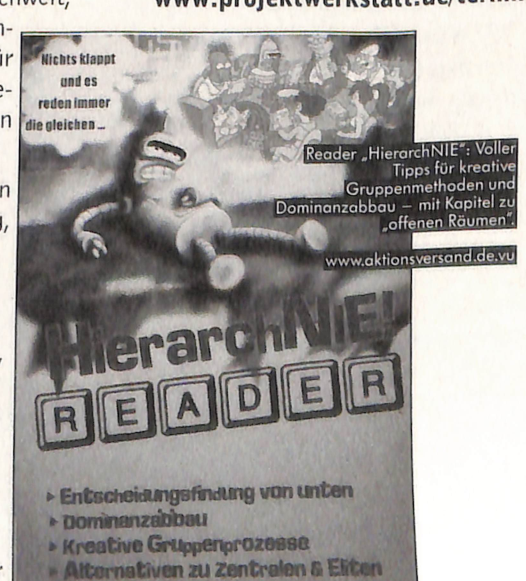
Doch das ist nur die halbe Antwort. Denn auch ein „Nein" ist als Antwort richtig, weil ...

- Gegenkultur ist offensive politische Aktion. Es geht nicht nur um die Verwirklichung eines konkretes Projektes, sondern auch immer um eine Verschiebung von Diskursen, Wahrnehmungen usw. Dieses kann auch dann durch die gut vermittelte Idee eines offenen Raumes gelingen, wenn der Raum selbst (irgendwann mal) scheitert. Emanzipation ist ein Prozess; der Versuch in einen emanzipatorischen Prozess Sicherheit zu projizieren bedeutet dessen Ende.
- Andere Zeiten, andere Ergebnisse: Nicht immer war der Trend der Zeit so auf MitläuferInnentum, Nutzung vorgefertigter Schablonen (Stundenplan, Wahlen, Lernmodule, Angebot&Nachfrage, Apps ...) ausgerichtet wie heutzutage, zumindest in den Industrienationen. Es gab Zeiten, in denen selbstorganisierte und offene Infrastruktur angesagter war als heute, z.B. Anfang der 90er Jahre mit den damals zahlreichen Umwelt- und Projektwerkstätten. Auch heute liegen in etlichen Konzepten die Potentiale für mehr - von den Selbsthilfewerkstätten über Guerillagardening oder solidarische Landwirtschaft bis zur Open Source.
- Selbst heute gibt es offene Projekte, z.B. Aktionsplattformen, Gärten, Werkstätten, die funktionieren. Zwar entpuppen sie sich bei näherem Hinsehen immer auch als teilgescheitert. Aber mitunter reichen ein paar Menschen, um die Idee zu reanimieren - gerade weil sie in der Logik handeln, dass nur das gute Funktionieren des Gesamten auch ihnen eine Handlungsplattform bietet.

Mehr Infos und ein Seminar

Ein längerer Text, der auch ergänzt werden kann und müsste, steht auf www.deu.anarchopedia.org/Offener_Raum-Probleme. Ideen zu Dominanzabbau und kreative Gruppenmethoden finden sich auf www.hierarchnie.de.vu.

Einladung:
Zum Konzept der „offenen Räume", den Schwierigkeiten und Lösungsmöglichkeiten findet am vierten Advent (20.-22. Dezember 2013) ein Seminar in der Projektwerkstatt in Saasen statt. Infos und Anmeldung über www.projektwerkstatt.de/termine!



Inside des Films von Holger Strohm

Rechtslastig in die Katastrophe

jb Der folgende Text wurde am 10. Mai 2013 auf de.indymedia.org eingestellt, auf linksunten.indymedia.org einen Tag später - vergeblich. Auf de.indymedia.org erschien er gar nicht erst, auf linksunten.indymedia.org verschwand er nach kurzer Zeit wieder. Hier sei der Text dokumentiert. Für alle Menschen mit Interesse an Umwelt- und vor allem Anti-Atom-Fragen kann die Verquickung anti-emanzipatorischer Ideen mit dem Energiethema eine gute Warnung sein. Denn:


Aus dem Film: Holger Strohm

Strohm ist alter Anti-Atom-Kämpfer, Autor eines der ersten Grundlagenwerke zu den Gefahren der Atomkraft mit dem Titel „Friedlich in die Katastrophe". Etliche weitere Veröffentlichungen im Anti-Atom-Widerstand und zu anderen Themen stammen von ihm (siehe seine Seite www.holger-strohm.npage.de). Lange Zeit war es eher ruhig um ihn, doch jetzt wird diskutiert. Denn Holger Strohm hat einen Film gemacht - und der hat es in sich. Zudem tritt Strohm seit dessen Erscheinen auffallend häufig bei Rechten oder Propheten vereinfachter Welterklärungen auf - und verteidigt diese Strategie gegenüber Kritik.

An verschiedenen Stellen ist inzwischen Kritik an den rechten Kontakten vermeldet worden nach dem Motto: Strohm bei Rechten - bäh! Die Kritik ist berechtigt, aber auch einfach. Fast überall fehlt eine inhaltliche Auseinandersetzung. Dabei hat die es in sich. Denn wer sich den Film anschaut, wird dort genügend Hinweise auf eine anti-emanzipatorische Grundhaltung finden. Reich an Fakten und beeindruckenden Bildern ist der Film - von daher auch nicht durchgehend „schlecht". Aber überall mischen sich in die Sprache der Interviewten und noch mehr der HauptsprecherInnen Sehnsüchte nach mehr Ordnung, Bilder von Gut und Böse, Verniedlichungen der Verbrechen des Nationalsozialismus usw. hinein.

Die anti-emanzipatorischen Passagen in „Friedlich in die Katastrophe"

Eine Auswertung einer Aufzeichnung des Kinofilmes führte zu folgenden Abschriften von Passagen im Film. Die ungefähren Minutenzeiten sind angegeben.

Kinderstimmen (ab ca. 0:00:32): *„Großer Geist, dessen Stimme ich den Winden vernehme und dessen Atem der ganzen Welt Leben spendet: Erhöre mich. Ich trete vor Dein Angesicht als eines Deiner vielen Kinder. Siehe, ich bin klein und schwach. Ich brauche Deine Kraft und Weisheit. Lass mich in Schönheit wandeln und meine Augen immer den purpurroten Sonnenuntergang schauen. Mögen meine Hände die Dinge achten, die Du geschaffen hast, und meine Ohren Deine Stimme hören. Mache mich weise, damit ich die Dinge erkennen kann, die Du mein Volk gelehrt hast. Die Lehre, die Du in jedem Blatt und jeden Felsen verborgen hast. Mache mich stets bereit, mit reinen Händen und aufrichtigen Augen zu Dir zu kommen, damit mein Geist in das Leben wie die untergehende Sonne entschwindet, zu Dir gelangen kann, ohne sich schämen zu müssen."*

Filmausschnitt

Sprecherin (ab ca. 0:02:30): *„Es heißt, die Atomenergie sei eine Brückentechnologie. Eine Brücke lässt sich jedoch nur bauen, wenn man weiß, welches Ufer man erreichen will. Doch der wahnsinnig gewordene, nackte Affe, der sich Mensch nennt, hat das Ufer längst nicht mehr im Blickfeld. Wie ein amoklaufender, wild gewordener Schädling, reißt er alle Lebewesen mit ins Verderben."*

Sprecherin (ab ca. 0:03:02): *„Die entfesselte Gier, der Egoismus und die Dummheit des Menschen machen es möglich."*

Robert Jungk (ca. 0:11:00): *„Ich habe ja noch ganz bewusst die 20er Jahre erlebt, bin damals in die Schule gegangen, habe '32 mein Abitur gemacht. Und ich habe damals miterlebt, wie man Hitler nicht ernst genommen hat. Und dieses Wegschieben einer Gefahr, das erlebe ich jetzt mit Schrecken wieder. Man will auch diese Möglichkeit, zu sagen des Super-Hitler in Form einer deutschen atomaren Beteiligung, nicht wahrhaben. Und dieser Super-Hitler ist mindestens so gefährlich, wenn nicht noch gefährlicher, wie der andere Hitler, weil der einen Holocaust von ganz anderen Ausmaßen anrichten kann."*

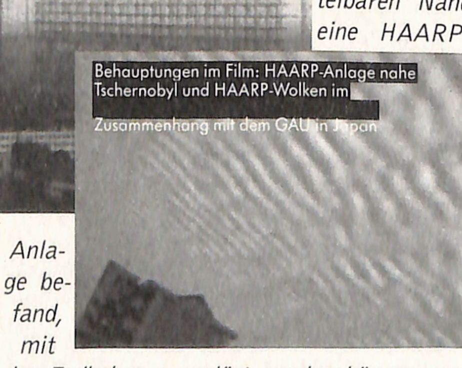
Sprecher (ab ca. 0:50:00): *„Besonders tragisch ist, dass die notwendige Tatsache der Endlagerung als ein rein technisches Problem gesehen wird. Das rührt hauptsächlich daher, dass die formal verantwortlichen Politiker und Industriellen keine Moral besitzen, denn die Konsequenzen müssen nicht sie, sondern die Ungeborenen tragen, die weder Stimmrecht noch Aktien besitzen. Nur die Nuklearindustrie hat nichts zu befürchten, denn in maßloser Dummheit hat der Bund ihnen die Verpflichtung für die Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle sogar noch abgenommen."*

Sprecherin (ab ca. 1:03:40): *„Diese gigantischen Unternehmen können Regierungen kaufen und verkaufen. So ist die Politik zum käuflichsten Glied der Gesellschaft geworden, fest in der Hand der Wirtschaftsherren."*

Günter Zint, Fotograf (ab ca. 1:09:00): *„Und solange wir diese Unterhaltungsmedien in der Form haben, wie wir sie heute haben - das Sixpack von Aldi, Füße hoch vor die Glotze, Denken abschalten. Und solange die Leute ruhig gehalten werden, man hat eine Mindestversorgung in Deutschland zumindest - man kriegt Hartz IV - , und solange, glaube ich, wird es hier auch keine Revolution geben. Leider."*

Sprecher (ab ca. 1:14:00): *„Ständig ist Atommaterial unterwegs. Auch hier ist sträflicher Leichtsinn an der Tagesordnung. So ist die Transportindustrie von der Mafia unterwandert, die eine Sicherheit wohl am allerwenigsten gewährleisten kann."*

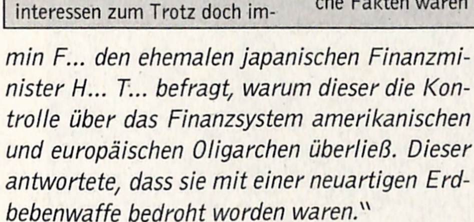
Sprecher (ab ca. 1:19:50): *„Am 26.4.1986 zerstörten schließlich zwei Explosionen das Atomkraftwerk Tschernobyl. Über mögliche Ursachen wird viel spekuliert. Offiziell heißt es „menschliches Versagen". Es gibt Hinweise darauf, dass seismische Aktivitäten vorhanden waren. Aber auch, dass sich in der unmittelbaren Nähe eine HAARP-Anlage befand, mit der Erdbeben ausgelöst werden können, und die deshalb von den USA prophylaktisch zerstört wurde. Als Folge kam es zu einer Entladung, die zum Beben führte und den Unglücksreaktor atomar explodieren ließ."*


Behauptungen im Film: HAARP-Anlage nahe Tschernobyl und HAARP-Wolken im Zusammenhang mit dem GAU in Japan

Sprecher (ab ca. 1:32:00): *„Japan hat sofort nach dem Unfall eine Nachrichtensperre verhängt. Kritische Medien haben berichtet, dass auch hierbei möglicherweise HAARP-Anlagen der Auslöser gewesen sind. 2010 hatte Benja-*

Bücher zu Energie und Klimaschutz

Thomas Seltmann
Photovoltaik: Solarstrom vom Dach
(2. Auflage 2011, Stiftung Warentest in Berlin, 208 S., 24,90 €)
Ein Buch in gewohnter Qualität der Warentester: Praxisnah, anschaulich geschrieben und bebildert erfahren LeserInnen alles Wichtige zu Planung, Finanzierung, Errichtung, Anschluss und Wartung der Anlage. Etwas dürftiger fallen (umwelt-)politische Bewertungen aus, z.B. ganz am Schluss die Behauptungen, dass unter Freiflächenanlagen ungestörte Biotope entstehen können - ein ziemlicher Nonsens angesichts der durch Bodenverdichtung, ausbleibendem Regen und Verschattung völlig veränderten Standortbedingungen. Das Buch sei also denen empfohlen, die eine Hilfe für die praktische Umsetzung suchen. Kritische politische Kommentierung gibt es dann anderswo.



Hannes Koch u.a.
Stromwechsel
(2012, Westend in Frankfurt, 182 S., 12,99 €)
Welch ein geiles Land Deutschland doch ist, welch coole PolitikerInnen hier für das Gute kämpfen und wie selbst die übelsten Konzerne allen Profitinteressen zum Trotz doch immer wieder für das Richtige zu gewinnen sind bzw. selbst zu deren VorkämpferInnen werden (wobei das -Innen fast überflüssig ist, es ist fast nur über Super-Männer etwas zu lesen)! So jedenfalls liest sich das (völlig quellenangabenfreie) Buch - von kleinen Kratzern im nationalen Lack abgesehen. Die Frage der Machtverhältnisse, ein kritischer Blick auf die Zerschlagung von Bürgerbeteiligungsrechten durch die ProtagonistInnen der Energiewende selbst (zwecks schnelleren Kraftwerksbaus) und vieles mehr fehlen im Buch weitgehend. Das ist bereits ein Beitrag zur Geschichtsschreibung des „Green New Deal“: Die neue Farbe von Grün ist rosarot!

Fritz Vahrenholt/Sebastian Lüning
Die kalte Sonne
(2012, Hoffmann und Campe in Hamburg, 445 S., 24,99 €)
„Warum die Klimakatastrophe nicht stattfindet“, steht im Untertitel. Vahrenholt und Lüning versuchen das anhand von Daten über Sonnenzyklen zu belegen. Ihre Theorie: Die gemessenen Temperaturschwankungen seien Folge unterschiedlicher Sonnenaktivitäten. Denn diese dominiere das Geschehen. Solche Fakten wären in der Tat wichtig für die Debatte, wenn das Buch nicht seltsam veraltet erschiene. Für die Jetztzeit sagen die Autoren nämlich bereits eine Abkühlung des Klimas voraus, was aber die Durchschnittstemperaturen nicht hergeben. Gibt es andere Interessen? Vahrenholt war prominenter Umweltschützer in früheren Jahren und steht jetzt auf der anderen Seite. Sein Co-Autor organisiert das Ölgeschäft des Multis RWE Dea in Afrika. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Praxisleitfaden „Klimaschutz in Kommunen“
(2011, Deutsches Institut für Urbanistik in Berlin, A4-Loseblattordner mit 514 S.)
Ein umfassendes Werk voller praktischer Tipps zur Umsetzung von Klimaschutzzielen in der Kommunalpolitik. Der Schwerpunkt liegt inhaltlich bei der Energieversorgung und strategisch bei den administrativen Mitteln, die einer Gemeinde(verwaltung) zur Verfügung stehen. Bedauerlicherweise lückenhaft ist folglich die Frage von Beteiligungsmodellen wie z.B. Versorgungsstrukturen in BürgerInnenhand. Hier würde sich die Kommune selbst entmachten - und vielleicht ist das kein Zufall, dass eine solche Richtung nicht dargestellt wird. Für KommunalpolitikerInnen, Verwaltungsapparate und alle, die über die Institutionen Klimaschutz umsetzen wollen, ist die Mappe aber sehr geeignet. Von planerischen Festschreibungen über Finanzierungsfragen bis zu themenspezifischer Öffentlichkeitsarbeit und Beratung sind alle wichtigen Themen abgedeckt.

Joachim Radkau/Lothar Hahn
Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft
(2013, Ökom in München, 413 S., 24,95 €)
Im Stil eines Geschichtsbuch zeichnen die Autoren die lange und reichlich verzweigte Geschichte der Atomkraftnutzung nach - beginnend mit der ersten öffentlichen Freisetzung atomarer Energie als Vernichtungsschlag von Hiroshima über die vielen Debatten in der Wissenschaft, zwischen Politik und ForscherInnen, vor und während des Baus von Reaktoren sowie nach kleinen und großen Unfällen. Eine seltsame Leerstelle bilden Protest und Widerstand, die im Buch nur beiläufig erwähnt werden. Auch insofern ähnelt das Buch einem Geschichtsbuch: Wichtig ist nur, was in den Sphären der Wichtigen (Eliten) geschieht.

Kurt G. Blüchel
Der Klimaschwindel
(2007, C. Bertelsmann in München, 335 S., 14,95 €)
Klimadebatten sind in - und ob die aktuellen TurboklimaretterInnen der Marke Merkel und Gabriel wirklich die Sache im Kopf haben oder sich lieber als Mami der Nation inszenieren oder als Machertypen für höhere Aufgaben empfehlen wollen, ist schwer zu erkennen. In einer solchen Situation ist jede Position marktfähig. Also sind Bücher, die den Klimawandel für unbedenklich und die Szenarien für Lügen verklären, auch längst erschienen - so wie dieses. Sorgsam werden die Zahlen aneinandergereiht, die für die hier vertretene Position passen: Alles halb so wild und nur der natürliche Trend. Beweisbar ist es genauso wenig wie die Schreckensnachricht vom Klima. Warum aber gibt es überhaupt die Debatte? Würde mensch erst einmal fordern, dass exakt nachgewiesen werden müsse, dass Gewehrkugeln schädlich sind für Menschen, bevor das Schießen eingestellt wird, käme das gleiche Desaster: Es gibt keine objektiven Erkenntnisse. Daher lohnt der Hahnenkampf um die Definitionsmacht des Wahren auch nicht. Aber er schwemmt Geld in die Kassen der Verlage und Autoren - und das dürfte denn auch der wichtigste Ansporn sein.

min F... den ehemalen japanischen Finanzminister H... T... befragt, warum dieser die Kontrolle über das Finanzsystem amerikanischen und europäischen Oligarchen überließ. Dieser antwortete, dass sie mit einer neuartigen Erdbebenwaffe bedroht worden waren.“

Demonstrant (ab ca. 1:41:15): *„Das ist die Mafia hier von der Demokratie. Das kannste annehmen. Ich sag ja, wenn Adolf Hitler aufwachen würde, der würde von denen noch was lernen.“*

Sprecherin (ab ca. 1:47:00): *„Wir wissen heute bereits genug, um Hauptproblemen wie Hunger, Überbevölkerung, Umweltverschmutzung, Plünderung unseres Planeten und Gefahr eines weiteren Atomkrieges zu begegnen. Tatsächlich könnte man die Weltbevölkerung von heute ernähren, man investiert aber lieber in Rüstungsgüter. Und so beruht die heutige Krise neben mangelhaften Informationen auf schlechter Politik. Um diese Fehlentwicklungen noch abwenden zu können, müsste sich die Politik zunächst einmal den verloren gegangenen Einfluss von der Wirtschaft zurückholen und auch Begriffe wie Ethik und Verantwortung wieder ernst nehmen. Wir sind verpflichtet, für das Überleben zu kämpfen. Die Angst der Mächtigen ist unsere Hoffnung. Und wenn sie uns alle mit in den Strudel reißen? Dann wollen wir zugrunde gehen im Bewusstsein: Ich habe mein Leben gelebt. Ich habe es nicht den Idioten und Kriminellen überlassen. Ich habe mich gewehrt bis zuletzt. Und in der Tat: Wir werden vom Bösen beherrscht. Das Gute ist so selten, dass unsere Zeitrechnung darauf basiert, während das Böse alltäglich ist.“*

Sprecherin (ab ca. 1:49:40): *„Die Verantwortlichen machen das Geschäft ihres Lebens und sind nicht bereit einzusehen, dass sie alles, auch sich selbst, zum Schluss vernichten werden. Dieser Irrsinn muss überwunden werden. Denn Regierungen kommen und gehen. Die radioaktive Strahlung aber wird bleiben. Das ist das größte Verbrechen aller Zeiten.“*

Danach Pastor Friedrich Bode (Brokdorf): *„Das was ich von der Geschichte weiß und des Dritten Reiches des 20. Jahrhunderts, dass gegen dieses Verbrechen die Verbrechen der faschistischen Diktatur verblassen. Verblassen. Das sind alles Sachen, die mit der Zeit vernarben - und daraus kann man was Neues machen, was Neues gestalten, nämlich Demokratie, Kulturverfeinerung. Man hat die Erfahrung gemacht, was es heißt, wenn man politisch sich verführen lässt und wozu das führt, letztendlich. Bei der Atomenergie ist das nicht möglich.“*

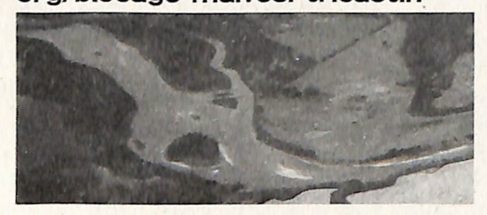
Sprecherin (ab ca. 1:54:47): *„Die Hoffnung liegt in der Erziehung der Jugend zu einer gesünderen Lebensanschauung. Kein Nachdenken ist so wichtig wie das über die Erblichkeit der Eigenschaften. Wir sollten unseren Kindern wahre Werte, Glück, Tugenden und Umweltschutz vermitteln, statt sie mit Angst an das kaputte System anzupassen.“*

Sprecherin (ab ca. 1:50:50): *„Der Mensch hat die ökologischen Gesetzmäßigkeiten völlig missachtet. Es gilt zu retten, was zu retten ist. Und der einzige Ausweg besteht in einer übergeordneten ökologischen Bewertung aller Lebensprobleme. Dabei ist eine Ökologie ohne Ethik und Moral, ohne Emotionen und ohne eine Verantwortung dem Gesamtleben und der Zukunft gegenüber, gar nicht denkbar.“*

Eine kritische Seite zu Holger Strohm findet sich unter http://psiram.com/ge/index.php/Holger_Strohm. Links zu mehr rechtslastigen Bezügen und zu rechter Ökologie allgemein unter www.projektwerkstatt.de/aes/rechts_oeko.html

AktivistInnen blockieren zwei Urananlagen in Südfrankreich

NukeNews Am 19. Juni 2013 organisierten die beiden Initiativen "Stop Uranium" und "Stop Tricastin" eine gleichzeitige gewaltfreie Blockade vor zwei Urananlagen in Südfrankreich. Ziel war die Sensibilisierung für die von der Uranindustrie ausgehenden Gefahren und die Forderung nach Beendigung der entsprechenden Aktivitäten. Die erste Anlage, Comurhex Malvési (nahe Narbonne), dient für Yellow Cake/Urankonzentrat als Einfallstor nach Frankreich. Etwa ein Viertel des weltweit eingesetzten Kernbrennstoffs durchläuft diese Anlage. Am zweiten Standort, dem AKW Tricastin unweit von Avignon, befindet sich die Anreicherungsanlage Eurodif.
Bilder unter:
http://groupes.sortirdunucleaire.org/blocage-malvesi-tricastin

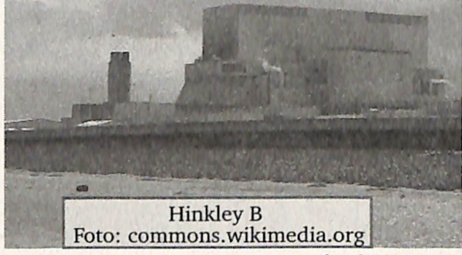


Kanadas Altlasten in Saskatchewans Wasser-Einzugsgebieten

NukeNews Die kanadische Regierung opferte vier Wassereinzugsgebiete im Norden der Provinz Saskatchewan, um dort den Großteil des für die Atomwaffenprogramme der USA und anderer Staaten benötigten Urans zu gewinnen. Dreißig Jahre sind vergangen, seit die Regierung das Gebiet mit den von ihr hinterlassenen Verheerungen stillgelegt hat, und noch immer breiten sich die tödlichen Giftstoffe aus. Jetzt will man sogar neue Minen in Betrieb nehmen, statt sich zunächst mit der Dekontamination der alten zu befassen.
http://www.policyalternatives.ca/sites/default/files/uploads/publications/Saskatchewan%20Office/2013/07/SKnotes_Govt_Legacy_Contamination_Watersheds.pdf

UK: Neuigkeiten von den Atom-Inseln

NukeNews Die Koalitionsregierung hat kürzlich angekündigt, dass sie vorhat, 10 Milliarden Pfund öffentliche Gelder für den ersten ihrer geplanten neuen Reaktoren auszuschütten - EDF's beabsichtigten Reaktorneubau Hinkley C.
Entgegen dem Koalitionsversprechen, keine neuen Atomkraftwerke zu subventionieren, hat sie weitere Kürzungen im öffentlichen Dienst angekündigt, um die Subventionen zu finanzieren; und sie behauptet, es würde sich um keine Subventionen handeln. Die britische Regierung ist überhaupt nicht mehr im Gleichschritt mit dem Rest Europas. Während Länder wie die BRD ein Programm zur Verbesserung von Energieeffizienz und zur Reduzierung des Bedarfs beginnen, scheint die britische Regierung sich



Hinkley B
Foto: commons.wikimedia.org

dafür zu engagieren und dafür zu sorgen, dass die Konsument*innen Großbritanniens im nächsten halben Jahrhundert unerschwinglich hohe Preise für ihre Elektrizität zahlen.
Sie malt sich auch eine Verdreifachung des Energiebedarfs aus, obwohl es - um ehrlich zu sein - schwer vorzustellen ist, wie sie bei solchen schmerzlich hohen Preisen ein Wachstum im zentralgesteuerten Energieverbrauch erreichen könnte.
Nach dem wenig überraschenden Scheitern des neuesten Vorhabens der britischen Regierung, den Gemeinden Cumbrias Atommüll aufzubürden, versucht sie nun zu entscheiden, wo sie all den mittelradioaktiven Müll abkippen, äh - lagern will, den eine Regierung nach der anderen vor der Nase einer selbstgefälligen Öffentlichkeit produziert hat. Einige ihrer Vorschläge würden die Schaffung neuer Müllkippen im Stile Sellafields an einem oder mehreren Orten rund um die Britischen Inseln einschließen. Da die Verhandlungen zwischen EDF und der britischen Regierung weiter stocken und die sogenannten Festpreise sich weiterhin einer Einigung entziehen, hat die Regierung Schmiergelder in Höhe von ziemlich genau weiteren 128 Millionen Pfund an Gemeinden ausgestellt, die mit dem "Fallout" der neuen Atomkraftwerke werden leben müssen - leider ist die Schranke niedrig angesetzt und die Atomkraftwerk-Betreiber werden nur etwa ein Fünftel des Betrages zu zahlen haben, den Windanlagen-Bauherren an Leistungen an die Öffentlichkeit zu erbringen haben.
Typisch für die Anti-Erneuerbare-Energie-Politik, die die klimawandelskeptische Regierung, die jetzt in Großbritannien an der Macht ist, charakterisiert.

Beinahe-Katastrophe mit brennendem Atomschiff in Hamburg

NukeNews Am 1. Mai 2013 brannte im Hafen von Hamburg das kombinierte RoRo/Containerschiff Atlantic Cartier. Das Feuer wurde von fünf Feuerwehrschiffen und 296 Feuerwehrleuten nach etwa 16 Stunden gelöscht. Nur 500 Meter von dem brennenden Schiff wurde der Eröffnungs-Gottesdienst des Kirchentages mit 35.000 Menschen im Herzen der 1.800.000-Einwohner*innen-Stadt abgehalten. Niemand wurde gewarnt oder evakuiert.
Zwei Wochen später zeigte eine Antwort des Parlaments des Bundeslandes, dass es neben etwa 8,9 Tonnen spaltbarem Uranhexafluorid und 11,6 Tonnen spaltbarem Uranoxid oder Brennelementen mit 180 Tonnen Ethanol, etwa 3,8 Tonnen Patronen für Waffen, 2,6 Tonnen festem Treibstoff und noch mehr gefährlichen Gütern beladen war. Das Feuer verbrannte 70 neue PKW im Rumpf des Schiffes, daher wurden einige gefährdete Container ganz oben in aller Eile während des Feuerwehr-Einsatzes geräumt. Das UF6 kam wahrscheinlich aus den USA mit Ziel Urananreicherungsanlage Almelo (Niederlande). Das Uranoxid sollte nach Frankreich geliefert werden.

Erfahre mehr:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Fire_on_vessel_at_Hamburg

Atlantic Cartier, nicht brennend
Foto: https://commons.wikimedia.org


Atlantic Cartier mit Löschschiff
Foto: http://www.anti-atom-aktuell.de

Atlantic Cartier wieder in Hamburg: Anti-Atom-Aktion mit Schiffen im Hafen

Rowena Hamburg, 24.08.2013 - Als die „Atlantic Cartier“ das erste Mal nach der Brandkatastrophe in Hamburg anlegte, wurde sie von Atomkraftgegner*innen mit einem Transparent „Atomtransporte brandgefährlich“ markiert. Mit zwei Schiffen protestierten sie gegen Atomtransporte durch den Hamburger Hafen.

In Bremen wurden Atomtransporte per Gerichtsbeschluss beschränkt. Durch eine Hafenteilentwidmung ist der Hafen für sogenannte Kernbrennstoffe, die 20% der bisher dort verladenen Atomtransporte ausmachen, gesperrt - die restlichen 80% bleiben dabei (noch) uneingeschränkt.

Mehr unter:

http://blog.eichhoernchen.fr/post/Fahne-zeigen-gegen-Atomschiff-in-HH

http://antiatombremen.blogsport.de/



Aktion an der Atlantic Cartier
Foto: Pay Numrich

Themenrubrik Energie

Kontakt: energie@gruenes-blatt.de
Einsendeschluss: 10.11.2013

Thematisch passende Beiträge für diese Rubrik im nächsten grünen blatt bitte vor Einsendeschluss an uns mailen.

Wir freuen uns über Menschen, die sich an der Energierubrik beteiligen wollen!

Weiterer Cameco-Kollaborationsvertrag soll indigene Proteste gegen Uranabbau zum Schweigen bringen

NukeNews Nach dem Pinehouse-Kollaborationsvertrag mit Cameco und Areva im Dezember 2012 hat mit der English First River Nation im Mai 2013 eine weitere indigene Gemeinde Nordwest-Saskatchewans - trotz Protesten ihrer Mitglieder - eine Vereinbarung mit diesen Uranabbau-Unternehmen unterschrieben, ihre Geschäfte zu unterstützen und diese nicht weiter zu stören.
Die Vereinbarung, die die Bevölkerung nicht einsehen durfte, verspricht angeblich 600 Millionen Dollar in Geschäftsverträgen und Löhnen an die Dene Band im Austausch für die Unterstützung von Camecos und Arevas bestehenden und geplanten Projekten auf traditionellem Land der ERFN. Bedingung ist dabei, dass die ERFN ihre Klage gegen die Regierung Saskatchewans in Verbindung mit Ansprüchen aus dem Treaty-Land-Entitlement-Programm auf Teile des Landes nahe Camecos "Millenium Mine"-Projekt fallen lassen muss.

Erfahre mehr:
http://www.nuclear-heritage.net/index.php/PR:Signing_of_Cameco/Areva_deal_with_English_River_First_Nations_ignites_strong_opposition_from_members



Petition gegen Areva-Uranabbauprojekt in Nunavut

NukeNews Areva plant in Nunavut, dem Inuit-Territorium in Nordkanada, die Errichtung einer großen Uranmine. Wenn dieses Projekt realisiert würde, wären seine Folgen für die Umwelt und die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort verheerend: Kontamination von Wasser und Boden, nicht kontrollierbarer Abraum, Verwüstung der Karibu-Jagdgebiete ...

Areva versucht die Bevölkerung auf seine Seite zu ziehen und durch kostspielige Geschenke Akzeptanz für das Projekt zu schaffen, verschleiert jedoch die wahren Folgen des Uranabbaus. Wenn auch ihr das Projekt stoppen wollt, unterzeichnet die Petition unter:

http://groupes.sortirdunucleaire.org/Petition-Nunavut

Tschechische Übergangsregierung unterstützt neue Temelín-Reaktoren

NukeNews Die neue Übergangsregierung - bestellt durch Präsident Miloš Zeman, nachdem die rechtsorientierte Regierung von Petr Necas aufgrund von Bestechungsskandalen zurückgetreten ist - hat ihre Unterstützung für Pläne zur Errichtung zweier neuer Reaktoren am AKW Temelín erklärt.

Letzte Informationen deuten darauf hin, dass die Regierung bindende Entscheidungen zu den Plänen treffen könnte, falls sie bis zu den regulären Wahlen im Frühjahr 2014 regieren sollte. Berichten zufolge betrachtet die Regierung Temelín als Priorität und will während ihrer angekündigten Gespräche mit dem Energiemonopolisten ČEZ auf die Konstruktion drängen. Dies führt zu der Frage, in wessen Interesse die Regierung agiert, angesichts dessen, dass die Errichtung aufgrund des Festpreises für die Wirtschaft extrem unprofitabel wäre.

SolE – solidarische

Eine Konzeptidee für eine dezentrale, basisdemokratische und autonome Energieversorgung

von Stefan Meretz, Simon und Christoph in Zusammenarbeit mit dem AK spunk In Zeiten hitziger Strompreisdebatten und politischer Rahmenbedingungen, die weiterhin die bestehenden zentralistischen Strukturen der Energieversorgung erhalten; in Zeiten, in denen die großen Energieversorger Milliardengewinne verkünden und mehr in ihr grünes Image investieren als in eine tatsächliche Umsetzung einer 100%igen Versorgung mit Erneuerbaren Energien; in denen Deutschland mit dem rheinischen Braunkohlerevier weiterhin über Europas größte CO2-Quelle verfügt; in denen konventionell erzeugter Strom mit Zertifikaten zu Ökostrom umetikettiert wird – ist es Zeit nach ganz konkreten Alternativen im Hier und Jetzt zu suchen und mögliche Wege in eine regenerative, basisdemokratische und selbstbestimmte Energieversorgung aufzeigen.

Kritik an der aktuellen Energieversorgungsstruktur

Die Energieversorgung wird auch während der Energiewende nach wie vor von vier Großkonzernen beherrscht. Diese möchten ihre Position durch den Netzausbau, zentralistische Großprojekte wie „Alpha Ventus“ und neokoloniale Ansätze wie „Desertec“ unter Beihilfe der Politik und unter dem Deckmantel vermeintlich wissenschaftlicher Ergebnisse erhalten. Neben dem Aufbau eines umweltfreundlichen Images geht es diesen Konzernen hauptsächlich um den Erhalt ihrer Kohle- und Atomkraftwerke, welche enorme Gewinne für die Konzerne auf Kosten der Umwelt und zukünftiger Generationen generieren.

Ein Gegenmoment bilden derzeit lediglich kommunale Stadtwerke und Ökostromanbieter_Innen. Letztere garantieren die Lieferung rein regenerativ erzeugten Stroms und die Förderung dezentraler Versorgungsstrukturen. Doch auch diese Unternehmen sind dem Wachstums- und Verwertungszwang der Branche unterworfen und bieten nur sehr begrenzte Ansätze für eine demokratische Energieversorgung. Der Bezug von Ökostrom ist ein bloß formaler Akt, der weit hinter der Notwendigkeit nach Auflösung von Macht- und Marktstrukturen zurückbleibt und Möglichkeiten der direkten Partizipation und Teilhabe negiert. Eine Ausrichtung auf die Energieeinsparung durch strukturelle und informative Maßnahmen steht hier auch nicht im Vordergrund, da die Erzeugungsunternehmen dadurch ihren Umsatz und ihren Gewinn reduzieren würden. Die Dezentralisierung von Erzeugungsstrukturen erfordert auch eine Dezentralisierung der organisatorischen Versorgungsstrukturen, die heutige Ökostromanbieter_Innen so nicht ermöglichen.

Der Ansatz der eG – die Bürgerenergiegenossenschaft

Als Alternative zu den oben aufgezeigten Organisationsstrukturen haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Energiegenossenschaften gegründet, die aber bisher nur eine Nische besetzen. Diese Genossenschaften konzentrieren sich meist auf die Errichtung von Erzeugungsanlagen, wobei es bisher keine eindeutige Definition gibt, und die Energiegenossenschaften dementsprechend sehr unterschiedlich konzipiert sind. Eine direkte Verknüpfung zwischen Erzeugung und Verbrauch ist innerhalb der Genossenschaftsstruktur meist noch nicht geregelt und erschwert die demokratische Einbindung aller Beteiligten – also auch die der Stromverbraucher_Innen.

Der Fokus liegt oft nicht auf der direkten Abdeckung des Strombedarfs der Mitglieder. Stattdessen wird der Beteiligungsanreiz an der Genossenschaft durch eine rentable Rendite für das Investitionskapital geschaffen. Die Strompreise sind durch den Zins-

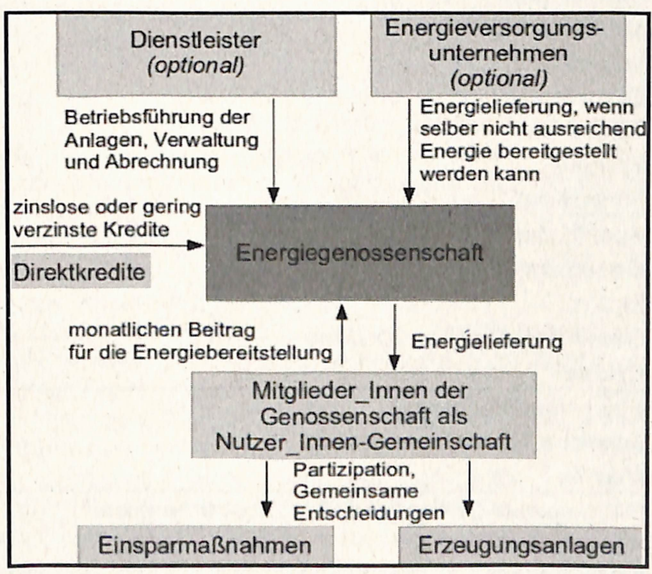


Energieversorgung

druck und durch die Rendite immer an den Marktpreis angepasst und wirken der zunehmenden Verteilungsungerechtigkeit bisher nicht aktiv entgegen.

Die Idee der SolE – die solidarische Energieversorgung

Wir wollen hier nun einen Schritt weiter gehen und Möglichkeiten einer solidarischen Energieversorgung diskutieren und notwendige Eckpfeiler identifizieren. Die Idee der solidarischen Energieversorgung besteht darin, eine regionale Gruppe aufzubauen, die ihre Energieversorgung selbst in die Hand nimmt, nach ihren Vorstellungen ausgestaltet und als Zielsetzung auf eine 100% Versorgung aus Erneuerbaren Energien hinarbeitet. Dabei liegt der Fokus sowohl auf der Reduzierung des Energieverbrauchs der Gruppe als auch auf der Errichtung entsprechender Erzeugungsanlagen sowie der Verknüpfung von Verbrauch und Erzeugung (z.B. durch Vernetzung und Visualisierung der Verfügbarkeit des elektrischen Stroms, nach dem sich der Verbrauch richtet). Gemeinsam können Einsparpotentiale identifiziert und genutzt werden und hierdurch eine Sensibilisierung der Mitglieder für Energienutzung unabhängig von deren monetären Wert geschaffen werden.



Dabei verstehen sich alle Mitglieder sowohl als Energieverbraucher_Innen wie als Energieerzeuger_Innen und versieren so eine Aufhebung der marktbasierten Wirtschaftsbeziehungen. Nicht der in der Marktwirtschaft auf Geld basierende Austausch zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen, sondern die direkte Kommunikation und gemeinsame, gleichberechtigte Entscheidungsstrukturen stehen im Vordergrund. Diese Bewusstseinsbildung ist wichtig für eine regenerative Energieversorgung, da sich ein immer verfügbares und unbegrenztes Angebot an Energie als unerfüllbarer Traum des Industriezeitalters entpuppt hat, an dem nicht länger festgehalten werden kann.

Als Rechtsform bietet die eingetragene Genossenschaft mit dem Grundprinzip "Ein Mensch, eine Stimme". Möglichkeiten der Demokratisierung von Unternehmensstrukturen, sodass Entscheidungsgewalten nicht von der Höhe der Kapitaleinlage abhängig sind. Weitere Grundprinzipien, wie Selbsthilfe, Selbstverantwortung, Demokratie und Gleichheit bieten die Möglichkeit für eine basisdemokratische, emanzipatorische Organisation und die Umsetzung einer solidarischen Energieversorgung.

Der gemeinsame Umgang mit den anfallenden Energiekosten auf eine solidarische Weise innerhalb der Gruppe ist ein weiterer wichtiger Bestandteil des Konzepts. Die Übertragung des Konzepts der solidarischen Landwirtschaft mit dem Ansatz des Richtbetrags und einer Bieter_Innen-Runde ermöglicht eine prinzipielle Inklusion aller Mitglieder. Es können über diesen Ansatz individuelle Beiträge je nach finanzieller Lage ausgehandelt werden, um die Gesamtkosten zu decken und um gleichzei-

Brutale Festnahmen von Aktivist*innen und Journalist*innen beim Marsch zum Tschernobyl-Jahrestag in Minsk, Belarus

NukeNews Die Regierung in Minsk ist weiter fest entschlossen, das Atomkraftwerk in Belarus durchzudrücken und geht gegen jede Opposition gegen das Projekt mit unnachgiebiger Härte vor - selbst am Tag des Gedenkens an die Katastrophe von Tschernobyl.

Bei einer genehmigten Demonstration gegen den Bau gingen die Sicherheitskräfte der Regierung gegen Protestierende in vielen Fällen mit brutaler Gewalt vor, kesselten sie ein und nahmen Umweltaktivist*innen



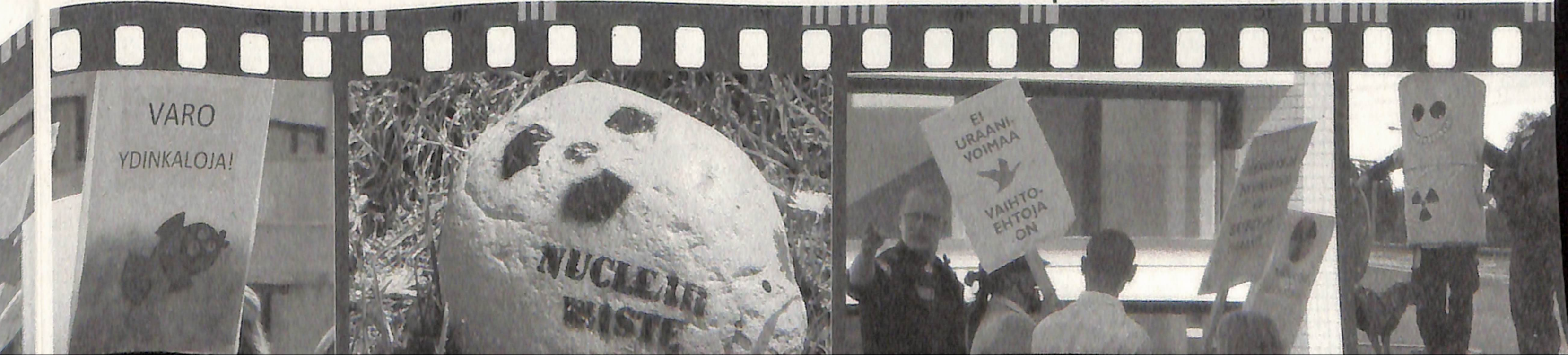
"Zwei Köpfe sind gut?", eines der verbotenen Transparente

und Reporter*innen fest

Die Welle von Verhaftungen und die sich häufenden Berichte über das brutale Vorgehen der Polizei leiteten eine weitere - wenngleich nicht erwartete - Verschärfung der staatlichen Repressalien ein, nachdem zum Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl 1986 am 26. April 2.000 Menschen in der Hauptstadt von Belarus auf die Straße gingen und am "Tschernobyl-Marsch 2013" teilnahmen.

Hier der vollständige Bericht und eine Auswahl von Bildern:

http://www.bellona.org/articles/articles_2013/belarus_npp_crackdown



Infomaterialien

http://Material.Nuclear-Heritage.NET

Anti-Atom-Materialien aus unterschiedlichen Ländern können hier in verschiedenen Sprachen heruntergeladen oder in gedruckter Form bestellt werden.

"AKW Leningrad-2 IST GEFÄHRLICH"

NukeNews - das war die Einschätzung von Teilnehmer*innen einer Pressekonferenz, die am 15. Juli im Presseclub "Green Light" in St. Petersburg stattfand. In der Pressekonferenz sprachen Mitglieder einer Arbeitsgruppe, die die Auswirkung der "Nasskühlung" des AKW Leningrad-2 (LNPP-2) auf Anwohner*innen, Personal und die ökologische Situation an der Südküste des Finnischen Meerbusen (SSGF), 40 km westlich von St. Petersburg haben würden, analysiert hatten.

Die Repräsentant*innen von Rosatom, die Mitglieder der "Arbeitsgruppe" waren, veröffentlichten eine "abschließende Erklärung" zur Bewertung der Sicherheit von LNPP-2, die auf den ökonomischen Interessen von Rosatom aufbaute.
Sie berücksichtigte nicht die Meinung der unabhängigen Expert*innen und Expert*innen-Organisationen, die auf ökologischer Sicherheit fußten.
Die Teilnehmer*innen der Pressekonferenz informierten die Journalist*innen über die vielen Fehler, Regelbrüche und Verstöße gegen die russische Gesetzgebung, die von den unabhängigen Expert*innen festgestellt worden waren. Sie veranschaulichten die Maßnahmen, die Rosatom entwickelt hatte, um eine öffentliche Beteiligung zu simulieren, während das LNPP-2-Projekt vorangetrieben wird.

Lies den gesamten Artikel:

http://www.greenworld.org.ru/?q=ang_bv_121

tig einen solidarischen Umgang mit den Kosten zu ermöglichen.
Für eine selbstverwaltete Energieversorgung ohne Profitstreben, Kapitalverwertung und persönlichen Eigentumserwerb – also entgegen der Marktgesetze innerhalb des vorherrschenden Wirtschaftssystems – stellt die Projektfinanzierung und die Kapitalbeschaffung eine schwierige Aufgabe dar. Durch zinslose oder zinsgünstige Direktkredite nach dem Ansatz des Mietshäusersyndikats lässt sich diese Finanzierung auf einem erträglichen Niveau umsetzen. Ohne hohe Renditeversprechen für Kapitaleinlagen oder hohe Kreditzinsen wäre so ein Wachstumsdruck auf die

Anzahl Gebäude	4	
Wohneinheiten je Gebäude ca.	30	
Anlagenleistung pro Gebäude	65 kWp	
Stromverbrauch	417.000 kWh/a	*1
Eigenverbrauch	50%	
Autarkiegrad	30%	*2
spezifischer Ertrag	900 kWh/kWp	
erzeugte Energie	234.000 kWh/a	
Eigenverbrauch	117.000 kWh/a	
Zukauf	300.000 kWh/a	
Verkauf	117.000 kWh/a	
Investition		
Spezifsche Investition	1.400 €/kWp	
Gesamtinvestition	364.000 €	
Zins	1,50%	
Gesamtkosten über 20 Jahre	490.000 €	
Erlöse		
Einspeisevergütung	0,13 €/kWh	*3
Jährliche Erlöse Einspeisung	15.800 €/a	
Kosten		
Stromeinkauf (netto) bei EVU/Ökostromanbieter	0,22 €/kWh	*4
Kosten Strombezug	66.300 €/a	*5
Kapitalkosten	24.500 €/a	
EEG-Umlage (reduziert)	3.800 €/a	*6
Versicherung	1.200 €/a	
Kosten Genossenschaft/Verwaltung/Messbetrieb/Rücklagen	8.000 €/a	*7
Kosten Gesamt	103.800 €/a	
Kosten abzüglich EEG-Erlöse	88.000 €/a	
Richtbeitrag pro Wohneinheit (brutto)	**73 €/Monat**	
Kosten Haushalt pro Monat bei Strombezug bei EVU	84 €/Monat	*8
Ersparnis pro Haushalt und Jahr	139 €/a	

*1 *Annahme 3.473 kWh/a und Haushalt (3-Personen)*
*2 *Berechnet auf Basis einer simulierten PV-Anlage (40° Dachneigung, Ausrichtung: Süden) und gemessen Verbrauchsprofilen*
*3 *EEG-Vergütung die für die Anlage bei Inbetribenahme bis zum 1.5.2013 geazahlt würde, bei späterer Inbetriebnahme sinkt dieser Preis*
*4 *Entspricht einem Arbeitspreis von 26,18 ct/kWh (brutto)*
*5 *Enthält neben den Arbeitskosten auch die Grundgebühr für einen Gemeinsamen Zähler pro Gebäude*
*6 *Derzeit ist umstritten, in wie weit derartige Betreiberstrukturen von der EEG-Umlage betroffen sind. Für die Berechnung wurde eine um 2 ct reduzierte EEG-Umlage zugrunde gelegt (). Andere Konzepte (vergl.) versuchen diese Umlage völlig zu umgehen, was zusätzlichen Spielraum ermöglichen würde*
*7 *Dies kann nur grob abgeschätzt werden und hängt stark von den Größe der Gesamtgenossenschaft ab, da sich einige Fixkosten ergeben. Insegsamt bestehen hier derzeit kaum Erfahrungswerte auf Basis dessen die Abschätzung sinnvoll abgeschätzt werden kann*
*8 *Grundgebühr 6,90 €/Monat, Arbeitspreis: 26,75 ct/kWh*



Genossenschaft zu verhindern. Die errichteten Anlagen sollen Gemeineigentum sein, welches Freiraum für einen solidarischen Umgang und einer Selbstverwaltung mit einem Gut ermöglicht; sie sollen nicht als gewinnträchtige Kapitalanlage errichtet werden. Eine Begrenzung von Zinszahlungen und Renditen auf ein Minimum ist daher grundlegende Voraussetzung für das Funktionieren einer solidarischen Energieversorgung. Dies erfordert auch einen Bewusstseinswandel bei den Kapitalgeber_Innen. An die Stelle der Rendite müssen der genossenschaftlich erzeugte Strom und andere Anreize treten (z.B. Interner Austausch über mögliche Energiesparmaßnahmen und deren Umsetzung).

Ein erster Praxisansatz

Durch die Reduzierung des wirtschaftlichen Wachstumszwangs und einer Umgehung der Profitorientierung lässt sich eine ökologisch UND sozial verträgliche Versorgungsstruktur realisieren. Beispielhaft könnte als erstes Projekt der Bau einer Photovoltaikanlage ein übersichtlicher und einfacher Einstieg in die konkrete Umsetzung einer gemeinsamen Energieerzeugungsanlage sein. Es wurde eine beispielhafte Berechnung für 4 Gebäuden mit durchschnittlich je 30 Wohnungen und einem angenommen Verbrauch von 3.473 kWh/a und Haushalt durchgeführt (vergl. Tabelle unten). Bei einer installierten Leistung von 65 kWp pro Gebäude können ca. 30% des Stroms direkt selber erzeugt werden (Autarkiegrad 30 %). Das bedeutet, dass durch den Bau der Photovoltaikanlage ohne weitere Maßnahmen bereits ca. 30 % des jährlichen Stromverbrauchs aller 360 Bewohner der 4 Gebäude direkt durch den selbst erzeugten Strom gedeckt werden. In der Jahresbilanz werden sogar 60 % des Stromverbrauchs erzeugt. Dieser Strom kann jedoch teilweise nicht direkt genutzt werden, sondern muss in öffentliche Netze eingespeist werden, da er zu Zeiten produziert wird, wenn der Strom nicht von den Bewohnern selbst genutzt werden kann. Die restlichen 70% des benötigten Stroms müssen weiterhin direkt von einem Energieversorgungsunternehmen bezogen werden.

Unter Berücksichtigung aller Kosten wie Stromhandel, notwendiger Verwaltung und Bilanzierung für die komplette Versorgung errechnet sich ein monatlicher Richtbeitrag von etwa 73 Euro für einen 3-Personen-Haushalt (siehe Tabelle). Würde der Strom herkömmlich von einem Ökostromanbieter bezogen werden, lägen die Kosten bei etwa 84 Euro/Haushalt und Monat. Somit werden die anfallenden Kosten mit dem hier aufgezeigten Ansatz bereits reduziert und bieten Möglichkeiten des solidarischen Umgangs mit den Kosten. Wenn beispielsweise einige Menschen genau so viel wie bei ihrem bisherigen Anbieter zahlen würden, könnten andere Menschen entsprechend entlastet oder Maßnahmen zur Energieeinsparung umgesetzt werden.

Bei der Umsetzung der aufgezeigten Idee werden sicherlich viele praktische Hürden und Probleme rechtlicher, technischer und wirtschaftlicher Art auftreten. Um diese gemeinschaftlich zu überwinden, sind der Aufbau einer möglichst hohen Transparenz und die Weitergabe von Wissen innerhalb der Gruppe von hoher Relevanz. Die sich verändernden Rahmenbedingungen, wie steigende Energiepreise und stark fallende Kosten für Erzeugungsanlagen bieten zunehmend mehr Spielraum für neue Ideen und Strukturen einer dezentralen Stromversorgung jenseits der klassischen Energieversorgungsunternehmen und ermöglichen dezentrale Versorgungsstrukturen mit Strom zu fairen Preisen.

Über Diskussionen, Anregungen und Kritik würden wir uns sehr freuen. Wir erhoffen uns, mit diesem Artikel Anreize für praktische Konzepte einer alternativen Energieversorgung und für ein solidarisches Miteinander geben zu können. Es ist an der Zeit, neue Ideen umzusetzen, um eine Energiewende von unten und eine lebenswerte Zukunft für alle zu ermöglichen.

Kontakt-Adresse: sol.e@gmx.de

"Feldgewahrsam" gegen Aktivist*innen der Castor-Blockade war rechtswidrig

NukeNews Wie das Landgericht Lüneburg in einem im August 2013 ergangenen Beschluss feststellte, war die Festsetzung von rund 1.300 Demonstrant*innen in einem „Feldgewahrsam beim Castor-Transport im November 2011 bei Harlingen rechtswidrig. Die Anti-Atom-Aktivist*innen hatten eine Sitzblockade im Rahmen einer Aktion der Gruppe „WiderSetzen auf der Castor-Transportstrecke verlassen, nachdem die Polizei das Bahngleis unter Anwendung von Gewalt räumte. Laut Gerichtsbeschluss hätte die Polizei gegen die Aktivist*innen zunächst einen Platzverweis aussprechen und ihnen die Möglichkeit des Verlassens des Geländes einräumen müssen.

Und selbst danach hätte die Polizei sofort nach der Festnahme die betreffenden Aktivist*innen einem Richter vorführen müssen, was jedoch nur bei 21 der 1.300 Festgenommenen der Fall war. Die Aktivist*innen erwägen nun, auf Schadensersatz für die rechtswidrige Festnahme zu klagen.



Die Entscheidung des Landgerichts könnte bis zu 3.000 Aktivist*innen betreffen, die während der Castor-Blockaden 2010 und 2011 unter diesen Bedingungen in Gewahrsam genommen wurden.

Weitere Informationen unter:
http://www.widersetzen.de/index.php?option=com_content&view=article&id=164:pe-2082013-polizeikessel-nach-castor-blockade-unzulaessig&catid=106:presseerklaerung-2013&Itemid=75



Bewegung zur Abschaffung von Atomwaffen

Onno Oncken Einige mögen den Flyer von „I CAN“ oder „Atomwaffen frei jetzt“ gesehen haben, vielleicht hat der ein oder andere von euch ja auch das Fasten in Berlin und die Blockade in Büchel an der Mosel unterstützt... Ich hoffe viele von euch haben sich die Zeit genommen sich daran zu erinnern, was 1945 in Hiroshima und Nagasaki geschah und welcher Gefahr wir auch heute noch gegenüberstehen.

Ich wollte am 2., am Fasten vor dem Bundeskanzleramt damit beginnen und wollte mich dort einer Gruppe anschließen, wie ich es im letzten Jahr in Paris gemacht hatte (Dieses Jahr waren da rund 60 Leute!). Unglücklicherweise war ich zu früh, wie ich am nächsten Tag erfuhr, und die


Foto: Onno Oncken

Konsequenz war, dass ich 3 Stunden in praller Sonne zwischen Bundeskanzleramt und Brandenburger Tor hin und her geirrt bin, bis ich mich entschloss einfach einen Freund zu besuchen. Er war ziemlich skeptisch und zweifelte an der Sinnhaftigkeit davon, Druck zu machen, aber er verstand dann irgendwie doch, warum wir fasten wollen und kam am Samstag später auch zum Fasten vor dem Kanzleramt, um sich zu informieren und unterschrieb sogar die Petition. Wir lernten Mathias Engelke und seine Frau kennen, die das ganze nun schon das 12. Mal machen und immer einen Tag dranhängen, bis Schluss ist mit Atomwaffen (in Deutschland)!

Neben einer Frau von Anti-Atom Berlin und zwei anderen Interessierten, die uns für ein paar Stunden begleiteten, war mein Kumpel somit einer, der half, mich nicht komplett an Berlin verzweifeln zu lassen – Weltstadt, wo warst du??? Klar, es kamen auch vereinzelt Gespräche zustande, und zumindest die Polizei (ja, auch mit denen) und vielleicht die Leute hinter den Kameras, die den Platz überwachen, hatten immer ein Auge auf uns... Naja, ich musste an diesem Samstag allerdings am späten Nachmittag schon wieder zurück nach Ostfriesland, weil ich in Emden die Ankunft der Beluga erwartete (ein Greenpeace-Schiff).

Am Dienstag widmete ich mich wieder dem Fasten und der Aktion in Büchel und ich fuhr mit dem Zug nach Cochem an der Mosel, um von da den Bus rauf zum „Flughafen“ zu nehmen. Es war schon spät, als ich ankam, und ich musste noch mein Zelt aufbauen. Die Leute, die fasteten, hatten einen eigenen Pavillon direkt vor dem Haupttor neben der Straße. Andere, die nach und nach dazu stießen, bauten das Camp für die Blockade am Sonntag auf. Ich begrüßte Mathias und seine Frau und ich glaube, wir haben dann noch einen ersten öffentlichen Gottesdienst abgehalten, was immer noch ein bisschen dichter am Bomben-Übungsplatz geschah. Mathias Engelke lud dreimal am Tag dazu ein, am Gottesdienst teilzunehmen. Diese waren sehr gut vorbereitet: Im Zentrum war eine Weltkarte, auf der Uran-Abbaugebiete, Atomtests und Unfälle mit Radioaktivität verzeichnet waren, und es gab eine Auswahl an Liedern (zum Beispiel „weiches Wasser" von Günter Wallraff), die gesungen wurden. Während dieser Zeremonien gab es immer auch Raum für persönliche Gedanken, Anregungen und Gespräche.

Ich fühlte mich gut, als ich den nächsten Morgen aufwachte. Das Wetter wechselte zwar ständig, aber es blieb insgesamt trocken. Ein Mann bot an, jeden Morgen vor dem Frühstück zum Vulkansee zu fahren. Mathias und einige andere aus der Fastengruppe standen schon zu beiden Seiten vor dem Tor zum Flugplatz und verteilten Briefe an die Soldaten. (Sie sollten erfahren, warum wir uns gegen Atomwaffen einsetzen, und sollten Hilfe bekommen, wenn sie sich entschließen zu erklären, dass sie keine Arbeit, die direkt oder indirekt mit Atomwaffen zu tun hat, mehr machen wollen.) Nach der Andacht gab es erste Gespräche mit Soldaten, ich hab geschaut, was ich im Camp helfen kann und bin dann erstmal ein bisschen in die Landschaft spaziert.

Donnerstag: Es gab viel zu tun, ich hab also sofort zugesagt, als ich von


Foto: Onno Oncken

zwei Zwillingsschwestern gefragt wurde, ob ich mir zutraue, ein Auto zu fahren. Wir sind nicht geflüchtet, sondern wir haben einen Schwung Plakate und Handzettel genommen und sind damit bis in die Touristen-Hochburg Cochem gefahren, um sie zu verteilen. Wir trafen unter anderem eine erste Musikantin von den Lebenslauten, und als wir wieder oben im Camp ankamen war Rampenplan da, die ihre Küche mit hatten und gegen Spende (mit Preisempfehlung) drei Mahlzeiten am Tag anboten! Fantastisch!

Später am Abend war ich noch einmal in Cochem und habe während eines Gottesdienstes vor der Kirche




Foto: Onno Oncken

erfolgreich Unterschriften gesammelt.

Freitag: Ich ging mit ein paar anderen schwimmen. Das Camp wuchs und ich sah die Bikers for Peace, IPPNW, Atomwaffen frei jetzt, die Lebenslaute und mehr Gruppen. Es gab weiterhin viel zu tun. Nina Hagen sollte am Sonntag kommen, wie auch Claudia Roth. Aus Japan bekamen wir eine Videobotschaft von einer Frauengruppe, die uns Solidarität bekundeten und uns Erfolg wünschten. Die Presse hatte schon über die Vorbereitungen und das Fasten geschrieben und heute gabs im Camp eine Pressekonferenz. Es gab wirklich ein Team, das versuchte, eine direkte Satellitenverbindung herzustellen; der sonstige technische Support kam von einem benachbarten Veranstaltungstechniker, der sein Lager direkt neben dem Camp hatte. Zugverbindungen nachgucken war also kein Problem für mich. An diesem Tag wurde auch die Gruppenfindung organisiert, die wichtig für die Blockade war. Es gab auch ein Zelt, in dem Rechtshilfe stattfand, falls jemand Schwierigkeiten bekommen sollte. Was mir noch auffiel war, dass das Militär ihre Zäune hochzog und es territoriale Auseinandersetzungen zwischen Soldaten und der Polizei gab. Amerikanische Soldaten habe ich im Übrigen nur einmal aus der Ferne auf der anderen Seite des Zaunes gesehen, ein Amerikaner, der bei den Lebenslauten Trompete spielte, hatte im Camp allerdings mächtig Geschichten zu erzählen, und ich hab mich gefreut, ihn kennenlernen zu dürfen. Die Nacht verbrachte ich am Tor 2. Ich und ein älterer Herr haben dort auf die Sachen aufgepasst, die dort jetzt in einem alten NVA-Zelt deponiert waren.

Sonntag: Als ich aufstand konnte ich mir ein herrliches Panorama reinziehen, in dem die Sonne langsam ihren Lauf nahm. Wir warteten noch, bis die anderen zu uns kamen, um alles für die Blockade-Aktionen vorzubereiten, und luden noch einen Wagen aus, dann machte ich mich auf den Weg zurück zum Haupttor. Der Mittag sollte ein Höhepunkt werden, und die Lebenslaute eröffneten die Blockade mit einer schönen Mischung verschiedener Musikstile in Form eines richtigen Orchesters. Die Bühne stand dort, wo vorher der Pavillon unserer Fastengruppe gestanden hat, und ich hab von dieser Stelle noch ein paar schöne Fotos gemacht.

„Das Gift heißt Geld…“, aber die richtige Dosis machts und darum mußte ich leider los, bevor die eigentliche lange Blockade-Nacht losging. Zum Glück hatte ich schon im Vorfeld gehört, dass die meisten deutschen Soldaten den kommenden Montag wohl frei bekommen hatten und ich wusste, was ich mit vorbereitet habe…

Jetzt heißt es dran bleiben! Ich will wissen, was noch los war in Büchel und wann die rund 20 atomaren Sprengköpfe endlich abgezogen werden. Wann müssen wir die Drohung eines atomaren Krieges endlich nicht mehr ernst nehmen… Was ich in Büchel gelernt hab, hat mir gezeigt, wie viel ich über die Folgen von Atombomben noch nicht weiß. Ich hoffe, die Politiker trauen sich jetzt, ihren Worten Taten folgen zu lassen, und auch Überschneidungen von deutschem Recht und NATO-Beschlüssen müssen den Einsatz von Atomwaffen klar ausschließen! Die Friedensbewegung ist nicht tot, die Frage ist nur, auf welcher Seite du stehst!

Für Falk, den gerade geborenen Sohn meiner Schwester, alle Anti-Atom Aktivisten, und für die Zukunft!

IAEA & WHO: Keine Gesundheitsauswirkungen durch Fukushima - IPPNW-Studie zeigt das Gegenteil

NukeNews In einem Bericht vom 31. Mai informierten die Vereinten Nationen, dass die "Strahlenbelastung infolge des Atomunfalls in Fukushima-Daiichi keine direkten Gesundheitsschäden verursacht hat". Es sei "unwahrscheinlich, dass diese in Zukunft in der allgemeinen Öffentlichkeit und der breiten Mehrheit der Arbeiter zu jeglichen Effekten auf die Gesundheit beitragen könne".

Dies wurde vom UN Scientific Committee on the Effect of Atomic Radiation (UNSCEAR) geschrieben - dieselbe Institution, die nach Tschernobyl behauptete es hätte nur wenige Opfer gegeben.

Das Gegenteil wurde in einem Bericht der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) vom März 2013 festgestellt:

Basierend auf Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Fachjournalen über die Bodenkontamination mit radioaktivem Cäsium, beziehungsweise durch Messungen der Ortsdosisleistung im Herbst 2012, kamen die IPPNW in drei alternativen Abschätzungen auf etwa 20.000 bis 40.000 aufgrund der "äußeren Strahlenbelastung" verursachte Krebsfälle in Japan. Diese Zahlen ergeben sich aus dem Risikofaktor von 0,1/Sv, der von der WHO verwendet wird. Aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse sollte eigentlich von einem mindestens doppelt so großen Risiko ausgegangen werden - bis zu 80.000 Krebsfälle aufgrund der externen Strahlenbelastung.

Erfahre mehr:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/PR:Gesundheitliche_Folgen_von_Fukushima





Talvivaara will Aktivist*innen fernhalten

fb Wie im August berichtet, forderte das Bergbauunternehmen Talvivaara das finnische Innenministerium zu Unterstützung bei der Entfernung von Aktivist*innen auf, die das Gelände ohne Erlaubnis besuchen.

Dasselbe Unternehmen ist für verschiedene ökologische Unfälle in ihren Anlagen verantwortlich, besonders für die riesige Leckage im November 2012, welche als das größte Chemie-Desaster in der Geschichte Finnlands gilt. Im Frühling entzog das Verwaltungsgericht von Vaasa die Erlaubnis für außerordentliche Aktivitäten, die illegal durch lokale Autoritäten gewährt wurden. Verschiedene Regel- und Gesetzesbrüche durch das Bergbauunternehmen wurden zuerst durch besorgte Bürger*innen und Aktivst*innen veröffentlicht.

Der Betreiber verschmutzt ständig



commons.wikimedia.org

Demonstration in Helsinki

die Umwelt und verstößt gegen die ohnehin schwachen Umweltschutzauflagen. Jene, welche auf diese Themen aufmerksam machen, sollen stärker verfolgt werden. Das Ministerium hat angedeutet, dem Talvivaara-Bergbau helfen zu wollen, wenn im Herbst die Polizeigesetze geändert werden sollen.

Es scheint als würden die Behörden sagen: "Stoppt nicht die immensen Umweltverschmutzungen, sondern bestraft jene, die darüber reden!"

Quelle:

http://www.mtv3.fi/uutiset/kotimaa.shtml/2013/08/1791177/talvivaara-pyytaa-ministerioita-apua-aktivistien-karkottamiseksi

Finnland: Deal zwischen Rosatom und Fennovoima zur Fortführung des AKW-Projekts Pyhäjoki

NukeNews Anfang Juli gab das finnische Unternehmen Fennovoima bekannt, dass man einen Vertrag mit der russischen Rosatom unterzeichnen wolle, um in Pyhäjoki einen Reaktor mit einer Leistung von 1.200 MW zu errichten.

Diese Neuigkeit ist hier nicht willkommen. Juristen gehen davon aus, dass der Deal problematisch ist, denn die vom Parlament beschlossene Genehmigung beruhte auf zwei Reaktor-Alternativen:
AREVA (EPR) oder Toshiba (ABWR) - beide mit einer Leistung von 1.600 MW.

Für die Rosatom-Alternative wurde keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Eine neue Genehmigung ist erforderlich, ansonsten wäre der in der Atomenergiegesetzgebung des Landes verankerte demokratische Prozess entwertet. Der Rosatom-Deal führt zu einer Verschiebung des Projekts um mindestens ein weiteres Jahr.

Ausführliche Informationen unter:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Finland:_Rosatom-_Fennovoima_deal_to_continue_Pyh%C3%A4joki_NPP_project

Fennovoimas Imagewashing, Manipulation der öffentlichen Meinung & mehr

NukeNews Fennovoima-Logos schmücken öffentliche Einrichtungen in Pyhäjoki, wie den Zaun des Sportplatzes nahe der Oberschule. Der Name des Unternehmens ist zweigeteilt auf diesem Schild. Die gewählten Farben erinnern an einen sauberen blauen Himmel und saftige grüne Erde. Das minimalistische, serifenlose, ultra-saubere Logo trägt zur Markenbildung bei.

All das zusammen formt ein subtil verzerrtes und zynisches Bild der falschen Geschichte von der ökologischen Atomenergie:

Die Befürworter*innen behaupten, sie sei grün, weil kein Kohlendioxid bei der Produktion frei werde. Fennovoimas Müll ist eine Gefahr für den ganzen Planeten und weit tödlicher als lokale Kohlendioxidemissionen. Dieses klassische Greenwashing ist Teil einer breiten Strategie, um die Realität der wahren Kosten dieser Energieproduktion zu verschleiern.



Foto: indymedia

Foto aus Bekenner*innenschreiben

Lies den vollständigen Artikel:

http://casepyhajoki.info/english-fennovoimas-image-washing-manipulating-public-opinion-normalizing-their-presence/



CASE PYHÄJOKI: Künstlerische Reflexionen der Auswirkungen der Atomkraft

fb Ein einzigartiges Treffen fand von 1. bis 11. August 2013 im Dorf Pyhäjoki statt – die Region wurde von Fennovoima für den Neubau eines Atomkraftwerks in Finnland ausgewählt. Fennovoima wurde ursprünglich durch den deutschen Atomkonzern EON initiiert, gab aber das Projekt auf – vielleicht ein Erfolg der lokalen und internationalen Kampagnen gegen das neue Atomkraftwerk. Unglücklicherweise scheint ein neuer Spieler das Feld (und EONs Anteile) zu übernehmen: der russische Atomgigant Rosatom. Um das Bewusstsein zu diesem Thema zu steigern und um die Angelegenheit mit einem anderen Blickwinkel zu betrachten, wurde das Kunstprojekt "CASE PYHÄJOKI - Künstlerische Reflexionen der Auswirkungen der Atomkraft" gestartet - eine transdisziplinäre künstlerische Expedition, Produktionswerkstatt und Präsentationsveranstaltungen in Pyhäjoki, Nordösterbotten. Großartiges Material ist dabei entstanden, viele Lesungen und Exkursionen wurden in Film und Text dokumentiert:

http://casepyhajoki.info/en



Die Künstler Martin Howse (links) und Erich Berger messen Strahlung in Hanhikivi, in der Nähe des geplanten Fennovoima-AKW

Auswirkungen von Freisetzungen beim Rückbau von Atomanlagen auf die öffentliche Gesundheit

NukeNews Der Rückbau der britischen Atomanlage Hinkley Point A begann 2006 mit der Installation von Abluftstutzen direkt in den Kern der zwei entleerten Magnox-Reaktoren, die für die gesetzlich vorgeschriebene Frist von 80 Jahren versiegelt bleiben sollten. Zudem gibt es Emissionen bei der Stilllegung der Kühlbecken und Abwasserbehälter, welche in die Atmosphäre entleert wurden.

Die gemeldeten Gesundheitsschäden der Öffentlichkeit haben in dieser Zeit zugenommen, darunter ein plötzlicher Tod durch Herz-Kreislauf-Störungen, zahlreiche Krebsfälle und -tote, zunehmende Kinder- und Embryonensterblichkeit, sowie eine vergrößerte Anzahl von Mutationen durch Erbkrankheiten.

Hier gibt's den Gesundheitsbericht und mehr Details:
http://stophinkley.org/

Ostsee-AKW am Boden

NukeNews Schlappe beim Ostsee-AKW: Die Bauarbeiten sind Berichten zufolge unterbrochen, möglicherweise eingemottet. Zwei Subunternehmen des Ostsee-AKW in der Region Kaliningrad (Baltic NPP) erklären, dass die Arbeiten auf dem Gelände gestoppt sind und ein zweijähriges Einfrieren der Bauarbeiten erwartet wird. Nachdem das Projekt nach Jahren der Werbung bei Energieimporteuren und Investoren in Europa auf eine Mauer einheitlicher Ablehnung trifft, versucht Moskau einen letzten verzweifelten Blick auf den begrenzten Pool kleinerer Reaktordesigns zu werfen - aber es raucht.

Erfahre mehr:
http://www.bellona.org/articles/articles_2013/baltic_npp_debacle



Aktion zur Bannung der Bombe in Livermore

NukeNews Mehr als 200 Aktivist*innen trafen sich an den Toren des Lawrence Livermore-Labors, 68 Jahre nachdem die USA eine Atombombe auf Hiroshima in Japan warfen. Das Livermore-Labor liegt in der San Francisco Bay Area und ist einer der beiden Orte, die jeden nuklearen Sprengkopf des U.S.-Arsenals entwickeln. Die Demo am 6. August hatte großartige Sprecher*innen, darunter der gefeierte Whistleblower Daniel Ellsberg, die Geistliche Nobuaki Hanaoka, die Autorin Cecile Pineda, der Dichter Pete Yamamoto und Loulena Miles von Tri-Velley CAREs. Das Thema dieses Jahres war "Unfertige Angelegenheiten und unsere dringendste Verantwortung; die Bombe am Livermore-Labor und weltweit verbannen." Die Demo wurde durch dutzende Friedens- und Bürgerrechtsgruppen gefördert. Die Teilnehmer*innen marschierten von der nordwestlichen Ecke des Livermore-Labors zum Westtor, wo 31 Menschen wegen der Teilnahme an dieser gewaltfreien direkten Aktion inhaftiert wurden. Mehr:
http://www.trivalleycares.org

Anti-Atom-Infodienst

Kontakt: news@NukeNews.nuclear-heritage.net
Deadlines: 13.10.2013, 05.01.2014
Internet: http://NukeNews.Nuclear-Heritage.net

Aus dem Nuclear Heritage Network gibt es seit zwei Jahren ein mehrsprachiges Infotool für Anti-Atom-Aktivist*innen und sonstige Interessierte. Unter dem Namen "NukeNews" erscheint alle drei Monate ein Newsletter, der in derzeit sieben Sprachen (deutsch, englisch, finnisch, französisch, litauisch, russisch und tschechisch) per E-Mail verschickt und im Internet veröffentlicht wird.

Die NukeNews spiegeln die Aktivitäten, Themen und Kämpfe der Aktivist*innen aus dem Netzwerk wider. Die Texte werden von Menschen vor Ort geschrieben und übersetzt.

Ihr könnt die NukeNews online in der euch liebsten Sprachversion abonnieren. Eure Unterstützung in Form von kurzen Beiträgen oder bei der Übersetzung ist sehr willkommen. Artikel sollen kurz & knapp und in englischer Sprache verfasst sein. Sie müssen eine aussagekräftige Überschrift enthalten und können per Link auf Hintergrundinformationen verweisen.

Eure Beiträge zur nächsten Ausgabe der NukeNews könnt ihr per E-Mail noch bis zum 13.10.2013 und dann wieder bis zum 05.01.2014 schicken.

Rezension:
Friedlich in die Katastrophe

fb Eingeleitet wird dieser auf das gleichnamige Buch Holger Strohms bezogene Anti-Atom-Film von Marcin El, der im deutschsprachigen Raum begeistert und vielfach ausgestrahlt und promotet wurde, mit spirituell-esoterischen Phrasen, die in Kindermünder gelegt werden. Schon mal kein guter Einstieg für eine ernstzunehmende Dokumentation, aber sicherlich attraktiv für manche Zielgruppen.
Die Einbindung einer Vielzahl renommierter und bekannter Persönlichkeiten aus Anti-Atom-Bewegung, atomkritischer Wissenschaft und aus der Politik vermag eine wirre Zusammenstellung von Fakten und Scheinwahrheiten nicht auszugleichen. Warum hier derart unpräzise mit Informationen gearbeitet wird, obwohl die Dimensionen eines Filmprojekts auf jeden Fall genug Raum für genaue Recherchen und Verarbeitung von Fakten bieten sollten, ist unklar. Fakt ist aber, dass diverse Informationen nur halb wahr sind - z.B. die Heranziehung der offiziell anerkannten Opfer des Uranbergbaus in der DDR: davon gibt es tatsächlich etwa 7000, und z.B. die DUH kann damit zitiert werden, dass davon ausgegangen wird, dass sie an dem durch die Radioaktivität ausgelösten Lungenkrebs sterben werden. Im Film ist dann aber die Rede von mindestens 7000 Todesopfern, die der DDR-Uranbergbau gefordert hat. Warum muss auf Sensationsmache gesetzt werden, wenn die belegbaren Fakten doch schon schlimm genug sind? Das macht eine Reportage unseriös.
Manche Formulierungen wirken unüberlegt und führen zu sicherlich ungewollten Deutungsmöglichkeiten - beispielsweise, wenn zur Kritik der Atombombeneinsätze gegen Japan 1945 gesagt wird, dass eine der beiden Atombomben genügt hätte, den 2. Weltkrieg zu beenden. Abgesehen davon, dass der Krieg mit Japan in die Länge gezogen wurde, um diese Bomben noch testen zu können, ist es wohl kaum im Sinne der Filmemacher*innen gewesen zu sagen, dass der Einsatz einer Atombombe vielleicht okay gewesen wäre. - Aber so erscheint vieles, insbesondere was von den Sprecher*innen gesagt und behauptet oder in unbegründete Zusammenhänge gesetzt wird. Überhaupt fehlen bei fast allen der abenteuerlicheren Theorien irgendwelche Referenzangaben oder Belege. Da gibt es so viel Raum für Expert*innen in dieser Doku - aber es gibt keine, die zur Bekräftigung solcher Einfälle interviewt werden konnten?

Ganz sicher ist der Grundtenor der DVD - dass die Atomkraft eine unglaublich zerstörerische, gefährliche und unverantwortliche Technologie ist - konsensfähig für breite Teile der Öffentlichkeit und auch der Anti-Atom-Bewegung. Dass angesichts dessen Konsequenzen gefordert werden, passt auch zur Stimmung, die der Film bereitet. Eingearbeitet in die





Dramatik werden hier aber auch menschenverachtende Phrasen und ökofaschistische Muster - angefangen bei der angeblichen "Überbevölkerung", die verantwortlich für die heutigen globalen Umweltprobleme sei (Unfug, denn Klimawandel, Ozonloch, Waldsterben, radioaktive und toxische Verseuchung des Planeten werden von einer Minderheit von Menschen der "westlichen Zivilisationen" gemacht), über die Diffamierung von Menschen als "Unkraut" o.ä. bis zu Forderungen mit Tendenzen einer Ökodiktatur.

In den Cocktail von Interviews mit bekannten und innerhalb der Anti-Atom-Bewegung, teils auch darüber hinaus anerkannten Personen, die nicht selten skandalöse Vorgänge, Vertuschungen und katastrophale Folgen des Atomenergieeinsatzes aufzeigen, werden Verschwörungstheorien (z.B. HAARP-Einsatz zur Auslösung der Tschernobyl- und Fukushima-Katastrophen) und beispielsweise auch Holocaust-verharmlosende (falsche) Analogien eingeflochten. Oft erscheint das in einem Kontext, als würden gerade diese problematischen Statements von den präsentierten Fachleuten gestützt - schaut mensch sich die mitgelieferten Langschnitte der Interviews an, so findet sich dort nichts, was das rechtfertigen würde. Populäre Personen werden da missbraucht, um ganz andere Behauptungen zu verbreiten.

Spannend ist, dass es im Hintergrundmaterial der DVD auch Interviews mit dem einschlägigen Verschwörungstheoretiker Werner Altnickel gibt - ein Name, der auf dem Cover der DVD nicht erwähnt wird und im Film nur versteckt in der Auflistung von Danksagungen zu finden ist, und der sicherlich aufmerksamen Betrachter*innen aufgestoßen wäre. Von ihm stammen mindestens Teile der kruden Theorien, die im Film eingearbeitet wurden. Und der treibt sich offensichtlich auch in rechtsradikalen Kreisen rum, wenn mensch verschiedenen Artikeln Glauben schenken darf. Zum Abschluss der Bonus-DVD findet sich ausgerechnet ein Ausschnitt aus der Sendung "KOPP Nachrichten" des für die Verbreitung von Esoterik, Verschwörungstheorien, Ufologie, aber auch Alternativmedizin und Pseudowissenschaften bekannten Kopp Verlages.

Bei weiteren Recherchen zum Film zeigt sich, dass auch Holger Strohm sich schon seit langem einen Namen als Verschwörungstheoretiker gemacht hat. Trotzdem wird er - analog zu anderen rechten Vertreter*innen der Ökologiebewegung (kein Wunder: in der BRD hatte die Umweltbewegung ihre Wurzeln eher im rechten Lager) - vor allem von älteren Symphatisant*innen aus Ökokreisen für seine "klaren Worte" verehrt. Ob die Zusammenstellung von Zitaten, die explizit den Holocaust relativieren, bzw. die Anführung kruder antiamerikanistischer, in einschlägigen Kreisen antisemitisch verwendeter, Verschwörungstheorien Zufall oder Absicht ist, mag sich jede selbst überlegen...

Der Film "Friedlich in die Katastrophe" ist geeignet, anti-atom-bewegte Menschen und die gut belegten Argumentationen gegen diese Technologie zu diskreditieren: Er suggeriert Fakten und Expertise, vermischt diese aber mit für eine progressive Anti-Atom-Bewegung unnötigen und nicht akzeptablen, effekthaschenden Fehldarstellungen und Verschwörungstheorien zur Dramatisierung einer Sache, die solcher Tricksereien nicht bedarf. Zu empfehlen zur Dokumentation und Archivierung oder zur Analyse von verkürzten Theorien und Manipulation von Meinungen, nicht aber zur Unterstützung emanzipatorischer Anti-Atom-Positionen.

Marcin El: Friedlich in die Katastrophe DVD, 116 Minuten, Zusatz-DVD mit Bonusmaterial
2012 produziert von Holger Strohm

Die radioaktiven Risiken des Frackings

NukeNews Fracking ist nicht nur schlecht für das Klima, weil es in Verbindung zur Freisetzung großer Mengen Kohlendioxid steht und eine Gefahr für Gesundheit und Umwelt durch die giftigen Flüssigkeiten darstellt, die benutzt werden, um das Schiefergas aus dem Gestein zu pressen, sondern auch eine Gefahr durch austretendes Radongas. "Public Health England", früher "Health Protection Agency", bereitet einen Bericht vor, um mögliche Gefährdungen der öffentlichen Gesundheit in Bezug auf Fracking auszumachen, welcher die Gefahren durch radioaktive Emissionen zeigt. PHE untersucht die möglichen Risiken durch Radon in Folge von austretenden Gasströmen in die Häuser der Bevölkerung.



Foto: Sharon Springs

Radon wird als zweitgrößte Ursache von Lungenkrebs in Großbritannien gehandelt. Ein US-amerikanischer Bericht bestätigte Bedenken, dass Radon mit dem Erdgas aus dem Schiefer vermischt und gemeinsam zu den Kund*innen transportiert wird. Zusätzlich hat die norwegische Umweltberatungsfirma Det Norske Veritas Kontamination mit Atommüll als Problem des Frackings identifiziert.

Mehr dazu:
http://www.morningstaronline.co.uk/news/content/view/full/136661



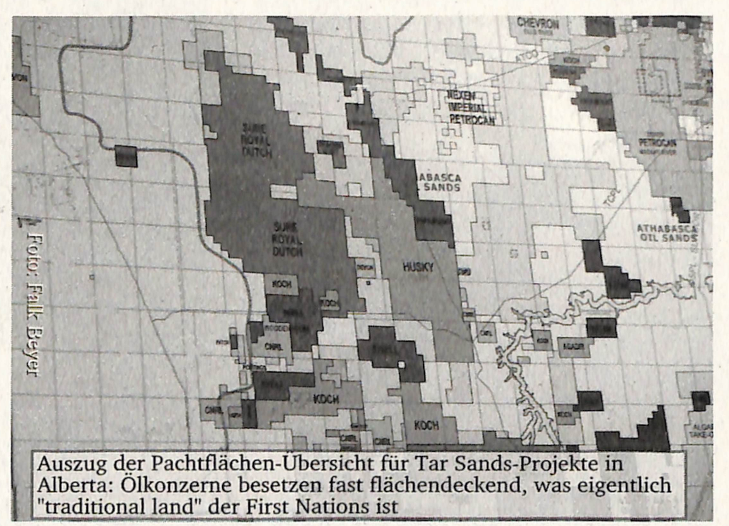
"Tar Sands": Nachhaltige Zerstörung von Urwäldern indigener Menschen und größter

fb Im ersten Teil dieses Artikels haben wir einen Überblick über die Tar Sands-Vorkommen, Abbautechnologie sowie die Ölindustrie in Alberta gegeben und haben begonnen, tiefer in die ökologischen Auswirkungen der Tar Sands-Industrie einzusteigen. Hier setzen wir das Thema der Umweltzerstörung fort.

Umweltzerstörung

Mit den Worten "Es bedarf Energie, um Energie zu machen" überschreibt das Tar Sands-Werbemuseum "Oil Sands Discovery Center" das Thema der ungezügelten **Energieverschwendung**, die mit dieser Industrie einhergeht. Der Betrieb von Crushern, "Hydrotransport", In situ-Anlagen, Upgradern und anderen Anlagen, die notwendig sind, um erst einmal eine rohölähnliche Grundsubstanz zur Weiterverarbeitung zu schaffen, ist unglaublich energiehungrig. In den meisten Stadien wird in erster Linie Hitze benötigt, wofür Erdgas verbrannt wird. Die Abwärme wird gleichzeitig zur Erzeugung von Strom genutzt, der gewissermaßen als Abfallprodukt dieser Anlagen ins Netz eingespeist wird. Die Mengen an verheiztem Erdgas sind so riesig, dass die produzierte Elektrizität nicht im eigenen System verwendet werden kann, sondern Überschüsse ins öffentliche Netz eingespeist werden. Das, obwohl in großem Stil Anlagen und Fahrzeuge auf Strombetrieb umgerüstet sind, um dieses Manko zu reduzieren. Auch das geht mit Energieverschwendung einher, denn Benzin- und Dieselmotoren sind effizienter als Strommotoren.

Bis zu 30 Kubikmeter Erdgas werden pro Barrel gewonnenen Öls verbraucht. Die Ausbaupläne der Tar Sands-Industrie werden diesen Bedarf massiv steigern. Drei Millionen Barrels sollen pro Tag ab 2016 gefördert werden.

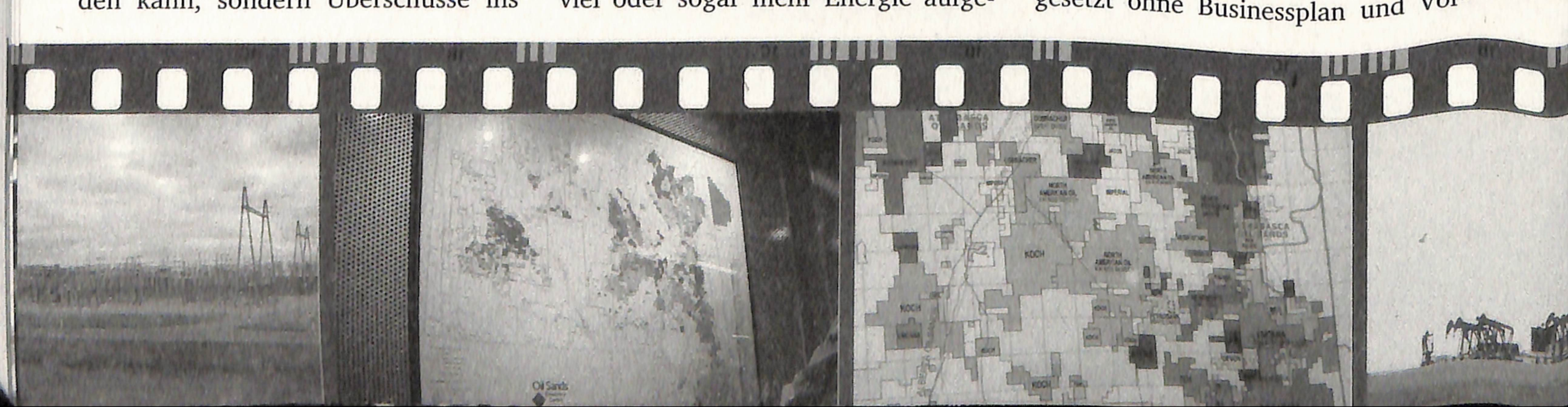


Auszug der Pachtflächen-Übersicht für Tar Sands-Projekte in Alberta: Ölkonzerne besetzen fast flächendeckend, was eigentlich "traditional land" der First Nations ist

Aber so kommt es zu der absurden Situation, dass eine Industrie, die sich damit brüstet, unkonventionelle Ölquellen in Zeiten verknappter Erdöl- und Erdgasressourcen zu erschließen, selbst einen nicht unwesentlichen Teil der verbleibenden Vorräte verbraucht. Es wird spekuliert, dass bei der Gewinnung von Energie aus den Tar Sands genauso viel oder sogar mehr Energie aufgewandt wird, als was am Ende produziert wird. Dass ein Teil der Abfallprodukte aus dem Upgrading ebenfalls als Brennstoff eingesetzt wird, vermag das nicht auszugleichen. Ganz genau ist das von außen schwer zu prüfen, da solche Verbrauchs- und Produktionszahlen nur begrenzt zu erhalten sind.

Atomenergie+Tar Sands

Die energiehungrige Tar Sands-Industrie zu beliefern war ebenfalls Ausgangspunkt für den Anlauf, in 2007 erste **Atomkraftwerke** in Alberta zu errichten. Zwei oder drei Geschäftsleute aus Calgary, die u.a. in der Ölindustrie viel Geld gemacht hatten, hatten sich schon 2006 überlegt, wie mensch sonst noch Profit machen könnte - und da sie von der segenbringenden Atomwirtschaft gehört hatten, dachten sie wohl, dass sie da ihr Kapital gewinnbringend anlegen könnten. Sie gründeten die Firma "Energy Alberta", deren Anliegen der Bau von Atomkraftwerken in dieser bisher atomindustriefreien Provinz Kanadas war. Mit diesem Firmennamen wurde der Eindruck erweckt, die Regierung Albertas sei an dem Unternehmen beteiligt. Diese Leute hatten keine Ahnung von Atomkraft - weder hinsichtlich Design und Sicherheitsaspekten, noch in Bezug auf die atomrechtlichen Verfahren. Der erste vorgeschlagene Standort hätte nicht den Kühlwasserbedarf decken können, aber es war auch völlig unklar, für wen die Energie produziert werden sollte - für die Tar Sands-Industrie, Export, Haushalte? Diese Milliarden-Dollar-Investitionsidee wurde in die Welt gesetzt ohne Businessplan und Vor-



- Fortsetzung (Teil 2) -

und Feuchtgebieten, Enteignung Einzelverursacher des Treibhauseffekts

stellung, was das bedeuten würde. So kam es auch, dass der erste Antrag von den Behörden als unzureichend abgewiesen wurde.

Energy Alberta wollte einen CANDU-6-Reaktor so umrüsten, dass er 75% Dampf und 25% Strom erzeugen würde, und damit sechs Millionen Kubikmeter Erdgas pro Tag ersetzen und täglich 175.000-200.000 Barrels Öl produziert werden könnten.

Die ersten Voschläge bewarben die AKW-Idee als Ersatz für die verbrauchten Vorräte an heimischem Erdgas, die von der Tar Sands-Industrie beansprucht wurden. Ein 2007er Bericht des "House of Commons Standing Committee on Natural Resources" skizzierte den Einsatz von 600 MW-Reaktoren, um die Verarbeitung von jeweils 60.000 Barrel Öl pro Tag zu versorgen. Basierend auf dem für 2015 prognostizierten Bedarf wurde so die Vision umrissen, 20 Großkraftwerke in einer Region der Größe der Schweiz zu konzentrieren. Diese sollten Prozesswärme (nicht Strom) für die Ölindustrie liefern, denn an Elektrizität bestand gar kein Bedarf. Auch die Verwendung der Atomkraftwerke zur Wasserstoffproduktion für das Upgrading wurde vorgeschlagen.

Neben der Konzentration so vieler Großkraftwerke in einer Region und die damit einhergehenden Kühlmittelengpässe war die örtliche Gebundenheit der Kraftwerke ein anderes Problem, denn die Abbaugebiete verlagern sich mit der Zeit, die AKW dagegen könnten nicht folgen. So wurde eine neue Idee entwickelt: der Bau von 120 kleineren Reaktoren mit bis zu 100 MW, die großflächig aufgestellt würden.

Es wurde schnell klar, dass auch dieses Konzept nicht durchdacht und unpraktikabel ist, schon allein weil es nirgendwo Reaktordesigns, wie sie für die Tar Sands-Industrie gebraucht würden, in der Praxis gibt und auch die Genehmigungsverfahren nicht für solche nichtkonventionelle Atomkraftwerke ausgelegt waren. Aber mit dieser Idee hatte die Atomindustrie einen Fuß in der Tür in Alberta, daher wurde das Vorhaben weiter verfochten.

Die Atomindustrie stieß aber nicht nur auf Widerstand in der Bevölkerung. Auch die Ölindustrie zeigte sich nicht sehr offen und herzlich gegenüber diesen Plänen. Da mag einerseits ein Konkurrenzneid mitgespielt haben, denn bisher ist die Ölindustrie unumstritten mächtigster Spieler in Alberta - was sich mit dem Einzug der Atomwirtschaft sicherlich verändern würde. Andererseits gab es aber auch Bedenken, weil mögliche Unfälle oder Anschläge auf die Atomanlagen eine profitable Geldquelle ebenfalls vernichten könnten.

Nach ersten kritischen Vorträgen, die die Unsinnigkeit der Atomenergieversorgung der Tar Sands-Industrie aufzeigten, lenkten die Vertreter*innen der Atomindustrie schnell ein und die Idee der Dampferzeugung für die Ölwirtschaft schien vom Tisch. Stattdessen wurde nun zur konventionellen Stromerzeugung, nicht für die Tar Sands, sondern für normale Verbraucher*innen, umgeschwenkt. Der erste Anlauf für ein solches konventionelles AKW wurde in Whitecourt/Alberta gestartet.

Schon ziemlich bald gaben die Gründer*innen von Energy Alberta auf und verkauften ihr Unternehmen und



ihre Pläne Ende 2007 an einen erfahrenen Atomkonzern, Bruce Power aus Ontario. Der ist Betreiber von mehreren AKW und hat das technische und personelle Know-How für ein erfolgversprechendes atomrechtliches Genehmigungsverfahren. Bruce Power investierte zuerst etwa 50 Millionen Kanadische Dollar in eine große PR-Kampagne für das AKW. In Ontario verfolgt Bruce Power ein interessantes Geschäftsmodell: Die Reaktoren werden von den staatlichen Eigentümern gepachtet und auf das

Profitmachen mit dem Stromverkauf fokussiert. Die Verantwortung und Kosten, z.B. für die Entsorgung des Atommülls, verbleibt beim Staat, interessiert Bruce Power also gar nicht. In Alberta wäre Bruce Power erstmals selbst Eigentümer eines AKW mit den damit verbundenen Pflichten geworden - ein Gebiet, auf dem auch dieses Unternehmen keine Erfahrung hat.

Der Widerstand gegen die Atomindustrie war in Alberta dann überraschend hoch. Die Lobby hatte nicht mit den Aktivist*innen und Fachleuten gerechnet, die - zufällig - in Alberta lebten und sofort mit Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit begannen, als die ersten Pläne bekannt wurden. Es gelang ihnen die Inkompetenz der Antragsteller deutlich zu machen und Proteste zu mobilisieren. So verlagerte sich die Zielrichtung der Atomunternehmen auf das benachbarte Saskatchewan, wo in großem Stil Uran abgebaut wird und eine naive Regierung von einer Renaissance der Atomkraft träumte - einschließlich der Errichtung einer neuen Industrie für die Atomstromerzeugung, Wiederaufbereitung, Atommüllentsorgung, Uranabbau und allem, was dazu gehört. Inzwischen hat die Lobby Alberta aufgegeben und konzentriert sich umso mehr auf Saskatchewan.

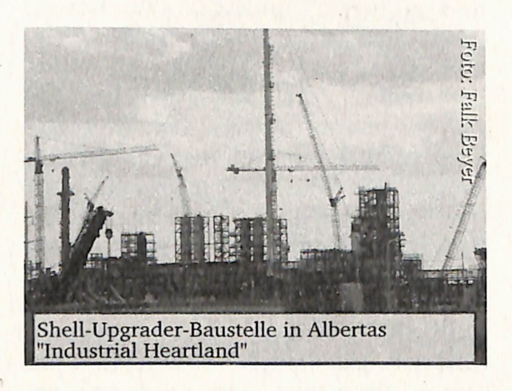
Somit ist die absurde Idee der Atomenergieversorgung der Tar Sands - vorerst vom Tisch. Aber sie war Auslöser einer Atomkampagne erst in Alberta und dann in Saskatchewan, die noch Folgen haben kann.

Tar Sands - was ist das?

Genaugenommen sind die Tar Sands eine komplexe Mischung von Quartzsand, Schlick, Ton, Wasser, Spurenmetallen und Bitumen. Diese Stoffe müssen abgetrennt werden, um künstliches Rohöl zu produzieren.

Der Anteil von Bitumen in den Tar Sands unterscheidet sich je nach Lagerstätte. Als "reich" werden Lagerstätten mit einem Gehalt von mehr als 10% bezeichnet, 6-10% gelten als durchschnittlich und alles darunter sind arme Lagerstätten. Aufgrund des geringen Bitumenanteils gelten arme Lagerstätten für gewöhnlich als unrentabel.

Ein Sandkorn ist der Kern der komplexen Struktur der Tar Sands-Partikel. Jedes Korn ist von einer dünnen Schicht Wasser umgeben, die Ton- und Schlickpartikel sowie Mineralien enthält. Das Bitumen füllt den Raum zwischen Sandkorn und der Wasserschicht. Mit technologischen Termini werden die Tar Sands von Alberta als "water wet" und wasserbindend bezeichnet und unterscheiden sich damit von anderen Vorkommen in anderen Teilen der Welt. Hier ist der Einsatz von heißem Wasser zur Abtrennung des Bitumens technisch möglich.



Shell-Upgrader-Baustelle in Albertas "Industrial Heartland"

Bitumen ist genaugenommen nicht eine einzelne Substanz, sondern eine Mischung aus flüssigen, halbfesten und festen Kohlenwasserstoffen. Genau wie andere Kohlenwasserstoffe - z.B. Kohle oder Erdgas - ist Bitumen ein organischer Stoff, der im wesentlichen von Wasserstoff- und Kohlenstoff-Atomen ausgemacht wird. Bitumenmoleküle beinhalten außerdem Sauerstoff, Stickstoff, Schwefel, Spurenmetalle und andere Elemente.

So wie es auch viele verschiedenen Arten von Kohlenwasserstoffen gibt, gibt es auch viele Typen von Öl. Neben anderen Charakteristika weisen verschiedene Ölarten unterschiedliche Mengen an Kohlenstoffatomen auf. Erdgas hat normalerweise 1-4 dieser Atome, während Schweröle 50 oder mehr davon besitzen. Vergli-



chen damit sind Bitumenmoleküle monströs - sie umfassen Tausende von Kohlenstoffatomen. Dadurch wird Bitumen zu einem der komplexesten Moleküle, die in der Natur gefunden werden können.

Ein anderes Charakteristikum von Bitumenmolekülen ist das Verhältnis der Wasserstoffmoleküle. Dieses ist verglichen mit Erdgas oder Schweröl kohlenstoffreich und wasserstoffarm. Bitumen ist außerdem höchst zähflüssig - bei Raumtemperatur würde es nicht fließen. Bei 11 °C - der Temperatur in vielen Untergrundlagerstätten - hat es die Konsistenz eines Eishockey-Puck. Um Bitumen zu bewegen, muss es erhitzt oder mit leichten Kohlenwasserstoffen verdünnt werden, um es weniger zäh zu machen.

Rohölerzeugung

Aus den Tar Sands muss ein synthetisches Rohöl geformt werden, um es überhaupt in der konventionellen Ölindustrie weiter verwenden zu können. Dazu wird zuerst das abgebaute Gestein in Crushern zermahlen, dann wird das Bitumen extrahiert und zuletzt zu künstlichem Rohöl upgegradet und synthetisiert. Danach muss es wie natürliches Öl raffiniert werden, um als Treibstoff genutzt werden zu können.

Eine Menge Tar Sands müssen im Bergbau ausgebuddelt werden, um ein Barrel Öl zu produzieren. Abhängig vom Gehalt des Gesteins ändert sich das abzubauende Volumen an Tar Sands - durchschnittlich wird aber davon ausgegangen, dass etwa ein Kubikmeter Tar Sands für 1,25 Barrel Bitumen gebraucht werden. Diese Menge an Bitumen ist nötig, um letztlich ein Barrel synthetischen Rohöls zu ergeben.

Doch vorher muss das Gestein abgebaut und zermahlen werden. Wenn Tar Sands abgebaut werden, liegen oft zunächst große Brocken aus dem Untergrund vor, die zerkleinert werden wollen. In der Vergangenheit, als Schaufelradbagger im Einsatz waren, wurden diese Schollen bereits vom Bagger in kleinere Stücken zerbrochen. Dies war einer der Vorteile dieser alten Technologie. Mit dem Wandel des Tar Sands-Bergbaus von Schaufelradbaggern und kilometerlangen Förderbändern zu Monster-Schaufelbaggern und Monster-Trucks zum Abtransport entstand die Notwendigkeit eines zusätzlichen Verarbeitungsschrittes zur Zerkleinerung der abgebauten Tar Sands-Schollen.



Foto: Falk Beyer

Verkürzter Überblick der Vorverarbeitung von Tar Sands zu einem rohölähnlichen Produkt

Dies geschieht in sogenannten "Crushern" oder "Sizern", die für die kommerzielle Tar Sands-Produktion brauchbar sind. Hier werden die unhandlichen Brocken für den Transport und Weiterverarbeitung zerkleinert. Diese Crusher müssen relativ nahe an den Bergbaugebieten gelagert werden. Monstertrucks transportieren die herausgelösten Gesteinsbrocken dorthin, wo sie zerkleinert und zermahlen und via Förderbändern zur Weiterbehandlung geschickt werden. Die Entwicklung brauchbarer Crusher war einer der Faktoren, die letztlich zur Ablösung der Schaufelradbagger-Technologie führten.

Nach dem Crushing werden die zermahlenen Tar Sands in Anlagen transportiert, wo heißes Wasser beigefügt und das Material für den sogenannten Hydrotransport via Pipelines vorbereitet wird. Diese Pipelines führen zu den Extraktionsanlagen, wo das Bitumen abgespalten werden soll. In diesem Stadium entstehen die ersten Tailing Ponds mit Abwässern, die verunreinigtes Wasser auffangen sollen.

Wie in so vielen anderen Fällen verdienen deutsche Konzerne kräftig an der Umweltzerstörung in Kanada mit. Bei einer Rundfahrt durch die Industrieanlagen weisen große Werbeschilder von Firmen wie ThyssenKrupp auf den Einsatz deutscher Technologie hin. Die Tar Sands-Industrie zeigt sich, was ihre desaströse Produktion angeht, recht ungeniert: Da werden mehrfach wöchentlich Exkursionen für Touristen aus (tatsächlich!) aller Welt angeboten, denen die riesigen Tailing Ponds und die schmutzigen Industrieanlagen per Charterbus gezeigt werden. Beeindruckt wird dann erzählt, dass es doch unglaublich toll ist, dass diese Firmen in der Lage sind, so gewaltige Eingriffe in die Natur vorzunehmen. - Das ist nicht der Wortlaut, aber der Sinn, denn diese Dinge werden gezeigt und ihre Bedeutung teilweise umrissen. Aber im Giganto-Technologie-Wahn, der den Reisebus erfasst, fällt das scheinbar nicht auf...

Fortsetzung folgt! Weiter geht es mit diesem Hintergrundbericht in der nächsten Ausgabe - oder, wer nicht so lange warten will, kann auf der Internetseite des grünen blatts schon weiter lesen.

*Dieser Artikel basiert auf Vorort-Recherchen in Alberta, Interviews mit Vertreter*innen von kanadischen Umwelt-NGOs, First Nations, aus Ölindustrie und Politik sowie auf Internet-Recherchen.*



Schwerpunktthema: Atomgefahren



Hier in Pyhäjoki, Finnland, möchte Fennovoima ein neues AKW bauen...

AKW Pyhäjoki

Ursprünglich vom deutschen Atomkonzern EON gegründet, ist Fennovoima ("Energie Skandinaviens") Gemeinschaftsunternehmen von mehr als 50 finnischen Firmen. In Pyhäjoki im Norden Finnlands will Fennovoima gegen den Widerstand eines großen Teils der lokalen Bevölkerung das AKW "Hanhikivi" errichten lassen - benannt nach dem Riesen-Findling an dessen Stelle der Reaktor bzw. die Reaktoren treten sollen. Um "Hanhikivi" (Gänsefelsen) dreht sich auch ein Großteil der Proteste - der Felsen ist ein Landmal mit historischer Bedeutung, und rund herum befinden sich besonders geschützte Habitate.

Nachdem EON und diverse kleine Anteilsinhaber von Fennovoima das Projekt verlassen hatten, stand der AKW-Neubau vor dem Aus. Doch im Sommer 2013 wurde Verhandlungen zwischen Fennovoima und dem russischen Rosatom-Konzern bekannt.



2009 wurde Fennovoimas Filiale in Simo Opfer von Graffitis gegen die AKW-Pläne

Kein AKW in Simo

Auch Simo, ein Ort nördlich von Oulu, hatte Fennovoima im Auge für seine AKW-Bau-Pläne. Ebenso wie in Pyhäjoki gab es auch hier Proteste aus der Bevölkerung, insbesondere auch von Fischern, die die Laichgründe des Lachs durch das Projekt gefährdet sahen. Etwas überraschend gab Fennovoima im Oktober 2011 seine Entscheidung gegen Simo und für Pyhäjoki als Standort bekannt - obwohl der Bürgermeister Simos ein verbohrter Verfechter des AKW gewesen war.

fb Die Ostsee ist das am meisten radioaktiv kontaminierte Meer der Welt. Das ist die Feststellung im 2007er Bericht des Sekretariats der Helsinki Commission (HELCOM) als Hintergrundmaterial für das amtliche Treffen der Kommissionsmitglieder im Herbst des selben Jahres. Der Gehalt an menschgemachten Radionukliden sei in diesem mehr höher als in jeglichem anderen Wasserkörper der Welt. Verglichen mit dem Nordost-Atlantik und der Nordsee seien die Konzentrationen von Cäsium-137 in der Ostsee 40 bzw. 10mal höher. Ursache seien die oberirdischen Atomwaffentests der 1960er Jahre, die Tschernobyl-Katastrophe 1986 sowie Einleitungen von Radionukliden aus der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield (UK) in die Irische See, die auch in der Ostsee nachweisbar seien. Hinzu kommen die radioaktiven Emissionen der Atomkraftwerke rund um das Meer.

HELCOM hat seit 1984 Überwachungsdaten zur Radioaktivität in der Ostsee gesammelt. Dieses Material umfasst sowohl Radioaktivität im Meer als auch die Werte der Einleitungen aus Atomanlagen im Ostseeraum. "HELCOM ist eine zwischenstaatliche Kommission, die für den Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum arbeitet. Die Kommission wurde von den Ostsee-Anrainern gegründet. Grundlage ist die Helsinki-Konvention, die 1992 verabschiedet wurde." (Wikipedia)

Der Wasseraustausch der Ostsee mit dem Atlantik beträgt pro Jahr nur etwa 1%. Dadurch akkumulieren Schadstoffeinträge hier stärker als in anderen Meeren. Radioaktive Substanzen, die einmal die Ostsee erreicht haben, bleiben. Der Verdünnungseffekt durch den Austausch mit Ozeanen existiert nahezu gar nicht.

Die Kontaminationen aus Tschernobyl-Katastrophe, Atomwaffentests und Sellafield-Emissionen haben die Vergangenheit der radioaktiven Belastung der Ostsee gestaltet. Neue Einträge solcher Radionuklide gibt es heute vor allem mit den Abwässern, aber auch aus der Abluft, von Atomkraftwerken in der Region. Ein weiterer bedeutender Einzelverschmutzer ist der schwedische Studsvik-Atomkomplex. Jede Atomanlage verursacht ganz legale Freisetzungen von radioaktiven Stoffen an die Umwelt, und damit letztlich meist auch in das Meer. Für Radioaktivität gibt es jedoch keine unbedenklichen Grenzwerte. Die gesetzlichen Regelungen repräsentieren nur, was politisch als zumutbar eingestuft wurde.

Weitere Quellen von Radionukliden sind die Atommülllager in den Anrainerstaaten, Uranabbaue und sonstige Fabriken und Anlagen der Atomindustrie. Auch solche Anlagen, die bereits vor Jahrzehnten stillgelegt wurden, sind von Bedeutung - sie haben in der Vergangenheit Radionuklide freigesetzt, aber sie können auch heute und in Zukunft Risiken darstellen, weil eine komplette Bereinigung von Atomanlagen kaum möglich ist. Beim Rückbau solcher Industrieanlagen wird oft nur verlagert, abgedeckt oder auch einfach ignoriert, was an Kontaminationen vorliegt. Oft handelt es sich um Zeitbomben, die ticken und eines Tages ihr radioaktives Inventar an die Biosphäre freisetzen können.

Ständige Transporte von Uran, Brennstäben, Isotopen und Atommüll kreuz und quer durch die Ostsee, aber auch über Land im Wassereinzugsgebiet des Meeres bergen das Risiko von Unfällen und Katastrophen - zuletzt eindringlich aufgezeigt durch den Brand eines Containerschiffs in Hamburg im Sommer 2013, bei dem Explosivstoffe, Waffen und hochradioaktives Material nebeneinander transportiert wurden und leicht zu einer gewaltigen Freisetzung von Strahlung und toxischen Stoffen hätten führen können.

Jede Atomanlage, jeder Transport, erhöhen das Risiko von Unfällen, aber auch die radioaktive Kontamination der Umwelt und Anwohner*innen der Standorte und Transportstrecken. Ständig wird die "ganz normale" Betriebsstrahlung von Atomanlagen und Transportbehältern mit Radionukliden freigesetzt: Gam-

im Ostseeraum

mastrahlung - und je nach Inventar auch Neutronenstrahlung - lassen sich durch kein Material hundertprozentig abschirmen. Ihre Intensität wird im besten Fall reduziert.

Ein unglaublicher Plan ist die Errichtung von Atommülllagern unterhalb der Ostsee im zerklüfteten, wasserdurchlässigen skandinavischen Granit, am Standort des AKW Forsmark und (eine billige Kopie dieses Konzepts) in "Onkalo" am Standort des AKW Olkiluoto. Diese "End"lager wären in direkter Meeresnähe, teils unterhalb des Ostseebodens, und werden ihr Inventar infolge von Unfällen, aber auch auf natürlichem Wege ins Meer ableiten. "Technische Barrieren" sollen das verhindern - über den Zeitraum von Millionen von Jahren, die der Atommüll gesichert werden muss, eine Unmöglichkeit.

Auch das ist ein Grund, jeglichen neuen Atomprojekten im Ostseeraum entschieden entgegen zu treten. Aber es ist auch wichtig, das Wissen zu diesen Risikoanlagen der Vergangenheit und Gegenwart zusammen zu tragen und für die Zukunft zu bewahren - auch für die Zeit, nachdem ihre sichtbaren Teile durch Abriss und Rückbau beseitigt wurden. Diesem Anliegen widmet sich das neue Anti-Atom-Projekt "Atomic Threats In The Baltic Sea Region". Es will eine Datenbank mit Informationen zu allen Atomanlagen im Ostseeraum aufbauen und füllen - einschließlich Kontakten zu kritischen Gruppen und Organisationen vor Ort. Außerdem soll das Projekt helfen, die meist isoliert agierenden Anti-Atom-Gruppen und Individuen miteinander zu vernetzen, um den Widerstand gegen diese Industrie zu stärken.

Aktivist*innen aus verschiedenen Regionen haben dieses Projekt gestartet und werden dabei von weiteren Organisationen unterstützt. In den nächsten Monaten soll recherchiert, publiziert, Veranstaltungen organisiert und Aktionen gestartet werden. Dieses Netzwerk/Projekt wird auch Plattform für gemeinsame Kampagnen einzelner oder vieler Teile dieser Kooperation sein. Es wird Arbeitstreffen und Skypekonferenzen geben; eine Mailingliste unterstützt bereits den Austausch miteinander.

Unterstützung ist willkommen: in Form von Beiträgen zu Recherchen und Veröffentlichungen, Medienarbeit, Übersetzungen, Organisation von Veranstaltungen, Spenden und Vorbereitung von/Teilnahme an Aktionen. Kontaktaufnahme ist unter atomicbaltic@nuclear-heritage.net möglich. Mehr Informationen gibt es im Internet:

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Atomic_Threats_In_The_Baltic_Sea_Region



AKW Olkiluoto, Finnland, mit Reaktorbaustelle Olkiluoto-3

AKW Olkiluoto

Das AKW Olkiluoto des Betreibers TVO ist weltweit als Symbol der angeblichen "Renaissance der Atomkraft" bekannt geworden. Hier wurde der erste EPR-Prototyp der Konzerne Areva und Siemens in Bau genommen (Siemens ist inzwischen aus der Atomkooperation mit Areva ausgestiegen). Seitdem haben sich mehrere Jahre Verspätung, um Milliarden erhöhte Baukosten und mehr als Tausend bereits registrierte Baumängel angehäuft und machen den Reaktor Olkiluoto-3 zum Symbol der Unfähigkeit der Atomindustrie.



Sowjetisches Reaktordesign: Loviisa-1/-2

AKW Loviisa

Loviisa an der Südküste Finnlands ist der Standort der ältesten Reaktoren des Landes. Betreiber ist das Unternehmen Fortum. Ähnlich wie TVO in Olkiluoto will auch Fortum einen neuen Reaktor bauen und hat sich dies bereits politisch durch das finnische Parlament in einer "decision in principle" absegnen lassen.



Anti-Atom-Aktion in Loviisa im Herbst 2008

AKW in Ruotsinpyhtää gescheitert

Ruotsinpyhtää war der letzte der drei in der Endauswahl von Fennovoima stehende Standort. Dieser nahe dem schon bestehenden AKW Loviisa liegende Platz musste von dem Atomunternehmen wegen starker öffentlicher Proteste gegen das dreiste Auftreten von EON aufgegeben werden. Stattdessen zog es Fennovoima in den dünner besiedelten Norden, wo weniger Widerstand erwartet wurde.



2010 in Helsinki: Eine der größten Anti-Atom-Demos Finnlands

FiR 1 Forschungsreaktor

In der Universität in Otaniemi/Espoo befindet sich Finnlands ältester Atomreaktor, wenn auch nur zur Forschung.

Atompolitik im Ostseeraum

Elf Länder befinden sich im Wassereinzugsgebiet der Ostsee, also in dem Bereich, aus dem Flüsse und andere Wasserströme in das Meer fließen: Belarus (im Norden und Westen), BRD (nur Teile Norddeutschlands), Dänemark (bis auf den Südwesten), Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen (kleine Bereiche), Polen, Russland (nur schmale Regionen im Westen des Landes) und Schweden. Außerdem gehören kleine Zipfel von Slowakei, Tschechien und Ukraine dazu.

Davon sind einige Länder aktive Atomstaaten (BRD, Finnland, Russland, Schweden; andere verfolgen eine Anti-Atom-Politik (Dänemark) oder haben keine atomwirtschaftlichen Ambitionen (Estland, Lettland, Norwegen). Belarus, Litauen und Polen wollen Atomkraftwerke bauen - jedenfalls wollen das deren Regierungen. Somit sind die politischen Ausgangsbedingungen sehr unterschiedlich. AKW-Neubauten sind in Belarus, Finnland, Litauen, Polen, Russland geplant; AKW-Erneuerungen in Schweden und eine Ausstiegspolitik gibt es offiziell in der BRD. In Schweden und Finnland werden Atommülllager direkt an und teils unterhalb der Ostsee geplant. Neue Uranabbau-Vorhaben gibt es in Finnland, Schweden und Polen. Beliebte Umschlagshäfen für Atommaterial sind St. Petersburg und Hamburg, aber auch in schwedische Häfen werden durch solche Transporte hoch frequentiert.

Einen weiteren Kontext der Atompolitik im Ostseeraum stellen internationale Verträge und Konventionen dar - z.B. EURATOM zur Förderung der Atomkraft in Europa als eine Säule der EU; die Espoo-Konvention, die Anrainerstaaten Beteiligungsrechte bei umweltrelevanten Vorhaben garantiert; die Aarhus-Konvention mit ihren Regelungen zum Umweltinformationsrecht und Klagemöglichkeiten.

Anti-Atom-Bewegungen

Organisationen und Aktivist*innen rund um die Ostsee sind sehr unterschiedlich organisiert. Dänemark ist ein Beispiel für das Verschwinden einer einst sehr starken Anti-Atom-Bewegung, nachdem sich die Politik ihren Hauptforderungen angeschlossen hatte. So sind dort jetzt kaum noch organisierte Anti-Atom-Initiativen zu finden, obwohl es weiterhin Atomgefahren gibt: Dänemark ist im Verhältnis zu den Ländern mit Atomkraftwerken am meisten von der radioaktiven Belastung im Meer betroffen. Nahe der Landesgrenzen befinden sich weiterhin aktive Atomanlagen. Und auch in Dänemark gibt es Probleme in Verbindung mit Atomkraft: einen stillgelegten Forschungsreaktor, ein geplantes Atommülllager und ein Forschungszentrum.

In Schweden gab es ähnliche, wenn auch nicht die selben Entwicklungen. Auch hier gab es in der Vergangenheit eine starke Anti-Atom-Bewegung, die bis in die Regierungspolitik

Saara Pispa & Julie Hubermann:

We Will Meet in the Tundra

We buried our spindly legs atop a compost pile and played a series of games of Who Is It until we couldn't remember our own names. There was a view -a prosperous promise- but we averted our eyes. This is not what I want to see. This is not what I want to see, either.

How safe it felt to disagree with the world, to negate everything.
We spent only time, but we spent it all.

Now, if you tell us, as light withdraws behind the mountains, that we were wrong, that we were fools, we will once again deny everything.

fb Dieses Büchlein anarchistischer Poesie ist mit Zeichnungen der finnischen Aktivistin und Künstlerin Saara Pispa und Texten von Julie Hubermann (CH) gefüllt. Es erschien 2011 in Finnland und hat sich seitdem "von Hand zu Hand" international verbreitet. Die Texte sind englisch formuliert und verwenden überwiegend ein leicht verständliches Vokabular.

Wer gewohnt ist, Texten immer eine Sachinformation und "die" eine gewollte Message zu entnehmen, wird hier - wie in anderen künstlerischen Arbeiten - vor Herausforderungen stehen. Analytische Fähigkeiten sind

Wirkung gezeigt hat. Dies führte zur Etablierung starker Verbände und deren Einbindung in Entscheidungsverfahren, Politik und Fördermittelflüsse. Andererseits gibt es - derzeit - kaum noch mobilisierbares Potenzial für Proteste gegen die aktuelle Pro-Atom-Politik Schwedens auf der Straße. Die wenigen bekannt gewordenen Anti-Atom-Aktionen wurden meist von Gruppen aus anderen Spektren organisiert. Das ändert sich jetzt möglicherweise wieder... Anzeichen dafür gibt es.

In Finnland gab es, vergleichbar der BRD, bis in die 1980er Jahre auch eine große Anti-Atom-Bewegung, die nach dem Baubeginn der umkämpften Anlagen (und auch nach der Verhinderung einiger Standorte) geschrumpft ist. Seit etwa 2008 ist die finnische Bewegung wieder stark gewachsen und aktiv geworden - es ist eine neue Generation, die gegen Olkiluoto-3 und die anderen Neubaupläne, Uranabbau-Vorhaben oder das Endlager Onkalo kämpfen - zusammen mit neuen und alten lokalen Bürger*innen-Initiativen und einzelnen Anti-Atom-Gruppen, die bereits seit Jahrzehnten aktiv sind. Im Land der angeblichen Renaissance der Atomkraft gab es auf jeden Fall eine Renaissance der Anti-Atom-Bewegung.

Zur BRD soll hier nicht viel geschrieben werden. Aber zumindest ein Verweis auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland ist notwendig. Darin ist begründet, warum es zu DDR-Zeiten kaum Anti-Atom-Aktivist*innen oder Gruppen im Osten gab - was sich ab 1990 massiv änderte. Atommülltransporte nach Lubmin aktivierten vor etwa zehn Jahren und dann wieder in den letzten zwei Jahren neue Gruppen und Menschen.

Und damit ein Schwenk in Richtung Osteuropa: Wenn auch wenig bekannt, gab es in den 1980er und 1990er Jahren in Polen Proteste gegen die Atomkraftnutzung - sogar recht erfolgreich. Davon ist im Augenblick nicht so viel zu bemerken, weil das Land einer massiven Propaganda von Regierung und Atomlobby für das geplante Atomprogramm unterliegt. Vereinzelt gab es Camps und Aktionen in den letzten Jahren, insbesondere gegen den AKW-Bau, aber auch gegen geplante Uranabbaue. Angesichts der Kampagnen der Atomlobby haben es Anti-Atom-Aktivist*innen hier im Moment allerdings verhältnismäßig schwer.

In Litauen hat zuletzt das Referendum gegen das AKW Visaginas gezeigt, dass ein Großteil der Bevölkerung der Atomkraft kritisch gegenüber steht - wenn auch die Regierung an dem Projekt festhalten möchte. Vor dem Referendum gab es mehrfach Bündnisse, die solche Gesetzesinitiativen vorbereiten und unterstützen wollten. In dieser Zeit gab es eine starke Vernetzung zwischen Gruppen, Organisationen, Parteien und Einzelpersonen im Kampf gegen die Atompolitik.

Von Belarus wissen wir, dass es die



Anti-Atom-Aktion in St. Petersburg 2010 - in Reaktion auf Demoverbote

AKW Leningrad

In Sosnovy Bor bei St. Petersburg, Russland, befindet sich das AKW Leningrad 1. Derzeit wird an einem zweiten AKW Leningrad 2 mit sechs Reaktoren gebaut. Kritiker*innen wird es in Russland schwer gemacht, sich in die Genehmigungsverfahren einzubringen - trotz "Öffentlichkeitsbeteiligung".



Die Vorbereitungen dazu geschahen in einem öffentlichen Café

PIK Forschungsreaktor

Am Petersburg Institute of Nuclear Science in Gatchina, Russland befindet sich außerdem ein Forschungsreaktor.



Eingang zum stillgelegten Salaspils Forschungsreaktor im Mai 2013

Salaspils Forschungsreaktor

In Lettland gab es in den 1960ern und 1970ern zwar auch Ideen für ein kommerzielles Atomkraftwerk (AKW Pavilostas), letztlich kam es aber nur zum Bau eines Forschungsreaktors in Salaspils, 25 km entfernt von der Hauptstadt Riga. 1998 wurde er geschlossen; die Brennelemente wurden 2008 nach Mayak, Russland, gebracht. Der verbleibende Atommüll wird auf 1200 m³ geschätzt.

---

da nicht unbedingt hilfreich, um die verborgene Message und Beweggründe zu entdecken - oft gibt es die in der Form gar nicht; die übliche Logik funktioniert hier nicht. Diese Texte und Bilder sind vorwiegend künstlerische Verarbeitungen von Themen und Vorfällen, mit denen die Künstler*innen konfrontiert waren und die sie beschäftigt haben. Nur einzelne Bilder wurden speziell für dieses Büchlein entworfen, daher ist die Suche nach einer durchgehenden Geschichte oder Message vergeblich. Stattdessen bieten die Werke Raum für eigene Kreativität und Phantasie, sind Projektionsfläche und Nährboden für die Entwicklung eigener Gedanken und Interpretationen.

Die verfolgte künstlerische Logik ist herausfordernd, aber auch spannend und unter emanzipatorischen Blickwinkeln potenzialreich: Die Werke sollen Menschen zum Nachdenken und Reflektieren anregen, sie sollen ihre eigene Botschaft in den Bildern finden. So ist es leicht sich darin wieder zu finden, weil mensch ganz eigene Assoziationen anbringt und verarbeitet. Diese Kunst arbeitet nicht mit oberflächlichen Botschaften, sondern es sind vielmehr die "Offenlassungen", die zum Nachdenken anregen.

Saara Pispa & Julie Hubermann: We Will Meet in the Tundra; 58 Seiten; ISBN 978-952-92-9906-5

All it takes is you say something
then I say something
then you say something



Infozentrum für das geplante AKW

AKW Ostrovets

Das am härtesten vom Tschernobyl-Super-GAU betroffene Land, Belarus, will ein eigenes AKW. Nachdem die Regierung unter Lukaschenko lange Zeit auf das Leid aus dem Atomunfall und die hohen Kosten zur Schadensbegrenzung aufmerksam gemacht hatte, begann der Diktator im neuen Jahrtausend eine neue Politik des angeblich bewältigten Atomdesasters zu propagieren - einschließlich der stückweisen Freigabe kontaminierter Flächen für Landwirtschaft und Besiedlung, sowie der Idee eines AKW-Großprojekts mit zwei Reaktorblöcken. Dazu wurden Verträge mit Russland geschlossen.

Ostrovets befindet sich im Norden des Landes, nicht sehr weit entfernt von der Grenze zu Litauen. Auch in Belarus gibt es Kritik an dem Vorhaben, aber Protest ist kaum legal möglich. Jegliche politische Aktivität müsste zuvor beantragt werden - und wird in der Regel nicht genehmigt.

Anti-Atom-Kampagne als Bündnis verschiedener Gruppen und Individuen sowie verschiedene Einzelinitiativen und atomkritische Personen, Expert*innen und auch Politiker*innen gibt. Die Repression gegen Oppositionelle macht eine offene Organisierung jedoch schwer, und auch Aktionen oder andere Formen gesellschaftlichen Engagements sind eingeschränkter. Verschiedene auch atomkraftkritische, staatlich anerkannte, NGOs setzen auf eine Strategie der Aufklärung und Bewerbung von alternativen Energien, statt aktiv gegen die Regierungspolitik zu intervenieren.

Von Lettland sind insbesondere Aktionen der Grünen Partei gegen Atomenergie bekannt. Darüber hinaus gab es Kampagnen von Bürgerinitiativen, z.B. gegen ein Atommülllager, und natürlich auch engagierte Einzelpersonen, die außerhalb von Organisationen aktiv sind. Da Lettland offiziell keine aktive Atompolitik verfolgt, gibt es nicht so viele Auslöser für Anti-Atom-Engagement wie andernorts. Aber genau genommen betreibt die lettische Regierung einen Atomkurs, denn sie ist in das litauische AKW-Projekt involviert.

Nach Estland fehlen uns derzeit Kontakte und detailliertes Hintergrundwissen; gleiches betrifft die Situation der Bewegung in Norwegen. Auch in Bezug auf die Anti-Atom-Bewegungen im russischen Kaliningrad und St. Petersburg sind Einschätzungen von hier aus schwer. Gegen das Ostsee-AKW in Kaliningrad gibt es sowohl eine lokale Initiative, die von einem Lokalpolitiker vorangetrieben wurde, als auch Engagement von überregionalen Umweltorganisationen des Landes. In der Gegend von St. Petersburg sind mehrere lokale Gruppen, ansässige Expert*innen und überregionale Umweltgruppen aktiv, die sich gegen Atomtransporte, den Neubau des Leningrad-2-AKW sowie andere Atomanlagen richten.

Åland im Schatten der Atomenergie

Die Åland-Inseln liegen im Bottnischen Meerbusen zwischen Schweden und Finnland und sind eine autonome finnische Provinz. Die Inseln setzen sich aus der Hauptinsel Fasta Åland und einem Archipel aus mehr als 6500 Schären und Inseln zusammen. Auf Åland gibt es keine Atomanlagen, die Provinzpolitik hat sogar einen atomkraftkritischen Tenor. Anwohner*innen und Aktivist*innen kämpfen energisch gegen schwedische und finnische Pläne für Endlager an der Ostseeküste.

Allen Protesten zu trotz wird Åland durch die Atomindustrie beeinträch-



Kundgebung gegen AKW-Neubaupläne in Vilnius, Litauen im Sommer 2010

AKW Ignalina

Als Bestandteil der Aufnahme Litauens in die EU wurde Ende 2009 das alte AKW Ignalina geschlossen. An diesem Standort waren zwei RBMK-Reaktoren in Betrieb - daselbe Design we in Tschernobyl. Zeitweise produzierte das Atomkraftwerk 70-80% der Elektrizität Litauens. 1992 wurde eine Brennstoffkassette aus Ignalina gestohlen. 1994 wurde das Kraftwerk in Folge eines gedrohten Terroranschlags für einige Tage geschlossen. Der erste Reaktor wurde bereits 2004 stillgelegt, der zweite 2009.

Irene Wagner:

Rudolf Steiners langer Schatten

fb Trotz einigem Hintergrundwissens zur Waldorfpädagogik und Rudolf Steiners Weltsicht überrascht dieses Buch mit vielen zusätzlichen Details und Informationen über dessen Werdegang und ist voller widerlicher Steinerzitate, die eine kinderfeindliche und in Grundzügen menschenverachtende Grundhaltung des Antroposophie-Gurus zeichnen. Erschreckend ist auch an Zitaten, antroposophischen Fachwerken und Beispielen aus der Praxis vorgeführt zu bekommen, wie zutiefst anti-wissenschaftlich und offenbar von esoterischen Halluzinationen geprägt die Ideologie Rudolf Steiners ist - und sich gleichzeitig bewusst zu werden, wie viel Macht Antroposoph*innen bereits haben und vor allem auf weniger widerstandsfähige Menschen ausüben dürfen.

Die Autorin Irene Wagner beschreibt, wie sich Steiners Persönlichkeit in Laufe der Jahre wandelte und er mehr und mehr den Bezug zur Realität zu verlieren schien. In gleichem Maße baute er seine antroposophische Theorie aus und stieg seine Radikalität im Auftreten in der Öffentlichkeit. Er schien selbst zu glauben, der Erleuchtete zu sein, und trat mit entsprechender Arroganz gegenüber den Minderbemittelten auf, die immer noch an Wissenschaft und klares Denken glaubten. In den meisten Fachbereichen, in denen er sich anmaßte, Grundlagenwissen und -methoden aufgrund seiner außerweltli-

tigt: Die Region befindet sich im 100-Kilometer-Umfeld von 5 Atomankraftwerken in Betrieb, zwei aktiven Lagern für niedrig- und mittelradioaktiven Atommüll, zwei geplanten Endlagern für hochradioaktive Abfälle, einem Reaktor in Bau sowie geplanten zwei weiteren Reaktorblöcken.

Atommülllager rund um die Ostsee

Die bekanntesten und umstrittensten Atommülllager im Ostseeraum sind Onkalo in Finnland und das geplante Endlager für hochradioaktive Abfälle am AKW Forsmark. Beiden liegt das selbe Modell und Design zugrunde, wobei der Hauptteil der Forschungen in Schweden geschah und auch die gesellschaftliche Auseinandersetzung damit geschieht im wesentlichen im westlichen Teil der Ostsee. Die sogenannte KBS-3-Methode soll Langzeitsicherheit über einen Zeitraum von mindestens 100.000 Jahren gewähren. Es basiert auf Kupferbehältern für die Langzeitlagerung des Atommülls und den Einsatz von Bentonit zum Einschluss des Lagers. Das Konzept wurde in den letzten Jahren ernsthaft in Frage gestellt, und in Schweden scheint es möglich, dass das Endlager daran scheitern wird. Die finnische Atomindustrie hat das Modell im wesentlichen übernommen und an einigen Punkten vereinfacht (und damit fragiler gemacht). Eigene Forschungen zur Endlagerung gab es in Finnland kaum. Trotzdem soll das Konzept in Onkalo umgesetzt werden, während es im Ursprungsland in Frage gestellt wird.

Weitere Atommülllager gibt es für die Endlagerung niedrig- und mittelradioaktiver Abfälle an den Standorten der AKW Olkiluoto, Loviisa, Oskarshamn und Forsmark. In Sillamäe in Estland, Radons in Lettland, in Litauen, Polen, am AKW Oskarshamn in Schweden und in Lubmin/Greifswald in der BRD sind Zwischenlager für Atommüll in Betrieb. Untertagelabore für Experimente zur Endlagerung radioaktiver Stoffe gibt es außerdem an zwei Standorten nahe dem bereits bekannten schwedischen AKW Oskarshamn.

Uranindustrie

Zwei Wellen von Uranabbau-Phasen gab es in der Vergangenheit in Skandinavien; eine dritte startete in den letzten zehn Jahren. Durch den zeitweise gestiegenen Uranpreis wurden unrentable Lagerstätten wieder attraktiv und führten zu erhöhten Aktivitäten von Atom- und Bergbaukonzernen zur Exploration und Ausbeutung von Uranlagern. Inzwischen ist der Uranpreis wieder gesunken und auch die Wirtschaftskrise scheint

chen "Schauungen", wohl besser Halluzinationen, zu korrigieren oder völlig über den Haufen zu werfen, scheint Steiner nicht von Wissenschaft und praktischen Erfahrungen, sondern seinen esoterischen, überirdischen Ideen geleitet worden zu sein. Dass diese wirren Gedanken bis heute gegen junge Menschen, geistig benachteiligte Menschen (die er als minderwertig bezeichnete) und in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft eingesetzt werden, ist beunruhigend. Dabei scheint die antroposophische Lobby erfolgreich herausgearbeitet zu haben, welche positiven Nebeneffekte von Steiners Methoden sich zur Propaganda für diese nutzen lassen. So werden im antroposophischen Landbau oder in der Waldorfpädagogik Effekte hervorgehoben, die zufällig auftreten, aber nicht einmal primär angestrebt wurden.

Leider ist auch dies eines der antroposophiekritischen Bücher, die von das konventionelle Schulsystem propagierenden Pädagog*innen geschrieben werden. Dadurch wird es schwer die Motivation zu durchschauen: werden einfach alle Alternativen zur Staatsschule zerrissen oder steckt in erster Linie tiefe inhaltliche Kritik zugrunde? Störend ist auch, dass Wagner's Ablehnung der Antroposophie sehr stark von einer umfassenden Abneigung nichtkonventioneller Vorgehens- und Denkweisen begleitet zu sein scheint. Das zumindest lassen die nicht weiter begründeten und teilweise auch nur abwertenden Nebenformulierungen vermuten.

Nichtsdestotrotz ist das ein sehr lesenswertes und wertvolles Buch mit Hintergrund- und Detailinformationen gegen antroposophische Logik und deren Institutionen.

Irene Wagner: Rudolf Steiners langer Schatten. Die okkulten Hintergründe von Waldorf & Co; Alibri Verlag, Aschaffenburg 2012; 405 Seiten; ISBN 978-3-86569-069-2


Foto: Falk Beyer

Weihnachtsaktion 2011 in Vilnius gegen den Bau des AKW Visaginas

AKW Visaginas

Nach der Stillegung des AKW Ignalina will die litauische Regierung mit Visaginas ein neues Atomkraftwerk bauen. Mit Stand Juli 2013 waren drei regionale Partner in das Projekt involviert: die Regierungen Litauens, Lettlands und Estlands. Ende 2012 stimmten die Bürger*innen Litauens in einem Referendum gegen den Bau des AKW. Die Regierung versucht diese Entscheidung zu ignorieren und setzte die Verhandlungen mit Bietern fort.


Foto: Falk Beyer

Weihnachtsaktion 2011 in Vilnius gegen den Bau des AKW Visaginas

Ostsee-AKW

Das sogenannte "Ostsee-AKW" soll in Kaliningrad, Russland gebaut werden. Nachdem russische, deutsche und andere Umweltorganisationen insbesondere Ende 2012/Anfang 2013 Kampagnen gegen diese Neubaupläne gestartet hatten, scheint das Projekt nun auf Eis - zumindest wurden die Bauarbeiten einiger beteiligter Firmen eingestellt und es ist die Rede davon, dass in Moskau geprüft werde, ob vielleicht ein kleinerer Reaktor als bisher geplant in Frage kommen könnte.

Wie die meisten anderen disktutierten AKW-Neubauprojekte sollte hier vor allem Elektrizität für den Export in die EU produziert werden. Abgesehen, dass es von Anfang an unrealistisch war, dass Strom in diesem Umfang Absatz fände, waren die unterschiedlichen Stromnetze im ehemaligen Ostblock und den älteren EU-Mitgliedern eine Herausforderung für das Ostsee-AKW.


Foto: Falk Beyer

AKW-kritische Infoveranstaltung auf einem Zeltplatz am geplanten Standort in Polen

AKW Jezioro Zarnowieckie

Bereits 1982 gab es in Polen einen Anlauf in Jezioro Zarnowieckie ein AKW zu bauen. Doch 1990 wurden die Bauarbeiten als Folge von Protesten in Verbindung mit dem Super-GAU in Tschernobyl eingestellt. 2009 veranlasste die polnische Regierung die Gründung der Firma PGE Energia Jadrowa S.A., um das polnische Atomprojekt zu entwickeln und damit die alte Idee wieder aufzunehmen.


Foto: Falk Beyer

Ostsee-Touristen werden über die Risiken des geplanten AKW informiert

Polnische Forschungsreaktoren

Hinter den kryptischen Namen AGATA, ANNA, EWA, MARIA und MARYLA verstecken sich die in Swierk und Krakow gelegenen polnischen Forschungsreaktoren. Die meisten davon wurden bereits stillgelegt.



Foto: Falk Beyer

Heute befinden sich am Standort Lubmin mehrere Atommüll-Anlagen, z.B. das ZLN

AKW Greifswald

Das größte Atomkraftwerk der DDR befand sich in Lubmin bei Greifswald. Es wurde Anfang der 1990er zusammen mit allen anderen DDR-AKW stillgelegt.

sich auf die Industrie insofern ausgewirkt zu haben, als diese gerade wieder einen Gang runter geschaltet zu haben scheint. Trotzdem werden die bereits gestarteten neuen Uranprojekte weiter voran getrieben.

Beispiele für Uranvorhaben sind Ranua, Talvivaara, Tervola, Sokli und Ylitornio in Finnland, Häggån in Schweden; Beispiele für Uranextraktions-Anlagen sind Vinterviken/Liljeholmen und Kvarntorp in Schweden. Ein Vorhaben in Nianfors (Schweden) wurde durch Proteste erfolgreich verhindert.

Weitere Atomanlagen

Eine der wichtigsten Industrieanlagen der Atomwirtschaft ist der Studsvik-Komplex in Schweden. Dort werden insbesondere niedrig- und mittelradioaktive Abfälle verarbeitet. Studsvik liegt an der Ostküste Schwedens, nahe der Stadt Nyköping, südlich von Stockholm. Der Atommüll wird zur Behandlung von Kontinentaleuropa zum Studsvik-Hafen und zurück transportiert. Die Verarbeitung umfasst das Einschmelzen von Metallkomponenten zur Weiterverwendung und die Verbrennung trockener radioaktiver Materialien. Eigentümer der Anlage ist das Privatunternehmen Studsvik AB, das neben der Atommüllbehandlung ein breites Angebot von Dienstleistungen für die Atomindustrie bereitstellt - hauptsächlich im Zusammenhang mit Rückbau, Verwaltung, Technik und Software.

Studsvik ist auch Standort zweier

Erich Fromm:
Die Kunst des Liebens

fb Dieses Buch gilt als eines der wichtigsten und ersten, das sich mit dem psychischen Phänomen der Liebe befasst, und gleichzeitig als das vielleicht wichtigste Buch Erich Fromms. Es behandelt einige wichtige Aspekte, die auch heute, fast 60 Jahre nach der Erstveröffentlichung, noch der Beachtung bedürfen. Dabei handelt es sich um eine gesellschaftskritische Auseinandersetzung, die Auswirkungen des Kapitalismus auf das Bild von der Liebe beschreibt und kritisiert.

Die Kunst des Liebens legt dar, dass es falsch ist, in erster Linie Liebe eines anderen Menschen zu erhoffen, dass es grundlegend ist, selbst und bedingungslos zu lieben. Fromm geht davon aus, dass "Lieben" erlernt werden muss, dass mensch sich bewusst damit auseinandersetzen muss. Er beschreibt und kritisiert die marktwirtschaftlich geprägte Liebe, die - wenn heute auch meist unbewusst - nach Erfolg, Prestige und auch Macht strebt. Er analysiert, dass als Herausforderung der Liebe ein "Objekt" gesehen wird - die andere Person, die die eigenen Gefühle auslösen und zu selbigen animiert werden müsse - statt die Fähigkeit zu lieben als etwas zu entwickelndes zu erkennen.

Nervend sind das Buch durchziehende gottbezogene Formulierungen, die vielleicht Resultat der streng religiösen Einflüsse aus seinem Elternhaus sind. Im Vorwort betont Fromm zwar, dass er sich bemüht habe in einer einfachen, klaren Sprache zu schreiben; das ist offenbar aber nur bedingt gelungen. Manchen seiner Ausführungen zu folgen ist anstrengend, und auch die predigende Form, in der er die seiner Meinung nach wichtigen Fakten wiederholend vorträgt, wirkt nervend und pädagogisch.

Zu bemängeln ist auch der Verzicht auf Quellenverweise bzw. Bezugnahme auf Fachliteratur. Auch dies begründete er damit, dass er das Buch möglichst einfach schreiben wollte - dadurch werden seine Überlegungen abgewertet, die ohne weitere Erläuterungen und Begründungen manchmal aus der Luft gegriffen wirken. Da er keine Quellen angibt und oft auch keine tiefergehenden Erklärungen liefert, muss mensch ihm also einfach glauben - oder seine Darlegungen wenig begründet finden. Vielleicht gibt es die fachwissenschaftlichen Grundlagen ja, aus denen er seine Überlegungen ableitet, vielleicht hat er in anderen Werken besser dargelegt, wie sich seine Annahmen begründen. Hier fehlen diese Angaben jedoch, die dem Buch einen höheren praktischen und theoretischen Wert geben würden.

Erich Fromm: Die Kunst des Liebens; 160 Seiten; 8,99 €; Ullstein Verlag, Ulm 2012; ISBN 978-3-548-36784-2

bereits stillgelegter Forschungsreaktoren, deren Rückbau bevorsteht, und dreier weiterer, die bereits komplett auseinander genommen wurden. Der Komplex wurde in den 1950ern durch das teilstaatliche Unternehmen AB Atomenergi gegründet. AB Atomenergi gab es seit 1947 und hatte den Auftrag, die schwedische Atomtechnologie im zivilen und militärischen Bereich sowie den Uranabbau zu entwickeln. In den 1960er/1970er Jahren waren die meisten der ursprünglichen Anliegen von AB Atomergi veraltet oder von anderen Körperschaften übernommen worden. So wurde ein Prozess der Reorganisation und Privatisierung gestartet. In den 1990ern übertrug der Staat seine letzten Anteile an Studsvik AB an Vattenfall. Der Energiekonzern wiederum transferierte sie an private Investment-Unternehmen, und die Firma begann sich auch international auszubauen. Heute hat Studsvik AB Angestellte in sieben Ländern einschließlich BRD, Großbritannien, Schweden und USA. Das Hauptquartier seines kontinentaleuropäischen Zweiges ist in Pforzheim zu finden.

In Swierk in Polen gibt es eine weitere Atommüll-Anlage, in der radioaktive Stoffe zum Weitertransport oder zur Lagerung konditioniert werden. Es befindet sich hier auch ein Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle und zwei Nasslager für die abgebrannten Brennelemente der Forschungsreaktoren MARIA und EVA.

Eine weitere Anlage zur Atommüllbehandlung befindet sich in Soznovyj Bor nahe St. Petersburg. Auch dort werden radioaktive Stoffe verbrannt. Soznovyj Bor ist auch Standort des AKW Leningrad, wo ein Äquivalent von 5000 Tonnen Uran in abgebrannten Brennelementen gelagert wird. Es gibt hier auch ein regionales Zentrum für die Behandlung von Atommüll mit 60.000 m³ an radioaktiven Abfällen.

In Dänemark gibt es außerdem die Roskilde Experimental Site; eine Brennelemente-Fabrik befindet sich im schwedischen Västerås. Weitere Fabriken verarbeiten Uranerz - z.B. OMG Kokkola Chemicals Oy und Harjavalta in Finnland sowie die Uranerzanlage in Ranstad, Schweden. In Lubmin/BRD gibt es noch die ZAW; im Zusammenhang mit der Atomindustrie steht auch die Stahlfabrik Outokumpu Tornio Works.

Damit endet dieser vorläufige Überblick zur Atomkraft im Ostseeraum. Weitere und aktualisierte Informationen gibt es auf der Projekt-Internetseite (siehe Seite 39).


Foto: Falk Beyer

Ausschnitt der Fotoausstellung zur "Stop Nuclear Power - Baltic Sea Info Tour 2010"

SUR Unterrichtsreaktor

In Kiel befindet sich der stillgelegte Siemens-Unterrichtsreaktor SUR. Er ging 1966 in Betrieb. 2008 wurde die Stilllegung abgeschlossen; der Betrieb war bereits 1991 eingestellt worden. Er wurde mit hochangereichertem U-235 betrieben.

Das wars noch nicht!

Diese Randspalte ist nicht lang genug, um alle Atomreaktoren im Ostseeraum aufzuführen. Angefangen in Finnland haben wir uns im Uhrzeigersinn um das Meer bewegt - es fehlen nun noch neun Forschungs- und kommerzielle Reaktoren in Dänemark und Schweden.

Es fehlen auch die Atommülllager, Uranabbaue und sonstige Anlagen der Atomindustrie. Insgesamt gibt es hier weit mehr als 60 Atomanlagen.

Solidarität mit wem?

"Hast du keine Angst, zum Anwalt zu gehen?" warnte der Vorgesetzte. "Weil es kann dir passieren, dass du über die Straße gehst und ein Auto dich überfährt." Auch könne sie leicht im Graben landen, "der Kopf zwei Meter weiter" und ein Bein "sonst wo". - "Nein, ich habe keine Angst". Er: "Das gilt sogar in Rumänien. Du weißt nicht, ob dein Kind über die Straße geht und ein Auto es vielleicht überfährt." Maria, eine Arbeiterin bei Wiesenhof

"Bei einem Werkvertrag vergibt ein Auftraggeber (Unternehmen) Aufträge für fest definierte „Werke" an Fremdfirmen. Abgerechnet wird erfolgsorientiert – und nicht nach Arbeitszeit. Das Merkmal eines Werkvertrags ist, dass der Auftragnehmer dieses Werk (Produkt) mit eigenen Arbeitskräften erstellt, für dieses Werk haftet und selbst bestimmt, wie es erstellt wird. Das heißt, er ist allein zuständig für den Einsatz der von ihm Beschäftigten. Wann ein Werkvertrag vorliegt, ist in allgemeiner Form § 631 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) geregelt."

"Leiharbeit (Arbeitnehmerüberlassung) liegt dann vor, wenn eine Verleihfirma Beschäftigte an ein Unternehmen überlässt, das diese nach eigenen betrieblichen Erfordernissen einsetzt. Wie beim Werkvertrag besteht das Arbeitsverhältnis mit der Fremdfirma, von der die Leiharbeitskräfte auch ihren Lohn erhalten. Im Unterschied zu Werkvertragsbeschäftigten bekommen sie ihre Arbeitsanweisungen jedoch vor allem von Beschäftigten des Unternehmens, an das sie ausgeliehen werden. Grundsätzlich haben Leiharbeitskräfte die gleichen Rechte wie andere Beschäftigte auch – allerdings sieht die Realität oft anders aus. Zudem verdienen Leiharbeitskräfte meist deutlich weniger als fest angestellte Kollegen und Kolleginnen – obwohl sie die gleiche Arbeit machen.“

Quelle: „Wenig Rechte Wenig Lohn – Wie Unternehmen Werkverträge (aus)nutzen“, eine Broschüre der Gewerkschaft Nahrung. Genuss. Gaststätten (NGG)

kcl/ Wenn ich versuche, mir das Grauen und das Elend, das sich in den Schlachtfabriken abspielt, vor Augen zu führen, kreisen meine Gedanken in erster Linie um die Situation der Tiere, deren Empfindungen und Bedürfnisse keine Rolle spielen, während sie von Maschinen und von monotonen Bewegungen der Arbeiter_innen den Kopf ab- oder den Bauch aufgeschnitten bekommen. Doch stellt die Anerkennung der Unterdrückung und des Leides der Arbeiter_innen eine Verhöhnung der Tiere, deren Leben in diesen Fabriken beendet wird, dar?



Mitte Mai dieses Jahres wurden im Rahmen einer groß angelegten Razzia, die von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf initiiert wurde, an 90 Orten Büros und Wohnungen von Profiteuren der Fleischindustrie durchsucht. Ermittelt wird gegen 22 Personen und ein Geflecht von zwei Dutzend Firmen, konkret wegen Verdacht der Steuerhinterziehung. Fleischkonzerne wie Wiesenhof stehen im Verdacht, mit Hilfe eines Geflechts von Leiharbeitsfirmen und Werkverträgen Steuern und Sozialabgaben in Millionenhöhe hinterzogen zu haben. U.a. berichtete die Badische Zeitung.

Hierbei ist es nicht verwunderlich, dass der Staat die katastrophale Situation der Arbeiter_innen lange Zeit ignorierte – zumal es ja auch zu einem überwiegenden Teil keine Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit betrifft. Das staatliche Gewaltmonopol griff erst in die Interessen der Fleischwirtschaft ein, weil diese nicht ordnungsgemäß einen Teil ihres Gewinns in Form von Steuern (an ihn) abdrückten.

„Sie bestellen dich um 2.00 Uhr morgens zur Arbeit, behalten dich für 3 Stunden da dann schicken sie dich wieder nach Hause. Dann bleibst du wieder 3 Stunden zuhause und dann holen sie dich wieder ab zum Zerlegen, das ist ein unmenschliches System“ Ein Arbeiter bei Stenemann.

Die unerträgliche Situation der Arbeiter_innen bekam am 23. Juni eine unerwartete Öffentlichkeit: In einer 45-minütigen Dokumentation des Norddeutschen Rundfunks (ndr) wurden umfangreiche Recherchen veröffentlicht. 100 Arbeiter_innen, die mit Hilfe von Werkverträgen bei Wiesenhof in Lohne Hühner und Puten zerstückeln und verpacken, müssen in einer mit Stacheldraht gesicherten ehemaligen Kaserne leben. Ein Pförtner bestimmt, wer auf das Gelände darf und wer nicht. Sie bekommen für ihre Arbeit 600 bis 700 Euro im Monat, davon müssen sie 150 Euro Miete bezahlen und sind weder kranken- noch rentenversichert. Mit einem Geflecht von Subunternehmen, die in Osteuropa Menschen „anwerben“, kann es sich Wiesenhof leisten, Arbeiter_innen, die sich mit den scharfen Messern am Arbeitsplatz verletzen und für eine Weile die Arbeit niederlegen müssen, zu entlassen - der "Nachschub“ ist offenbar unbegrenzt.

Um die sogenannten Rechte der Arbeitnehmer_innen zu umgehen hat Wiesenhof Firmen gegründet, die Werkverträge mit anderen Firmen abschließen. Auf dem Papier sind diese Firmen selbstständig – auch wenn der Gründer einer dieser Firmen gleichzeitig Prokurist von Wiesenhof ist.

„So ist Werkvertragsarbeit nach dem Gesetz erlaubt, wenn sie „komplett eigenständig“ erbracht wird. Kein Vorgesetzter des Auftraggebers hat den Werkvertragsbeschäftigten etwas zu sagen, keines seiner Werkzeuge darf benutzt werden. In der Praxis ist oft das Gegenteil der Fall. Das Problem: Beweisen müssen das Betroffene oder Betriebsräte – in der Regel ein Ding der Unmöglichkeit. So können Unternehmen Werkverträge schließen, die nichts anderes sind als Leiharbeit unter einem anderen Namen. Aus ihrer Sicht macht das Sinn. Schärfere Regeln und verbindliche Mindestlöhne für Leiharbeitskräfte haben dazu geführt, dass immer mehr Unternehmer sich einen

Weg suchen, diese zu umgehen. Sie unterschreiten diese durch die „Umwandlung" von Leiharbeit in Werkvertragsbeschäftigung." Quelle: „Wenig Rechte Wenig Lohn – Wie Unternehmen Werkverträge (aus)nutzen", eine Broschüre der Gewerkschaft Nahrung. Genuss. Gaststätten (NGG)

Doch Wiesenhof ist kein Einzelfall, auch von der Firma „Steinemann – Fleisch und Wurstspezialitäten" gab es in dem Beitrag ähnliches zu berichten.

„Es war wie im Gefängnis, weil du ständig sagen musstest wo du hingehst, was du machst, wenn du ins Internetcafé wolltest um mit deiner Familie zu sprechen. Wo warst du? Wo gehst du hin? Der Vorarbeiter wollte alles wissen, du hattest keine Freiheit, er hat uns immer verboten mit fremden Personen zu reden oder dass wir Fremde empfangen. Er kam immer und guckte sogar ob wir schlafen, er machte die Zimmertür auf um zu sehen ob wir im Bett liegen, du konntest nirgendwo hingehen ohne ihn zu benachrichtigen, wenn er es dir erlaubt hat – gut, wenn nicht dann nicht." So Roxana, die für ihre Arbeit bei Steinemann 420 – 700 Euro Brutto bekam.

Die Dokumentation löste in Niedersachsen, wo nach Angaben des NDR 80% der Arbeiter_innen in der Fleischindustrie unter Werkverträgen arbeiten müssen, eine große Debatte aus. Politiker wie der niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer (die Grünen) und der Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) instrumentalisierten den Skandal und forderten die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro auch für Werkvertragsarbeiter_innen.

Nun stehen Vertreter_innen der Fleischindustrie aufgrund des öffentlichen Drucks gezwungenermaßen in Verhandlung mit der Politik und den Gewerkschaften. Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Artikels lässt sich ein Ausgang dieser Verhandlung noch nicht skizzieren, in mir regt sich jedoch keine Hoffnung, dass sie an die Wurzeln der Grundwidersprüche der Interessen der Arbeiter_innen, der Tiere und der Besitzer_innen der Schlachtfabriken gehen.

„Wie ein Unternehmer produziert, ob er seine Ware selbst produziert ob er zukauft, ob er bestimmte Dienstleistungen zukauft, das gehört zur unternehmerischen Freiheit die ja auch im Grundgesetz verankert ist und daran kann ein Gesetzgeber, auch ein niedersächsischer Gesetzgeber, wenig machen."

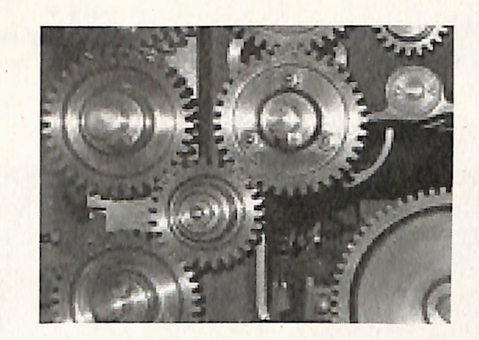




Foto: Johannes Lietz





Foto: Johannes Lietz



Foto: Johannes Lietz

Mit diesen Worten beschreibt Ernst Michael Andritzky, Sprecher des Verbandes der Ernährungswirtschaft Niedersachsen, was unter Freiheit in dieser kapitalistischen Gesellschaft zu verstehen ist.

»Ich stand davor, und das Tier blickte mich an, mir rannen die Tränen herunter – es waren seine Tränen, man kann um den liebsten Bruder nicht schmerzlicher zucken, als ich in meiner Ohnmacht um dieses stille Leid zuckte. Oh, mein armer Büffel, mein armer, geliebter Bruder, wir stehen hier beide so ohnmächtig und stumm und sind nur eins in Schmerz, in Ohnmacht, in Sehnsucht.«

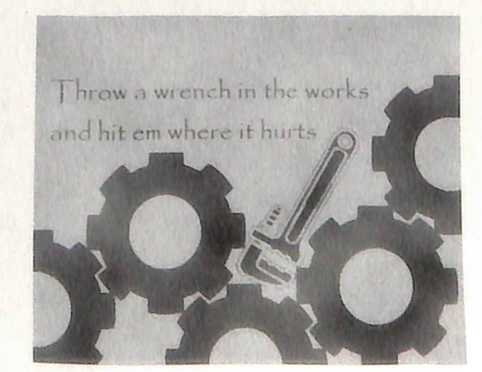
Dies schrieb Rosa Luxemburg 1917 während ihrer Haftzeit in Breslau, als sie mit ansehen , wie Soldaten einen blutenden Büffel in den Gefängnishof prügelten.



Foto: Franco Rabazzo

Wenn die Tierbefreiungsbewegung es ernst meint mit einer Überwindung aller Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, muss sie anerkennen, dass das unbeschreibliche Leid, was den Tieren in den Schlachthöfen angetan wird, nicht das einzige darstellt, was diese Maschinerie mit sich bringt.

Doch wie kann das theoretische Bekenntnis für die Befreiung der Tiere und die der arbeitenden Menschen auf eine Praxis im Kampf gegen Tierfabriken angewandt werden?



Aktionscamp gegen Tierfabriken
ein Rückblick

acgt/ **Am 10.7.2013 startete in Balge im Landkreis Nienburg das erste Aktionscamp gegen die von Wiesenhof betriebene Schlachtfabrik bei Holte / Wietzen. Unter dem Motto „Aktionscamp gegen Tierfabriken" waren 7 Tage lang Workshops, Vorträge, Aktionen und Demonstrationen gegen Tierausbeutung im allgemeinen und gegen die Schlachtfabrik in Holte im speziellen geplant.**

Nachdem am späten Abend das Camp aufgebaut war, fand bereits der erste Vortrag statt, der die angereisten Teilnehmer_innen über den Widerstand und die Aktionen der letzten Jahre informierte, die vor allem im Zusammenhang der Kampagne gegen Europas größte Schlachtfabrik in Wietze stattgefunden haben.

Am Donnerstagmorgen ging es nach einem ausgiebigen Frühstück los mit einer Bau- und Arbeitsphase, um das Camp weiter aufzubauen. Am Mittag fand dann der erste Aktionsworkshop über Bezugsgruppenbildung und verschiedene Blockadetechniken statt. Im Anschluss daran machte sich eine Kleingruppe mit Fahrrädern auf, in der Hoffnung, an der Schlachtfabrik das soeben theoretisch erworbene Wissen in die Praxis umzusetzen. Viele Aktivist_innen sahen den Schlachthof bei dieser Gelegenheit das erste Mal und es wurde so eine Tour daraus, um das Gelände, die Schlachtfabrik und die Gegend kennenzulernen.

Blockade der Schlachtfabrik

Am nächsten Tag fand die allererste Aktion gegen die Schlachtfabrik in Wietzen statt. Eine Gruppe Aktivist_innen besetzte 3 Fleischtransporter der Firma Wiesenhof, indem sie auf das Dach der LKWs kletterten und diese durch einen Sitzblockade am Weiterfahren hinderten.



7 Tage campen gegen Tierfabriken in Balge Foto: Robert Meyer

Auf der Emailadresse des Camps ging zu dieser Aktion folgende Pressemitteilung ein:

„Wietzen/Holte – Seit heute Vormittag blockieren Tierbefreiungs- und Umweltaktivist_innen drei Fleischtransporter vor der Schlachtfabrik in Holte/Wietzen. Einige Aktivist_innen sitzen auf dem Dach des Transporters.

Die betroffene Schlachtfabrik soll plangemäß bis 2014 ausgebaut werden, wodurch die Anzahl der getöteten Tiere pro Tag von 140.000 auf 250.000 gesteigert werden würde. Am Vormittag haben ca. 10 Aktivist_innen auf dem Zufahrtsweg zur Schlachtfabrik von Wiesenhof in Holte eine Blockade errichtet. Drei Aktivist_innen befinden sich auf den Dächern von drei Fleischtransportern, vier weitere Blockieren mit Transparenten die Straße. Eine Räumung steht derzeit noch nicht an.

„Im Einzelnen fordere ich die Schließung der Schlachtfabrik. Im großen Ganzen sehe ich diese Aktion als Teil einer Bewegung gegen den Kapitalismus und sein lebensverachtendes Ausbeutungsverhältnis. Im Kapitalismus werden Tiere zu Ware gemacht – damit verschwindet das Bewusstsein darüber, dass sich hinter Tierprodukten Individuen befinden, die gefangen gehalten und getötet wurden", begründet Kirsten L., eine der Aktivistinnen der Blockade. „Betriebe wie dieser stehen für die totale Ausbeutung anderer Tiere und der Umwelt durch den Menschen", erklärt sie weiter. Die Blockade geht von keiner Organisation aus, sondern wird von unterschiedlichen Menschen, die sich auf vielfältige

Weisen gegen Tierausbeutung, Umweltzerstörung und Kapitalismus einsetzen, durchgeführt. „Mein Ziel ist eine Gesellschaft, in der Bedürfnisse, nicht Wachstum und Gewinn zur Grundlage des Handelns gemacht werden und in der alle – ob Mensch oder Tier – in Freiheit und gegenseitigem Respekt leben können", erklärt Michel aus der Sitzblockade.

In der industriellen Mast wird das Durchschnittshuhn in 30 – 40 Tagen auf engstem Raum auf eineinhalb Kilogramm herangezogen. Nach diesem kurzen Leben werden sie in Transportern zur Schlachtfabrik gefahren und dort getötet. Die Tierhaltung gefährdet zudem durch Treibhausgasemissionen, Wasserverschmutzung und



6 Aktivist_innen erklettern nacheinander 3 Fleischtransporter
Foto: Robert Meyer


und konnten diese für 7 Stunden erfolgreich blockieren
Foto: Robert Meyer


Nach ca. 7 Stunden wurden die Blockierer_innen von einem Sondererinsatzkomando im Auftrag von Wiesenhof von den LKWs geholt Foto: Robert Meyer


4 weitere Aktivist_innen überforderten die lokalen Polizist_innen mit einer Sitzblockade in der Einfahrt der Schlachtfabrik Foto: Robert Meyer


So das diese verstärkung aus Hannover anfordern mussten Foto: Robert Meyer

genmanipulierte Futtermittel Klima und Umwelt. Momentan landen 90% der weltweiten Sojaernte und 2/3 der Maisproduktion in den Futtertrögen der Tierindustrie.

Auch die wenigen Arbeitsplätze, die in der Industrie bestehen, sind für ihre unwürdigen Bedingungen berüchtigt – gerade aktuell dokumentiert durch die NDR-Reportage zu den Arbeitsbedingungen in den Schlachtfabriken. „Unsere Aktion richtet sich nicht gegen die unterbezahlten Arbeiter_innen in der Schlachtfabrik, sondern gegen das Unternehmen und gegen die lebensverachtende Industrie, für die es steht," kommentiert der Blockierer Paul die Aktion.

"Von Rot-Grün lässt sich vielleicht erhoffen, dass die zulässige Größe der Ställe etwas verringert wird. Ich glaube aber kaum, dass das eine Verbesserung darstellt. Ich fordere die Abschaffung aller Käfige und hoffe auf eine Bewegung von Unten", so Paul weiter."

Die Blockade konnte erst nach mehreren Stunden und durch Amtshilfe der Feuerwehr und des Sondereinsatzkommandos Hannover geräumt werden. Alle Aktivist_innen wurden in Gewahrsam genommen, kamen jedoch nach einigen Stunden wieder frei.

Demonstration gegen Tierfabriken

Am Samstagvormittag, den 13.7.2013 ging es dann vom Camp mit Fahrrädern und Autos Richtung Nienburg zur Demonstration gegen Schlachtfabriken. Etwa 50 Teilnehmer_innen zogen ab 12.30 Uhr mit Transparenten, Schildern und Megaphonen durch die Nienburger Innenstadt.

Mit Parolen gegen Tierausbeutung und Redebeiträgen an zwei Kundgebungsorten in der Stadt wurden die Bewohner_innen Nienburgs auf das Anliegen der

Demonstration aufmerksam gemacht. Als die Demonstration gegen 14 Uhr am Bahnhof, dem Abschlussort der Demo, ankam, wurde spontan eine Eildemonstration gegen die Überwachung der Polizei angemeldet und der Demonstrationszug zog erneut in die Nienburger Innenstadt. Bereits nach der Hälfte der angemeldeten Strecke wurde die Demo aufgelöst und einige Menschen zogen mit Transparenten und Sprüche rufend durch die Haupteinkaufstraße Nienburgs.

Anschließend ging es direkt weiter zur Schlachtfabrik in Holte, wo es eine Kundgebung gegen den Ausbau der Schlachtfabrik gab. Auch hier waren ca. 50 Teilnehmer_innen vor Ort, die lautstark ihren Protest gegen Wiesenhof und die Ausbeutung der Tiere als Ware kundtaten.



50 Menschen demonstrierten in Nienburg für die Abschaffung jeglicher Form der Tierausbeutung Foto: Thomas Hupe



und vor der Wiesenhofschlachtfabrik in Wietzen/Holte Foto: Robert Meyer

Fleisch für die Welt

Am Sonntag erreichte uns dann ein Bekenner_innenschreiben der Intitiative „Fleisch für die Welt“, die bei einem Solidaritätsgrillen der Landfrauen in Wietzen durch eine Demonstration die Sympathien der anwesenden Agrarindustriellen gewinnen wollte:

„Heute fand in Wietzen-Bredenbeck eine Solidaritätsveranstaltung für die Initiative „Schweinehalter gegen Krebs“ statt, die von den Landfrauen Nienburg organisiert wurde.

Mit Grillfleisch, Bratwürsten und viel Informationsmaterial zur Schweine- und Tierzucht feierten sich die Landwirte der Region Nienburg.

Eine gute Gelegenheit für die Initiative „Fleisch für die Welt“, ihre Solidarität mit den durch Tierbefreiungsaktivist_innen arg gebeutelten Agrarindustriellen auszudrücken.



Das Initiative "Fleisch für die Welt" in Aktion
Foto: Thomas Hupe

Mit einem Transparent und mehreren Schildern, auf denen unter anderem zu lesen war „Fleisch für alle, sonst gibt es Krawalle“, „Das Huhn oder ich“, „Wer braucht schon Regenwald, wenn es Arbeitsplätze gibt“, zog die 10-köpfige Demosntration am Veranstaltungsort vorbei. Dabei wurden für die anwesenden Bürger_innen gut hörbar Parolen wie „Tiere haben wir schon immer gejagt, heute jagen wir im Supermarkt“ und „Hoch die internationale Fleischqualität“ gerufen.

Ein wenig überrascht über die unerwartete Solidarität mit ihrem Anliegen, hielten sich die Besucher_innen mit ihrer Begeisterung stark zurück.

Da sich auch niemand in die Demo einreihte, als diese ein zweites Mal an der Veranstaltung vorbeizog, gaben die Demonstranten frustriert auf und machten sich auf den Heimweg. Damit die Vorbereitungen und der Aufwand, der für die Demonstration betrieben wurde nicht umsonst gewesen ist, entschlossen sich die Demonstranten, beim gerade stattfindenden Aktionscamp gegen Tierfabriken vorbei zu fahren und dort mit Entschlossenheit die Chaoten zur Vernunft zu bringen.“

Kreative Aktionen und Fesnahmen in Nienburg

Montag, der 15.7. war dann bereits der letzte Tag des Camps, bevor es am Dienstag ans Einpacken ging. Als Abschlussaktion des Camps fanden in der Nienburger Innenstadt verschiedene Aktionen statt.

Aktivist_innen haben mit Schablonen und Bürsten Sprüche auf die Straße geputzt. „Wiesenhof bedeutet Leid“ war einer von denen, die jetzt auf dreckigen Stellen sauber zu lesen sind.

Außerdem waren Reporter_innen vom „Mars“ da, die Passant_innen mit Fragen konfrontierten wie *„Ist es normal das auf der Erde Lebewesen andere töten?“* oder *„Wo kommt eigentlich die Milch her“*. Dadurch entstanden spannende Diskussionen unter den Anwesenden – welche durch die aktuelle Berichterstattung größtenteils schon angeregt waren.

Außerdem zog eine Pro Fleisch Demo durch die Stadt, wogegen Aktivist_innen spontan eine Demo veranstalteten. Sie kritisieren den Umgang mit nicht menschlichen Lebewesen in dieser Gesellschaft und betten diese Kritik in eine Gesellschaftskritik ein, in welcher an den Bedürfnissen von Mensch und Tier vorbei gewirtschaftet werde und Leiden und Umweltverschmutzung in Kauf genommen wird.

Die Aktionen endeten mit zwei brutalen Festnahmen. Eine der Demonstrant_innen wurde festgenommen – vorgeworfen wird ihr ein Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Bei dem Abtransport dieser stand ein anderer Aktivist dem wegfahrenden Polizeifahrzeug im Weg, was dazu führte, dass der schon zuvor sehr gereizte Polizist – weil Menschen mit Kreide gemalt hatten – aus dem Auto sprang und mit dem Ausschrei „Verpiss dich“ den rumstehenden Menschen zunächst gegen die nächste Wand schubste, um ihn anschließend im Würgegriff in ein Polizeiauto zu führen. Dies alles wurde auf Video mitgeschnitten und ist bereits auf YouTube zu sehen.

Der Aktivist wurde ebenfalls mitgenommen. Am Dienstag, den 16.7. war dann endgültig der letzte Tag des Aktionscamps und die Zelte wurden eingepackt.

Zum Abschluss noch ein Feedback eines Aktivisten:

"Da Wiesenhof bereits seit 1966 in Holte/Wietzen Hühner am Fließband ermorden lässt und die Fabrik in der Vergangenheit immer nur Stückchen für Stückchen ausgebaut wurde, begegnen viele Anwohner_innen der Fabrik mit einer fassungslosen Gleichgültigkeit. Mit dem Aktionscamp gegen Tierfabriken wurde die Schlachtfabrik zum ersten Mal mit direkten Widerstand konfrontiert. Für viele Anwohner_innen war dies sicher die erste Begegnung mit kritischem Protest in der Region.

Festhalten lässt sich, dass das Camp für viel Wirbel im Kreis Nienburg gesorgt hat. Und die Kontinuität der stillschweigenden Hinnahme von Ausbeutung und Zerstückelung von leidfähigen Individuen teilweise durchbrochen wurde. Die lokale Tageszeitung „Die Harke“ berichtete täglich positiv über das Camp und einzelne Aktionen. Es konnten wertvolle Kontakte zu lokalen Gegner_innen der Schlachtfabrik – auch wenn es solche bisher nur in sehr geringer Zahl gibt – geknüpft werden und es fanden einige strategische und theoretische Debatten statt. Auch für Aktivist_innen aus den gesamten deutschsprachigen Raum bot das Camp eine Plattform des gegenseitigen Austausches und Vernetzung.

Anfang 2014 plant Wiesenhof den Neubau des Schlachthofes. Für mich hat das Camp gezeigt, dass der Raum Holte/Wietzen viel Potenzial für einen kreativen und kontinuierlichen Widerstand gegen den Ausbau und für die Schließung von Wiesenhofs Schlachtfabrik bietet. Lasst uns dieses nicht ungenutzt lassen..."

Aktivist_innen erhalten halbjähriges Aufenthaltsverbot für Wietze

Seit nun mehr als 3 Jahre halten unabhängige



Tierbefreiungsaktivist_innen die Profiteure von



Rothkötters Schlachtfabrik in Atem ...



Pressemitteilung der Kampagne gegen die Schlachtfabriken in Wietze und Wietzen.

- Versammlungsrecht und Bewegungsfreiheit werden eingeschränkt, Teilnahme an Großdemonstration verwehrt -

Am 24. August, eine Woche vor der Großdemonstration gegen die Mega-Schlachtfabrik in Wietze, an der sich ca. 7.000 Menschen beteiligten, wurde an mindestens vier Aktivist_innen ein halbjähriges Aufenthaltsverbot für ein großflächiges Gebiet rund um die Schlachtfabrik verschickt. Das Verbot wurde von der Gemeinde Wietze verhängt und betrifft Aktivist_innen aus der Tierbefreiungsbewegung, die sich in der Vergangenheit an öffentlichen Aktionen gegen die Schlachtfabrik beteiligten. Bis Februar 2014 dürfen sie nun das Gebiet nicht mehr betreten. Wenn sie sich nicht daran halten, müssen sie eine Geldbuße von 400 Euro zahlen. Rechtsanwältin Britta Eder beantragte die Aufhebung des Verbots für die Großdemonstration am Samstag, der Antrag wurde von der Gemeinde abgelehnt. *„Die Begründung dieser Ablehnung lässt befürchten, dass das eigentliche Ziel der Aufenthaltsverbote das Verbot der Teilnahme an Versammlungen durch die Betroffenen ist. Derartige Eingriffe in die Versammlungsfreiheit auf Grundlage des allgemeinen Polizeirechts sind jedoch unzulässig."* kommentiert Rechtsanwältin Britta Eder.

Die Gemeinde begründet ihr Vorgehen u.a. mit der Behauptung, von den betroffenen Personen würden erhebliche Gefahren ausgehen. Diese – so dem Beschluss zu entnehmen – hätten in der Vergangenheit gezeigt, dass sie Straftaten in dem Themenbereich begehen würden. Es sei davon auszugehen, dass sie sobald sie in die Nähe einer solchen Anlage gelangen, weitere begehen würden. „Das Interessante dabei ist, dass keine dieser Personen jemals wegen einer angeblichen Straftat in dem Zusammenhang verurteilt wurde. Es gab zwar Verfahren, weil sie sich angeblich bei Blockaden und Störungen von Genehmigungsverfahren beteiligt hätten, verurteilt wurde da aber niemand" erklärt einer der Betroffenen.

Als Begründung dafür, warum eine Klage gegen das Verbot keine aufschiebende Wirkung haben soll, benennt die Gemeinde Wietze, dass das Interesse der Bewohner_innen von Wietze dem Interesse der Aktivist_innen auf Versammlungs- und Bewegungsfreiheit überwiege.

Die Aktivist_innen kündigen an, gegen die Repression offensiv anzugehen. Sie werden eine Klage einreichen und das Vorgehen der Gemeinde Wietze veröffentlichen.

„Ich frage mich, wie viele Bewohner_innen aus Wietze nach ihrem Interesse befragt wurden. Sie wurden ja noch nicht einmal gefragt, ob sie ein Interesse an der Errichtung Europas größter Hühnerschlachtfabrik und dem damit einhergehenden Leid der Tiere, der Regenwaldrodung und der Verbreitung von antibiotika-resistenten Keimen haben. Dass die Gemeinde Wietze jetzt, wenn es um die Repression gegen Aktivist_innen geht, im Namen der Bewohner_innen von Wietze spricht, ist blanker Hohn. Hätte die Gemeinde Wietze bei ihrer Entscheidung für Rothkötters Schlachtfabrik die Interessen der Tiere und der Menschen, die unter den Folgen der Tierhaltung leiden miteinbezogen, dann hätten sie sich gegen diese und alle anderen Schlachtfabriken entscheiden müssen. Sie hat sich aber wie in kapitalistischen Gesellschaften üblich für das Interesse von Konzernen an der Maximierung von Profit und gegen das Interesse von Menschen und Tieren an einem selbstbestimmten Leben frei von Ausbeutung und Leid entschieden."

„In der Schlachtfabrik werden täglich hunderttausende Individuen getötet – die Folgen für Mensch, Tier und Umwelt sind verheerend. Ich sehe den Widerstand gegen diesen Industriezweig weiterhin als bitter nötig und solche Reaktionen zeigen für mich, dass der Widerstand wirkt und die Profiteure der Industrie (wozu auch die Gemeinde Wietze gehört) Angst bekommen. Ich hoffe, dass dieser lächerliche Versuch von Seiten der Gemeinde Wietze, den wirkungsvollen Widerstand gegen Tierhaltung kleinzukriegen, noch mehr Menschen motiviert sich diesem anzuschließen und eigene Aktionen vorzubereiten und durchzuführen. Für die Befreiung von Mensch und Tier!" resultiert eine der Tierbefreiungsaktivist_innen.

Mehr Informationen zu der Kampagne für die Schließung der Schlachtfabriken in Wietze und Wietzen unter:

antiindustryarm.blogsport.de

Thesen zu Homosexualität und Homophobie

Gruppe „Kritik im Handgemenge" Bremen

1. Homo-, Bi- und Heterosexualität sind nicht biologisch bestimmt. Alle Forschungsversuche, die einen Beweis für eine biologische Ursache von Homosexualität liefern wollten, haben sich bemüht, statistische Zusammenhänge zwischen sexueller Neigung und Körpermerkmalen zu finden. Vergrößerte Ohrläppchen, Hodenbeschaffenheit, Gehirnbesonderheiten, DNS-Sequenzen etc. müssten jedoch, selbst wenn innerhalb der untersuchten Gruppe eine Überschneidung bestünde, nicht unbedingt deren Ursache sein – schließlich ist das vermehrte Auftreten von Männern mit weißen Bärten und roten Mänteln rund um den 24.12. auch kein Beweis dafür, dass der Weihnachtsmann die Geschenke bringt. Ein Beweis müsste den *inhaltlichen* Zusammenhang aufzeigen, welcher als statistische Korrelation unmöglich zu erbringen ist. Die Wissenschaft ist bis heute unfähig geblieben, auch nur erste Anhaltspunkte zu liefern, dass sich das sexuelle Begehren aus der Biologie ergibt.[1] Menschliche Sexualität ist eine spezifisch gesellschaftliche Angelegenheit, daher ist es schlichtweg falsch, nach rein biologischen Determinanten oder Erklärungen zu suchen.

2. Die Natur liefert die materiellen *Voraussetzungen* von menschlicher Sexualität (Körper mit Nerven, Gehirn, Flüssigkeiten usw.), die jeweilige Gesellschaft die *Bedingungen*, unter denen sie stattfindet (in Form der politischen Herrschaft mit ihren Gesetzen und Verordnungen, aber auch als durchgesetzte Vorstellungen, Erwartungen und Sehnsüchte im menschlichen Miteinander, ebenso in Form von Wissen über Sexualität und in den Spielzeugen, Hilfs- und Anregungsmitteln). Die *Inhalte* und *Formen* des Sexuellen aber entstehen aus dem Denken und Fühlen der Einzelnen, die diese Voraussetzungen und Bedingungen interpretieren.

3. Das „Natur"-Argument halten viele für so einleuchtend, weil ihnen ihr eigenes sexuelles Begehren als etwas erscheint, das nicht einfach durch Beschluss zu ändern ist. Falls sich ihre sexuelle Orientierung im Laufe ihres Lebens dann doch einmal verändert, meinen sie in der neuen Form zumeist ihre ureigenste, zuvor unterdrückte, wahre sexuelle Identität zu entdecken. Gerade weil der moderne Mensch in Liebe und Sexualität sein wahres Wesen ausdrücken will und seine Identität darin findet, zu sein, wer er ist (und nicht bestimmt von Mutter, Vater, Staat und Kapital), soll seine Sexualität und sein Verlieben eben auch ganz seins sein. Den langen Weg, den jedes bürgerliche Subjekt von seiner Geburt bis zur Entwicklung explizit sexueller Phantasien und Praktiken zurücklegt; die Fülle von Erfahrungen und Entscheidungen; all die sinnigen und unsinnigen Gedanken und Gefühle des Menschen zu ihrem Verlangen, den Objekten ihres Verlangens und deren Verhalten – all das erscheint so dem Menschen wie ein langer Weg zu sich selbst und ist rückblickend sinnvoll in die eigene Geschichte eingeordnet. Der Prozess erlischt im Resultat.

> „Die Menschen machen ihre Sexualität selbst – aber sie machen sie nicht aus freien Stücken.

4. Politischen Anklang bei der Schwulenbewegung hat die sexuelle Vererbungslehre dadurch gefunden, dass sich damit gegen Therapie- und Bestrafungskonzepte kämpfen ließ – und alle fundamentalistischen Christenmenschen sich dann die Frage gefallen lassen müssen, warum der Herrgott die Schwulen und Lesben so geschaffen hat, wenn er sie denn hasst. Die Vorstellung der Sünde setzt eben den freien Willen voraus, gegen Gottes Gebote verstoßen zu können. Wenn Homosexualität vererbt ist, dann kann sie keine Sünde sein. Das Argument ist aber defensiv, oft hilflos, immer dumm und gefährlich und hat im schlimmsten Fall brutale Konsequenzen. *Defensiv*, weil die Homosexuellen als determinierte Tröpfe vorgestellt werden, die vielleicht ja anders wollen würden, wenn sie nur könnten – anstatt zu sagen, dass es Lust bereitet und auch keinen Schaden anrichtet.[2] *Hilflos*, weil längst Ideologien entwickelt wurden, um den Widerspruch zwischen göttlicher Schöpfung und angeblich natürlicher Homosexualität zu überbrücken („besondere Prüfung", „wir lieben Homosexuelle, aber hassen ihren sündigen Lebensstil" etc.). Ein rechter Moralist wird sich von „schwulen" Pinguinen nicht von seinem Hass auf Homos abbringen lassen. *Dumm und gefährlich*, weil es einem Biologismus das Wort redet, der alles von der Arbeitslosigkeit bis zum Zungenkuss aus der Abfolge von Aminosäuren erklärt, und damit von Menschen gemachte Verhältnisse zu unveränderlicher Natur (v)erklärt. *Es hat im schlimmsten Fall brutale Konsequenzen*, weil wenn Homosexualität als Übel betrachtet wird, das durch die Natur hervorgerufen wird, dies auch zur Konsequenz haben kann, alle Homosexuellen und sonstigen „Abweichler" zu vernichten.[3]

5. Die Menschen machen ihre Sexualität selbst – aber sie machen sie nicht aus freien Stücken: Sie können nicht einfach durch Beschluss auslöschen, was ihnen mit und ohne ihrem Beschluss widerfahren ist und was sie aus ihren Erlebnissen gemacht haben. Weil die Psychoanalyse einmal versprochen hatte, genau solche Mechanismen aufzuzeigen und handhabbar zu machen, suchten viele Homosexuelle in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren „Heilung" bei ihrem Therapeuten. Die Psychoanalyse hatte sich bezüglich der Homosexua-

lität für Jahrzehnte zu einer reinen Hetero-Norm-Durchsetzungstherapie entwickelt. Dabei wurden die albernsten, widersprüchlichen psychologischen Theorien über familiäre Bedingtheit von Homosexualität hervorgebracht (mal waren die Mütter zu kalt, mal zu liebevoll, mal zu dominant, mal zu abwesend – mal waren die Väter zu kalt, mal zu liebevoll, mal zu dominant, mal zu abwesend). Heute ist die vorherrschende Meinung in der Psychologie, Homosexualität sei „multifaktoriell" und sie gibt damit wenigstens zu Protokoll, dass sie auch keine Ahnung hat, woher die Homos denn nun kommen.

6. Was nicht weiter schlimm ist – die Frage nach dem Ursprung von Homosexualität ist nämlich meist blöd. Sie ist fast immer Auftakt zur Pathologisierung oder Verfolgung und macht letztlich Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender zur erklärenswerten Anomalie – anstatt zu fragen, woher denn das Konzept kommt, ausgerechnet an primären und sekundären Geschlechtsmerkmalen eines Menschen festzumachen, ob er oder sie als Sexual- und Liebespartner_in in Betracht kommt. Denn auch wenn die Beschaffenheit des Körperbaus, die Körperbehaarung und das Vorhandensein eines Penis oder einer Vagina[4] sexuell mehr oder weniger reizvoll sein können: a) Gibt das biologische Geschlecht zu sehr vielen dieser Fragen gerade mal eine Wahrscheinlichkeit an und ist b) die sexuelle Besetzung von körperlichen Attributen nicht unabhängig von den Gedanken und Vorstellungen, die man sich darüber macht. Im Übrigen gehen die gängigen Konzepte immer wieder davon aus, dass Liebe und sexuelle Anziehung eigentlich zusammenfallen sollen und müssen. Das ist aber gar nicht so.

7. Homo- und Heterosexualität sind zwei einander entgegengesetzte Konsequenzen aus dem herrschenden Geschlechterverhältnis, nämlich nur eins der beiden anerkannten Geschlechter zu begehren. Daran ist nichts logisch, aber auch nichts weiter verwerflich. Zwar bedeutet es erstmal, die Hälfte der Weltbevölkerung von vornherein nicht sexuell und amourös interessant finden zu wollen. Wäre das die einzige Folge der ganzen sexuellen Identitätshuberei, so würde man ebenso wie bei Menschen, die keinen Spinat mögen, die Schultern zucken und sich maximal wundern, warum Geschmäcker so verschieden sein können. Aber die Verhältnisse sind nicht so: Sexuelle Identität ist keineswegs nur ein verfestigtes Geschmacksurteil.

8. Nach wie vor sind nämlich Homo- und Heterosexualität Sortierungen, aus denen eine Menge Leid und Gewalt folgt. Wenn diese Identitätshuberei die Massen ergreift, wird sie selbst eine materielle Gewalt – auch gegen die, die sie nicht teilen.

„Homo- und Heterosexualität sind zwei einander entgegengesetzte Konsequenzen aus dem herrschenden Geschlechterverhältnis, nämlich nur eins der beiden anerkannten Geschlechter zu begehren. Daran ist nichts logisch, aber auch nichts weiter verwerflich.

Die heterosexuelle Vorannahme verunsichert auch heute noch Homosexuelle in modernen westlichen Gesellschaften und zwar nicht erst, wenn Schwule und Lesben zusammengeschlagen werden. Jeder dritte Selbstmord bei Teenagern soll etwas mit Homosexualität zu tun haben; die permanente, gar nicht immer bös gemeinte oder absichtliche Zurückweisung und Ausgrenzung „Anders"liebender und -vögelnder bringt eine Fülle von Macken und Merkwürdigkeiten hervor, die an Trostlosigkeit, Selbstzerstörung und Selbstgefährdung mit den düstersten Auswüchsen des heterosexuellen Geschlechts- und Liebeslebens locker mithalten können.

9. Dazu kommen noch der direkte und deutliche Hass und Ekel der nicht-homosexuellen Welt, die jenseits der Hochglanzbroschüren der Gleichstellungsbeauftragten immer noch weit verbreitet sind. Männer und Frauen müssen auch in westlichen Staaten häufig um ihre Gesundheit fürchten, wenn sie als „schwul" bzw. „lesbisch" bezeichnet werden. Ekel wird beiden entgegengebracht – im Umgang mit lesbischen Frauen kommt noch stärker eine Ignoranz etwa in Form der Einordnung als vorübergehende Phase hinzu.

„Schwul" ist bei Kindern und Jugendlichen erst einmal alles, was irgendwie doof ist und nicht funktioniert – und gilt als mit das Schlimmste, was einem Jungen überhaupt nachgesagt werden kann. Aber Schwul-Sein ist mehr als nur „doof": Das Schlimmste an der männlichen Homosexualität scheint immer noch zu sein, dass sich dort Männer ficken lassen[5] und Spaß dran haben. Und „gefickt zu werden", das ist eben das Aufgeben der Herrschaftsposition, das ist zum-Objekt-werden. Daran Spaß zu haben und nicht der coole, kontrollierte und kontrollierende Mann zu sein, das widerspricht dem saublöden Männlichkeitsideal nicht nur der meisten männlich sozialisierten Menschen. Diesem Ideal zu entsprechen erfordert einiges an Durchhaltevermögen und Opferbereitschaft – und diejenigen, die damit brechen, werden als Bedrohung empfunden – weshalb Schwule von der blöden Anmache bis zum Zusammengeschlagen werden einiges durchzumachen haben. Dieses Ideal ist weiterhin die traditionelle, aber nicht aus der Mode gekommene Fassung des erfolgreichen bürgerlichen Konkurrenzsubjekts,[6] das sich weder von Gefühlen noch von seiner Lust beherrschen lässt, verbunden mit der falschen Vorstellung, die richtige Haltung sei eine Erfolgsgarantie.

„Lesbisch" als Schimpfwort wird zwar nicht als Synonym für „scheiße" gebraucht, doch z.B. in der Schule als „Lesbe" verschrien zu sein, ist beleidigend gemeint und isoliert die Person in der Regel. Händchenhalten unter Mädchen wird zwar in westlichen Ländern anders betrachtet als unter Jungs. Aber werden aus „spielenden Mädchen" irgendwann „Lesben", trifft sie ebenfalls körperliche Gewalt und auf jeden Fall eine Menge Verachtung. Diese Ablehnung hängt – entsprechend des Geschlechterbilds – auch damit zusammen, dass einerseits sich in den Augen der Macker lesbische Frauen der männlichen Verfügungsgewalt als Sexualobjekte entziehen, andererseits damit, dass lesbische Frauen ihre Funktion und Rolle als Frau und Mutter ganz prinzipiell nicht erfüllen, die in den Augen eines Großteils der Gesellschaft ihre eigentliche Aufgabe wäre.

10. Unbestritten ist das Leben von Schwulen und Lesben in westlichen Staaten heute sehr viel einfacher als noch vor ein paar Jahren. Nachdem dort Ende der 1960er

Jahre die Regulierung der Sexualität ihrer Bürger nicht aufgegeben, aber nach neuen Prinzipien gestaltet wurde, hat die polizeiliche Überwachung und Verfolgung der – männlichen – Homosexualität stark abgenommen bzw. aufgehört.[7] Dadurch wurde erst eine schwule Subkultur ermöglicht, die noch ganz davon lebte, ein Gegenentwurf zu den sexualmoralischen Vorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft zu sein, welcher ein Maß an Befreiung ermöglichte, von dem Veteranen noch heute sehnsuchtsvoll berichten. Sie war aber zugleich eine Illustration der Tatsache, wie sehr auch die Aufstände und Übertretungen noch den Konventionen gehorchen, gegen die sie sich subjektiv richten: Denn das in den 1970ern entworfene Modell des Homosexuellen nahm immer wieder Bezug auf die Klischees der bürgerlichen Gesellschaft.[8] Genau diese Subkulturen wurden in West- und Nordeuropa, Kanada, Australien und Neuseeland nach dem Auftauchen von AIDS ein wichtiger Juniorpartner des Staates beim Kampf um die Volksgesundheit und zugleich auch zum Transmissionsriemen bürgerlicher Normen in den Rest der schwulen Szene hinein. Heute sind die verbliebenen Schwulenorganisationen weit entfernt von jeglicher Kritik an der Gesellschaft, um deren vollständige Anerkennung ihrer Liebes- und Lebensweisen sie so hartnäckig kämpfen. Die lesbische Subkultur hat sich dagegen im Rahmen der feministischen Bewegung entwickelt und ist so angepasst und unangepasst wie diese. Da das Sexuelle in der lesbischen Bewegung nicht derartig im Vordergrund steht, ist sie weniger Adressat sexualpädagogischer Bemühungen des Staates und seines Gesundheitssystems.

11. Weltweit ist zum Optimismus in Sachen Emanzipation kaum Anlass vorhanden. In vielen, nicht nur islamischen Staaten wird homosexuelle Emanzipation als Zersetzung und Zerstörung der Nation gesehen – und entsprechend Homosexuelle als Gefahr behandelt, verfolgt und bestraft. Diese Regimes haben materiell ihren Bürgern nichts zu bieten, oft nicht mal die schäbige Möglichkeit, sich für fremden Reichtum den Buckel krummzuschuften. Entsprechend scharf sind diese Nationen auf den Idealismus ihrer Staatsbürger und bekämpfen den westlichen „Individualismus"; das heißt das freche Märchen, im Kapitalismus gehe es dauernd nur um das Streben nach individuellem Glück, wird als Bedrohung der Aufopferung für Staat und Glauben gegeißelt. Die Schwulen – weniger die Lesben[9] – werden heute als Repräsentanten dieses Modells verfolgt: Zerstörer der traditionellen Werte, Familien- , Ehe- und Nachwuchsverweigerer, Schwächer der männlichen Kampfkraft für Nation und/oder Umma[10].

12. In vielen Ex-Kolonien wird Homosexualität als Produkt des Kolonialismus dargestellt. Homosexuelles Verhalten lässt sich in diesen Gesellschaften aber fast immer auch schon vor der europäischen Kolonialisierung nachweisen.[11] z.T. besungen und gepriesen, z.T. auch einfach als selbstverständliche Durchgangsphase vor allem männlicher Sexualität verschwiegen. Die (dortigen) Schwulen haben das Pech, als Symbol für koloniales Erbe, westliche Dekadenz und vor allem fehlende männliche Pflichterfüllung herhalten zu müssen.[12] Alle eklige Scheiße, die die europäischen Nationen bereits im 19. Jahrhundert an, mit, durch und gegen ihre(r) Bevölkerung durchgezogen haben, spielen die Verliererna-

> *Die heterosexuelle Vorannahme verunsichert auch heute noch Homosexuelle in modernen westlichen Gesellschaften und zwar nicht erst, wenn Schwule und Lesben zusammengeschlagen werden. Jeder dritte Selbstmord bei Teenagern soll etwas mit Homosexualität zu tun haben.*

tionen der ganzen Welt jetzt noch einmal durch. Und im Gegensatz zur gelungenen Kapitalakkumulation, die sie nicht hinkriegen und in der Masse auch gar nicht hinkriegen können, brauchen sie bei der moralischen Volksertüchtigung nicht zu befürchten, in der Konkurrenz zu unterliegen – höchstens, dass die imperialistischen Länder hin und wieder ihren Unwillen über mangelnde Botmäßigkeit in Form von Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen kleiden. Und dabei haben auch Länder, die vor 30 Jahren selber noch Schwule in den Knast gesteckt haben, die Homofrage als imperialistischen Einmischungstitel entdeckt.

13. Auch innenpolitisch werden Fragen der „Integration" von Migranten nun des Öfteren mit der Homofrage verbunden. Ein Rassist, der sonst nicht weniger interessiert sein könnte an Homophobie und hier und da auch mal selbst einen Spruch gegen Schwule macht, fühlt sich nun bemüßigt, Homophobie auf einmal an allen möglichen Ecken und Enden auszumachen – aber ausschließlich in der migrantischen Community. Das verweist auf das Problem jeglicher Identitätspolitik, die bloß fordert, die jeweilige Gruppe nicht mehr aus der Nation auszuklammern.[13]

Fußnoten

1. Die häufig zu hörende Erweiterung, in Wirklichkeit Verwässerung, des Gen-Arguments, es sei wohl ein komplexes Zusammenspiel von Umwelt und Anlage am Werk, nämlich einer genetischen „Disposition", die dann auf soziale „Faktoren" treffe, hat natürlich den Vorteil, dass man hier gar nichts mehr beweisen muss und auch gar nicht kann. Denn wie sollte das wohl nachgewiesen werden? Umwelt und Anlage sind zu ihrer Begründung wechselseitig aufeinander verwiesen: Was sich nicht durch die Anlage erklären lässt, muss seine Ursache wohl in entsprechenden Umweltbedingungen haben und umgekehrt. Somit wird der freie Wille des Menschen als Ursache gar nicht erst in Betracht gezogen.

2. Es soll hier nicht gesagt sein, dass Sex nur okay ist, wenn dabei niemand verletzt wird. Jedoch sind wir der Auffassung, dass Sex nur dann okay ist, wenn niemand *unwillentlich* verletzt wird.

3. Die Nazis waren sich übrigens nicht sicher, ob Homosexualität nun erblich oder anerzogen ist und haben darum eine Vielzahl widerlicher „Experimente" gemacht.

4. Den meisten ist dabei sehr wichtig, dass diese „primären Geschlechtsmerkmale" seit Geburt an der jeweiligen Person vorhanden sind.

5. „Schwul ist nur, wer sich bückt, der andere ist einfach krass drauf" (Toilettenspruch).

6. Heutige Erfolgstipps, als Frau auch mal Stärke zu zeigen und als Mann auch Soft Skills zu entwickeln, sind keine Auflösung der klassischen Geschlechterbilder, sondern eine Anpassung, in der der Bezug auf die ursprüngliche Rollenverteilung weiter enthalten ist.

7. Im Regelfall – die uns bekannte Ausnahme war der austrofaschistische Staat, den wir für diese verfolgende Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen aber auch nicht loben wollen – interessierten sich die modernen Homosexuellenverfolger nur für Schwule. Ob das mit der generellen Geringschätzung weiblicher Sexualität oder mit den stärkeren Bedrohungsgefühlen in Sachen schwuler Sex wegen Penetration von und durch Männer zu erklären ist oder noch ganz anders, können wir hier nicht endgültig beantworten.

8. Z.T. war das neue selbstbewusste Posen als sexuell befreites, sich nicht an gültigen Codes bürgerlicher Männlichkeit haltendes Individuum eben nur die positive Umwertung alter Klischees von Schwulen als sexuell haltlos, effeminiert usw. Das kommt sicherlich sympathischer rüber als die verklemmten autoritären Spießerfressen, ist aber da schlecht, wo eben ein neues Idealbild entwickelt wird, dem mensch zu genügen hat – wer zweimal mit dem/derselben pennt, gehört keineswegs schon zum „Establishment", und Promiskuität ist auch nur dann geil, wenn sie der betreffenden Person Spaß macht und nicht ein verzweifelter Selbstbestätigungstrip oder eine fiese Konkurrenz ist. Z.T. aber wurden und werden einfach nur die Geschlechterklischees innerhalb eines Geschlechts durchgespielt, mit durchaus bösartigen Ausgrenzungen von z.B. „Tunten".

9. Ob das damit zu tun hat, dass in den entsprechenden Ländern Frauen sowieso nicht als vollwertige Menschen gesehen werden und lesbische Sexualität deswegen nicht ernst genommen wird oder ob die Gewalt gegen lesbische Frauen im häuslichen Bereich bleibt und von Vater, Bruder, Ehemann usw. ausgeübt wird und nicht an die Öffentlichkeit gerät (um die Ehre der Familie nicht zu „beschmutzen" usw.), vermögen wir nicht zu sagen.

10. „Umma" bezeichnet die religiöse Gemeinschaft aller Muslime.

11. Als der marokkanische Gelehrte Muhammad al-Saffar in den 1840er Jahren Paris besuchte, stellte er verwundert fest: „Tändeleien, Romanzen und Umwerbungen finden bei ihnen [den Franzosen] nur mit Frauen statt, denn sie tendieren nicht zu Knaben oder jungen Männern. Vielmehr gilt ihnen das als extrem schändlich." (Georg Klauda: „Mit Islamophobie contra Homophobie?" in: Arranca! 37, http://arranca.org/ausgabe/37/mit-islamophobie-contra-homophobie; zitiert nach: Khaled El-Rouayheb, Before Homosexuality in the Arab-Islamic World, 1500-1800. Chicago, 2005. S.2)

12. Auch im Westen lässt sich beobachten, dass Homosexualität als Symbol für Egoismus und Verantwortungslosigkeit (unterlassene patriotische Pflicht der Nachwuchserzeugung) und Dekadenz steht. Herr Elsässer beispielsweise schimpft gegen „postmoderne Warmduscher" und gab am 19.9.2006 in der Zeitung „junge Welt" folgendes zum Besten: „Mit Staatsknete wird Multikulti, Gendermainstreaming und die schwule Subkultur gefördert, während die Proleten auf Hartz IV gesetzt werden und sich oft auch keine Kita, kein Schwimmbad und keine warme Wohnung mehr leisten können" („Der Osten wehrt sich"). Und das Bundesverfassungsgericht begründete sein Urteil zum Erhalt der durch die Nationalsozialisten verschärften Variante des §175 (Verbot von sexuellen Handlungen von Männern mit Männern) Ende der 50er Jahre ebenfalls mit fehlender vaterländischer Pflichterfüllung, daher konnten sich schwule Männer nicht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit (im Grundgesetz §2) berufen. Inzwischen hat sich angesichts der permanenten Lobbyarbeit für die Schwulen- und Lesbenehe sowie dem Adoptionsrecht auch für gleichgeschlechtliche Paare eine gewisse Verschiebung ergeben. Es ist eben schwierig, jemandem Verantwortungslosigkeit vorzuwerfen, wenn der/die dauernd darum kämpft, Verantwortung übernehmen zu dürfen. Jetzt geht das Ressentiment eher so: Homosexuelle seien zur Verantwortungsübernahme sittlich-moralisch per se nicht in der Lage, sondern benutzten Kinder nur zur Selbstverwirklichung.
Realsozialistische Standpunkte sahen teils ähnlich, teils anders aus: Die DDR hatte die Verschärfungen des §175 rückgängig gemacht. Nicht unerwähnt bleiben sollte der Paragraph §121 des sowjetischen Strafbuchs, welcher neue Maßstäbe für die – bis dahin recht liberale – Handhabung gesetzt hat. Während sich die Sowjetunion vorher rühmte, männliche Homosexualität zu entkriminalisieren, so wurde später mit Genugtuung festgestellt, dass der dekadente Westen seine „Perversen" zu lasch behandele. Allerdings waren die meisten Ostblockstaaten wesentlich weniger rigide als die UdSSR und der „freie Westen" in der Zeit vor den 1970er bis 1980er Jahren.

13. Zur Kritik von Identitätspolitik siehe unseren Text „Proud to be … so what?" auf http://www.junge-linke.org

Nichts zu verbergen?

kardan Seit einigen Monaten sind wir Zeug*innen der Enthüllungen des „Whistleblowers" Edward Snowden über die seiner Meinung nach nicht mehr hinnehmbaren Überwachungsprogramme des US-Geheimdienstes in Zusammenarbeit mit den Verbündeten in Großbritannien, Kanada, Australien, Neu-Seeland, Frankreich und Deutschland.

Der ehemaligen Mitarbeiters des NSA-Subkontraktors Booz Allan plante seit seiner vorherigen Anstellung bei Dell 2009 die Veröffentlichung zehntausender interner US-Dokumente und lernte dabei von Ellsberg, Drake, Binning und zuletzt Manning, die nach ihren Enthüllungen massive Repression erfahren haben. Er verließ den westlichen Machtbereich bevor er sich in Hong Kong mit dem überwachungskritischen Guardian Journalisten Glenn Greenwald und der Filmemacherin Laura Poitras (*„My country, my country"*) traf, um mit ihnen die Veröffentlichung hunderttausender Dokumente zu planen. Da er die Seifenoper der Mainstream-Medien erwartete, welche ihre Berichterstattung bei brisanten Themen regulär auf persönliche Details reduzieren, in diesem Fall die Flucht und das Festhalten in der Transitzone des Moskauer Flughafens, traf er Vorkehrungen, damit mehrere Journalist*innen verschlüsselte Kopien der Dokumente besitzen für den Fall, dass ihm etwas zustößt.

Wöchentlich wartet der Guardian Artikel mit immer weitreichenderen Enthüllungen auf und belehrt damit selbst all jene, die seit Jahren Sicherheitsvorkehrungen wie die Verwendung von TOR, HTTPS, PGP und anderen Verschlüsselungstechniken treffen, dass all das für sich noch nicht ausreicht, um der ewigen Speicherung zu entgehen.

Der im folgenden Text genannte Email-Anbieter SilentCircle.com mit Ende-zu-Ende-Verschlüsselung beschloss seine Schließung, nachdem Anfang August der Gründer des kommerziellen E-Mail-Anbieters Lavabit dessen Einstellung bekannt gab – vermutlich in Folge des Drucks der US-Regierung zur Herausgabe des Kontos snowden@lavabit.com und zur Installation weitreichender Überwachungsinfrastruktur.

Die im folgenden Artikel erwähnten Techniken können hier nur kurz erläutert werden. Für verständliche Dokumentation sei auf deren Webseiten verwiesen.

Foto: public domain

NSA-Zentrale in Fort Meade, Maryland, mit Glas-Kupfer-Schild und 18.000 Parkplätzen

NSA-Überwachung

Eine Anleitung, um sicher zu bleiben

Bruce Schneier, Guardian*, Übersetzung: kardan

Die NSA hat riesige Möglichkeiten – und wenn sie in deinen Computer wollen, sind sie drin. Das im Hinterkopf, gibt es fünf Wege, um geschützt zu bleiben.

Da wir jetzt genügend Details über die NSA-Internetüberwachung haben, einschließlich der heutigen* Enthüllungen über die beabsichtigte Schwächung von Kryptographiesystemen, können wir nun endlich versuchen herauszufinden, wie wir uns selbst schützen können.

In den letzten beiden Wochen habe ich zusammen mit dem Guardian an NSA-Artikeln gearbeitet und dabei Hunderte der von Edward Snowden gelieferten extrem geheimen NSA-Dokumente gelesen. Ich war nicht Teil der heutigen Geschichte – die war in Vorbereitung bevor ich dazu kam – aber alles was ich gelesen habe, bestätigt die Guardian-Berichte.

An diesem Punkt sehe ich mich in der Lage, verschiedene Hinweise zu geben, um sich gegenüber einem solchen Gegner zu schützen.

Das wichtigste Element der NSA-Internetüberwachung ist das physische Netzwerk. Dort sind ihre Fähigkeiten am umfangreichsten. Sie haben in enorme Programme investiert, um automatisch Verkehrsdaten zu sammeln zu analysieren. Alles was individuelle Angriffe auf Rechner von Endverbrauchern nötig macht, verursacht deutlich höhere Kosten und Risiken, sodass diese Methoden vorsichtiger und seltener eingesetzt werden.

Unterstützt durch geheime Abmachungen mit Telekommunikationsunternehmen – alle aus den USA und GB und viele andere "Partner" auf der ganzen Welt – bekam die NSA Zugang zu Hauptverbindungen des Internetverkers. In den Fällen ohne diese Art freundlichen Zugriffs, unternehm sie alles, um heimlich alle Kommunikationskanäle zu überwachen: Anzapfen von Unterseekabeln, Abfangen von Satellitenkommunikation und so weiter.



2010-2013 errichtete Serverhallen in Bluffdale, Utah, u.a. zur Speicherung und Attackierung verschlüsselter Daten. Schätzungen der Kapazität reichen von Yotta- bis Exabytes bei 65 MW Stromverbrauch und einem Bedarf von 6.500 Litern Wasser pro Tag.

Foto: AP

* https://theguardian.com/world/2013/sep/05/nsa-how-to-remain-secure-surveillance

Die NSA hat das Internetgewebe in eine riesige Überwachungsplattform verwandelt, aber sie vollbringen keine Magie.

Das ist eine enorme Datenmenge und die NSA hat vergleichbar enorme Kapazitäten, um diese schnell zu sichten und Interessantes zu filtern. "Interessant" kann auf verschiedene Arten definiert werden: durch die Quelle, das Ziel, den Inhalt, beteiligte Individuen und so weiter. Diese Daten werden dann für spätere Analysen in die gigantischen Speicher geleitet.

Die NSA sammelt viel mehr Metadaten über Internetverkehr: wer spricht mit wem, wann, wieviel und durch welche Art der Kommunikation. Metadaten sind weitaus leichter zu speichern und zu analysieren als der Inhalt. Diese können extrem persönlich und individuell sein und ermöglichen damit äußerst wertvolle Einsichten.

Die Abteilung für Informationsbeschaffungssysteme ("Systems Intelligence Directorate") kümmert sich um das Sammeln von Daten und stellt eine atemberaubende Infrastruktur dar. Ich las einen Statusbericht nach dem nächsten über diese Programme mit Abhandlungen über deren Möglichkeiten, Operationsdetails, geplante Weiterentwicklungen und so weiter. Jedem individuellen Problem – Wiederherstellung elektronischer Signale von Glasfaserleitungen, Schritthalten mit den vorbeifließenden Terabyte-Strömen, Ausfiltern der interessanten Details – ist eine eigene Gruppe gewidmet. Die Reichweite ist global.

Die NSA greift auch Netzwerkgeräte direkt ab: Router, Switches, Firewalls, etc. Die meisten haben eingebaute Überwachungsschnittstellen; der Trick ist, diese heimlich anzuschalten. Das ist eine besonders fruchtbare Art des Angriffs. Router werden selten aktualisiert, in der Regel ohne vorinstallierte Sicherheitsfirmware ausgeliefert und als Schwachstelle häufig außer Acht gelassen.

Verschlüsselung ist dein Freund. Benutze sie sorgsam und gib alles, damit sie durch nichts entkräftet werden kann. So ist es möglich, sicher zu sein, auch unter NSA-Beobachtung.

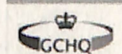
Die NSA verwendet auch bemerkenswerte Ressourcen für die Kompromittierung von Endverbraucherrechnern. Dies geschieht durch die Untereinheit für maßgeschneidertete Zugriffe – TAO ("Tailored Access Operations") – mit einem Menü (unentdeckter) Schwachstellen – je nachdem ob es sich um Windows, Mac OS, Linux, iOS oder etwas anderes handelt – und einer Vielzahl von Tricks, um diese von Ferne auf dem Rechner zu installieren. Anti-Viren-Software wird diese nicht entdecken und selbst wer die entscheidenden Dateien kennt, wird sie kaum erkennen. Diese Werkzeuge wurde von "Hackern" mit essentiell unbegrenztem Budget geschrieben. Was ich aus den Dokumenten entnehmen konnte war, dass wenn die NSA in deinen Computer rein will, schafft sie das auch. Immer.

TOP SECRET STRAP1

Response to improving security

- For the past decade, NSA has lead an aggressive, multi-pronged effort to break widely used Internet encryption technologies
- Cryptanalytic capabilities are now coming on line
- Vast amounts of encrypted Internet data which have up till now been discarded are now exploitable
- Major new processing systems, SIGDEV efforts and tasking must be put in place to capitalize on this opportunity

PTD "We penetrate targets' defences."



This information is exempt from disclosure under the Freedom of Information Act 2000 and may be subject to exemption under other UK information legislation. Refer disclosure requests to GCHQ on 01242 221491 x30306 (non-sec) or email infoleg@gchq

Foto: GCHQ via Guardian / Snowden

Der britische Geheimdienst Government Communication Headquarters (GCHQ) brüstet sich in geheimen Dokumenten damit, verschlüsselte Daten nicht mehr als nutzlos verwerfen zu müssen.

Verschlüsseltem Verkehr begegnet die NSA eher mit Unterwanderung der zugrunde liegenden Kryptographie als durch die Ausnutzung geheimer mathematischer Durchbrüche. Zunächst gibt es da draußen eine Menge schlechte Kryptographie. Wird zum Beispiel eine mit MS-CHAP geschützte Internetverbindung erkannt, ist es leicht, diese zu knacken und den Schlüssel zu finden. Die Ausnutzung schwacher Nutzerpasswörter geschieht mit den gleichen Wörterbuchangriffen wie in der Welt jenseits von Geheimdiensten.

Wie wir heute enthüllten, arbeitet die NSA auch mit den Herstellern von Sicherheitssoftware, um sicher zu stellen, dass kommerzielle Verschlüsselungsprodukte so gebrochen werden, dass nur sie selbst davon wissen. Das kennen wir bereits von CryptoAG und Lotus Notes als bekannteste Beispiele und es gibt nachweislich eine Hintertür in Windows. Einige Leute haben mir kürzlich Geschichten über ihre Erfahrungen erzählt und ich werde in Kürze darüber berichten. Im wesentlichen bittet die NSA Unternehmen um subtile unerkennbare Änderungen ihrer Produkte: durch die Verschlechterung des Zufallszahlen-Generators, um irgendwie an Schlüssel zu gelangen, durch das Hinzufügen eines gemeinsamen Exponenten für Verschlüsselungsverfahren, die auf dem Austausch von öffentlichen Schlüsseln basieren, und so weiter. Wird eine Hintertür entdeckt, wird sie als Fehler wegerklärt. Soweit wir wissen, feierte die NSA enorme Erfolge durch dieses Technik.

TAO hackt auch in Rechner, um Langzeitschlüssel zu erlangen. Wer per VPN (virtuelles privates Netzwerk) mit einem komplexen Schlüssel unterwegs ist, welcher dem NSA Sorgen bereitet, wird im Falle von besonders hochwertigen Zielen mit weiterer Aufmerksamkeit bedacht.

Wie soll man gegenüber einem solchen Gegner kommunizieren? Snowden beantwortete diese Frage bei seiner Online-Fragestunde mit dem Guardian kurz nach der Veröffentlichung der ersten Dokumente: "Verschlüsselung funktioniert. Richtig angewandte starke Kryptographiesysteme sind einige der wenigen verlässlichen Dinge."

Ich glaube das stimmt. Trotz der heutigen Enthüllungen und quälenden Hinweise über "bahnbrechende kryptoanalytische Möglichkeien" von James Clapper, dem Direktor des Bundesnachrichtendienst ("national intelligence"), in einem weiteren streng geheimen Dokument. Diese schwächen Kryptographie auf bedenkliche Weise.

Snowdens folgender Satz ist genauso wichtig: "Unglücklicherweise ist Endpunkt-Sicherheit erschreckend schwach, sodass die NSA regelmäßig Wege zur Umgehung findet."

Endpunkt meint die Software auf deinem Rechner und im lokalen Netzwerk. Wenn der NSA einen Verschlüsselungsalgorithmus verändern kann oder es schafft, einen Trojaner auf dem Rechner zu installieren, ist alle Kryptographie der Welt wertlos.

Software-Glossar

ECC (Elliptic Curve Cryptography), Verschlüsselung mit Hilfe von asymmetrischer Verschlüsselung (s. PKI) unter Abbildung von Zahlenpaaren auf elliptischen Kurven, verwendet z.B. in Chips deutscher und österreichischer Reisepässe, unter Druck seit August 2013

PKI (Public Key Infrastructure), Verschlüsselung mit öffentlichen Schlüsseln, verwendet von OpenPGP (RSA, Elgamal), "Cryptopocalypse": 512 Bit RSA-Schlüssel sind in 650 Stunden knackbar ("Function Field Sieve")

PGP (Pretty Good Privacy), Email-Verschlüsselungssoftware, *pgp.com*

GPG (Gnu Privacy Guard), FOSS Email-Verschlüsselung, *gnupg.prg*

OTR (Off-the-record), Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für Chats etc., cypherpunks.ca

Silent Circle, Email-Anbieter, stillgelegt seit August 2013 nach Lavabit-Schließung

TAILS, Betriebssystem basierend auf Debian, bei dem TOR vorinstalliert ist, tails.boum.org

TOR The Onion Router, Anonymisierungswerkzeug, *torproject.org*

TLS (Transport Layer Security), auch HTTPS, wirksam bei Ausschluss von Angriffen mittels MITM ("man in the middle"), siehe https://chaosradio.ccc.de/cr172.html

TrueCrypt, frei verwendbare Software (nicht FOSS) zur Festplatten- und Dateiverschlüsselung, *truecrypt.com*

VPN (virtual private network), verschlüsselte Ende-zu-Ende-Datenübertragung, insbesondre nützlich zur Umgehung von Internetanschlussüberwachung

Wer sicher bleiben will, muss sich anstrengen, damit die Verschlüsselung uneingeschränkt funktioniert.

Unter Beachtung all dessen kann ich fünf Empfehlungen aussprechen:

1) Versteck' dich im Netzwerk. Verwende unsichtbare Dienste und Tor zur Anonymisierung. Zwar sind Tor-Nutzer gesondertes Ziel der NSA, aber es macht ihnen Arbeit. Je weniger übertragen wird, desto sicherer bist du.

2) Verschlüssele alle Kommunikation. Benutze TLS und IPsec. Auch hier gilt: Es ist wahr, dass verschlüsselte Verbindungen ein Ziel sind und es mag besondere Exploits gegen diese Protokolle geben, dennoch bieten sie sehr viel besseren Schutz als Klartext.

3) Obwohl dein Rechner kompromittiert werden kann, bedeutet das Arbeit und Risiko seitens der NSA – also ist er es vermutlich nicht. Für besonders wichtige Fälle empfiehlt sich das Abkoppeln. Als ich begann, mit Snowdens Dokumenten zu arbeiten, kaufte ich einen neuen Computer ohne ihn jemals mit dem Internet zu verbinden. Um eine Datei zu übertragen, verschlüssele ich es auf dem sicheren Computer und trage es zu meinem Internetrechner auf einem USB-Stick. Zur Entschlüsselung mache ich es anders herum. Das mag nicht schusssicher sein, aber es ist bereits ziemlich gut.

4) Misstraue kommerzieller Verschlüsselungssoftware, besonders von großen unternehmen. Ich vermute, die meisten Produkte großer US-Firmen tragen NSA-freundliche Hintertüren und viele aus anderen Ländern wahrscheinlich ebenso. Es ist anzunehmen, dass letztere zusätzlich Hintertüren der lokalen Geheimdienste enthalten. Geschlossene Software ist im Allgemeinen einfacher für die NSA als quelloffene. Systeme mit zentralen Schlüsselen bieten keinen Schutz, einerseits aus legalen und zusätzlich aus illegalen Gründen.

5) Nutze öffentliche Verschlüsselungsverfahren, von denen es mehrere Implementationen gibt. Zum Beispiel ist es schwerer für die NSA Hintertüren in TLS einzubauen als in Bitlocker, weil TLS jedes Herstellers kompatibel mit TLS aller anderen Hersteller sein muss, während Bitlocker nur mit sich selbst kompatibel sein muss, was der NSA größere Freiheit für Veränderungen bietet. Weil Bitlocker prorpietär ist, ist es weitaus unwahrscheinlicher, dass diese entdeckt werden. Symmetrische Verschlüsselung ist bevorzugt vor PKI-Verfahren zu verwenden. Lieber konventionelle Systeme mit diskreten Logarithmen verwenden anstatt Systeme unter Verwendung von elliptischen Kurven (ECC) – letztere enthalten Konstanten, welche der NSA beinflussen könnte.

Seitdem ich an Snowdens Dokumenten zu arbeiten begann, habe ich GPG, Silent Circle, Tails, OTR, TrueCrypt und Bleachbit und einige andere Dinge benutzt, über die ich nicht schreiben werde. Es gibt eine undokumentierte Verschlüsselungsfunktion in meinem Passwort-Safe für die Kommandozeile. Damit habe ich auch gearbeitet.

Ich verstehe, dass das meiste davon unmöglich für die meisten Internetnutzer ist auch wenn ich für die meisten Arbeiten nicht all diese Werkzeuge brauche. Und ich benutze leider vornehmlich immer noch Windows. Linux wäre sicherer.

Die NSA hat das Internetgewebe in eine riesige Überwachungsplattform verwandelt, aber sie vollbringen keine Magie. Sie sind begrenzt durch die gleiche ökonomische Realität wie der Rest von uns und unsere beste Verteidung ist, Überwachung so teuer wie möglich zu machen.

Vertrau der Mathematik. Verschlüsselung ist dein Freund. Benutze sie sorgsam und gib alles, damit sie durch nichts entkräftet werden kann. So ist es möglich, sicher zu sein, auch unter NSA-Beobachtung.

Bruce Schneier, Autor von "Angewandte Kryptographie" und einem Dutzend Bücher, schreibt seit Juli 2013 für die Electronic Frontier Foundation und den Guardian.. Alle Beiträge seines Crypto-Gram-Rundbriefs seit 1998 und sind öffentlich archiviert (schneier.com).

Earth Liberation Front sabotiert Skianlage im Harz

ähm/ Folgendes Bekenner_innenschreiben wurde am 28.08.2013 auf der Internetpltatform Indymedia veröffentlicht:

„In der Nacht vom 27. August auf den 28. August haben wir die Mittelstation der Liftanlage des Skigebietes am Wurmberg sabotiert. Mit Farbe sprühten wir mehrere Botschaften an die Mauern der von der Wurmberg Seilbahn Gesellschaft betriebenen Anlage.

- „LASST DEN WALD LEBEN"
- „SKIANLAGEN SABOTIEREN"
- „LET THE FOREST PROSPER"
- „THERE'S NO TIME TO WAIT FOR CHANGE"
- „SHOW YOUR DEDICATION THROUGH YOUR ACTION."

Wir haben zahlreiche Scheiben des Gebäudes sowie von dort stehenden Baufahrzeugen und von zwei Pistenraupen eingeschlagen. Wir durchtrennten Kabel an Baufahrzeugen, Pistenraupen und an einigen Stromkästen der Lift- und Beschneiungsanlagen.



Die Wurmbergseilbahn im Harz

Dies war ein notwendiger Akt des Widerstandes gegen die von der Wurmberg Seilbahn Gesellschaft fortlaufend vorangetriebene Zerstörung der Natur am Wurmberg. Eine Skianlage, wie sie die Wurmberg Seilbahn Gesellschaft betreibt, ist in ihrer Entstehung wie in ihrem Betrieb abzulehnen.

Dort, wo die natürliche Umwelt ausgebeutet wird –, also den Profitinteressen einzelner Akteure unterworfen wird –, dort ist direkter Widerstand gegen diese Ausbeutung unumgänglich! Deswegen ist die Wurmberg Seilbahn Gesellschaft zum Ziel unserer Aktion geworden.

Der bereits weit vorangeschrittene Ausbau des Skigebietes am Wurmberg macht einmal mehr das destruktive Verhältnis der Menschen zur Natur im Kapitalismus deutlich. Über 16 Hektar Wald wurden gerodet, um eine neue Liftanlage, einen Großparkplatz sowie neue Pistenabfahrten an den Berghängen zu schaffen. Die Bäume, die übrig sind, im Rodungsgebiet jetzt plötzlich am Rand der Baumgruppen stehen, werden durch Windbruch zusätzlich gefährdet sein. Auch sollen mehrere Beschneiungsanlagen neu gebaut werden, die künstlich erzeugten Schnee auf den Pisten verteilen. Dafür wird aus dem Wasserschutzgebiet der Warmen Bode Wasser entnommen und ein riesiger Speichersee auf dem Gipfel angelegt. Diese Kunstschneepisten werden bei Nacht dann weiträumig mit Flutlichtscheinwerfern ausgeleuchtet. Den Tieren, die noch nicht aus ihrem Lebensraum vertrieben wurden, wird das Leben in ihrer ursprünglichen Umgebung zur Unerträglichkeit gemacht.

Der Lärm und das Licht der Wintersportanlage wird den Wald stetig belasten. Da hilft es auch nichts, dass die Wurmberg Seilbahn Gesellschaft – zur Vortäuschung der eigenen Umweltfreundlichkeit – von künftigen Bergwiesen an den gerodeteten Hängen und von Aufforstungen an einem anderen Ort spricht.

Der Wald am Wurmberg ist zerstört. Er wird nie wieder so werden wie er einmal war. Die Konsequenz daraus muss sein, die Zerstörung jetzt auf das destruktive Skigebiet zu verlagern, um dem Wald Stück für Stück seinen Raum zurückzugeben, damit er, sich selbst überlassen, frei von Ausbeutung existieren kann.

Earth Liberation Front

ELF"

Die Goslarsche Zeitung berichtete in den folgenden Tagen, dass durch diese Aktion ein Sachschaden von 100.000 Euro entstanden ist. Nachdem die Wurmbergseilbahn Gesellschaft *„mit Hochdruck daran gearbeitet hat, die Schäden zu beseitigen"* lief die Bahn am Donnerstag wieder. Laut einem Pressesprecher der Polizei werden derzeit von sogenannten „Experten" die Spuren ausgewertet, die am Mittwochmorgen von den Beamten am Tatort gesichert wurden. Bleibt zu hoffen, dass die Aktivist_innen sauber gearbeitet haben und die Bullen auf ewig im Dunkeln tappen werden.

„... sie hören Dir nicht zu."

Jerry Bagaza floh 2007 aus seinem afrikanischen Heimatland nach Deutschland. Hier hat er zahlreiche Erfahrungen mit institutionalisiertem Rassismus machen müssen und sich stets dagegen zur Wehr gesetzt. Es folgt die gekürzte Version eines Gesprächs, das drei weiße deutsche UnterstützerInnen (U) im August 2013 mit Jerry Bagaza (JB) geführt und frei aus dem Englischen übersetzt haben.

U: Jerry, wir möchten Dich gern etwas zu Deiner Person und Geschichte fragen. Ist das in Ordnung für Dich?

JB: Ich glaube nicht, dass ich mich durch Eure Fragen angegriffen fühlen werde. Ihr habt Geflüchtete kennen gelernt und eine Ahnung, welche Fragen OK sind und welche nicht. Ihr seid ja nicht wie die Behörden, die Dich heute fragen [in aggressiver Tonlage] Wo sind Deine Papiere, und morgen fragen sie Dich, Wo sind Deine Papiere, und übermorgen fragen sie, Wie bist Du hierher gekommen – es gibt Fragen, die Dich an Deine Vergangenheit erinnern. Und in so einer Situation möchten das viele mit einer schweren Vergangenheit nicht. Es ist besser, es den Leuten selbst zu überlassen, ihre Geschichten zu erzählen, und sie nicht darüber auszufragen. Wenn die Behörden das machen, geraten wir jedes Mal in einen Streit. Sie fragen mich: Warum hast Du Deine Papiere dort gelassen, als Du geflohen bist? Ich bin aber nicht bereit, das mit ihnen zu diskutieren, also antworte ich: Wenn die Papiere so wichtig sind, wärt ihr zufrieden, wenn die Dokumente an meiner statt hier wären? Könnten die Papiere mich repräsentieren und meine Arbeit tun? Ich bin hier, als Mensch! Ich kann doch nicht von einem Ort fliehen, dann bemerken, dass ich meine Papiere dort gelassen habe, und kurz zurückgehen, um sie zu holen und wieder mit dem Grund meiner Flucht konfrontiert zu sein. Also ist es eine unvernünftige Frage, weshalb ich meine Papiere nicht bei mir habe. Das sage ich ihnen, und dann werden sie wütend. Aber so muss man sie behandeln. Sie gehen so mit Dir um, und Du gibst ihnen das Gleiche zurück.

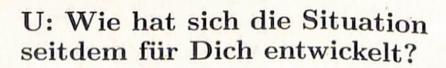
Mit Euch Leuten ist es etwas anderes, Ihr fragt nicht, um mich unter Druck zu setzen. Und hier weiß ich, dass das Gesagte veröffentlicht wird, als eine Erinnerung an die Lage der Geflüchteten.

U: Klar, darum geht es uns. Wenn es trotzdem etwas gibt, das wir lieber nicht schreiben sollen ...

JB: Mir ist das echt egal. Alles, was ans Licht kommt, ist gut. Was dann kommt, kommt. Ich bin ein Kämpfer, und ich bin bereit, zu kämpfen. Ich habe keine Angst mehr. Also, nur zu.

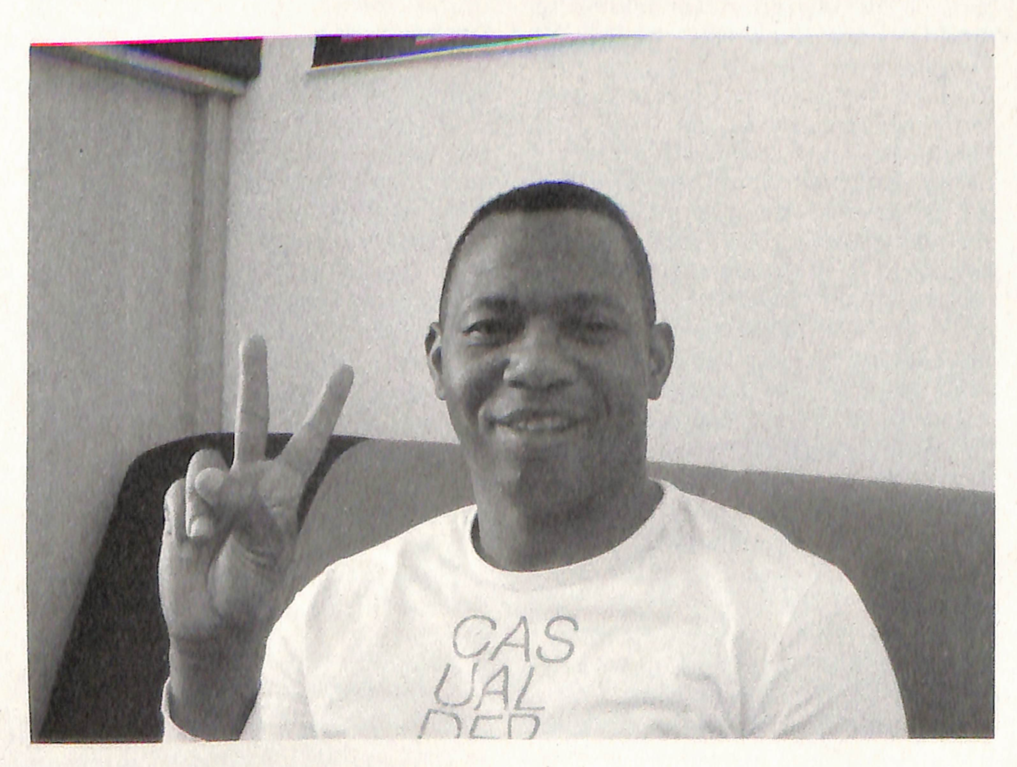
U: Wie alt bist Du, und wie lange bist Du in Deutschland?

JB: Geboren bin ich 1986. Im Jahr 2007 musste ich meine Heimat verlassen und floh nach Deutschland, und seitdem lebe ich hier. Meine Erfahrung in diesem Land lässt sich in zwei Phasen aufteilen: Zu Beginn dachte ich, ich hätte einen Ort der Demokratie und des Friedens gefunden, an dem ich gut aufgehoben wäre. Doch nach einem halben Jahr änderte sich das. Das war der Zeitpunkt, als mein Antrag auf Asyl abgelehnt wurde. Die Leute in den Behörden begannen, Überlegungen anzustellen, wie sich mich zurück nach Hause schaffen könnten. Dabei hatte ich ihnen meine Situation erklärt, wie viel ich verloren hatte und wovor ich geflohen war. Damals wusste ich nicht, wie sie spielen: Denn wenn ein Mensch aus einer gefährlichen Situation flieht, wie kannst Du ihn dahin zurück schicken wollen? Aber das ist es, was sie tun. Da erkannte ich, dass ich an keinem guten Ort gelandet war. Diejenigen, die hier über mein Schicksal entscheiden sollen, haben kein Mitgefühl mit mir und kein Verständnis für meine Lage.



U: Wie hat sich die Situation seitdem für Dich entwickelt?

JB: Die Behörden müssen nur noch die nötigen Papiere zusammen bekommen, und dann wollen sie mich abschieben. Es ist aber nicht, als wäre ich der einzige, dem es so ergeht. Aus 500 Asylsuchenden suchen sie sich vielleicht zehn heraus, den Rest lehnen sie ab – es ist völlig egal, was Du dagegen sagst. Selbst wenn Du ihnen sagst, dass Du fast gehenkt worden wärst: Sie hören Dir nicht zu.



Ich bin dann zu einem Anwalt gegangen. Damals wusste ich noch nicht, dass es den Anwälten in Braunschweig nur ums Geld geht. Ich habe vollstes Verständnis für Neue, die sich hier einen Anwalt nehmen, weil sie es nicht besser wissen. Aber die ziehen nur arme Leute ab. Du hast kein Geld, und sie fordern 25€ hier, 50€ da, und dann machen sie nichts für Dich. Im Grunde unterstützen sie das Töten. Das Bundesamt [für Migration und Flüchtlinge] tötet Menschen, und die Anwälte sind Teil dieses Systems.

Auch ich bin also zum falschen Anwalt gegangen. Er hat irgendeine Gerichtsverhandlung erwirkt, in der ich meine Lage erklärt habe. Das Gericht hat erst gesagt, sie könnten dazu nichts entscheiden, ich müsste mich an ein anderes Gericht wenden. Dann, nach zwei Wochen, sagte mir der Anwalt, sie hätten doch entschieden und meine Beschwerden abgeschmettert. Keine Ahnung, was für ein Spiel die gespielt haben. Nach einer längeren Zeit ohne Anwalt habe ich dann einen neuen in Hannover genommen, der mir sagte, der Braunschweiger Anwalt habe meinen Fall verdorben.

U: Also warten sie nur auf Deine Papiere, um Dich abzuschieben?

JB: Ihnen fehlen die nötigen Dokumente, und es ist nicht so einfach für sie, mich ohne einen Beweis meiner Identität abzuschieben. Sie können mich nicht einfach ohne Papiere in ein Flugzeug stecken. Normalerweise versuchen sie systematisch, von möglichst vielen afrikanischen Botschaften Dokumente zu kaufen. Damit können sie dann Leute in irgendwelche Länder abschieben, die gar nicht ihre Heimatländer sind, was weder legal noch human ist. Aber das ist ihr Spiel. In meinem Fall, ich weiß nicht, warum genau, hat das allerdings nicht geklappt.

U: Derzeit wohnst Du im Flüchtlingslager Wolfsburg-Fallersleben. Wie sieht das Leben dort aus?

JB: Das Leben im Lager ist nicht einfach. Ich kenne Lager von Braunschweig bis Osnabrück, und überall ist es dasselbe. Viele Menschen, denen es nicht gut geht, müssen sich dort auf engem Raum miteinander arrangieren. Sie haben so viel durchgemacht, werden von den Behörden unter Druck gesetzt, stehen unter Dauerstress. Und es gibt nichts für uns zu tun. Kennt Ihr den Ausdruck „Müßigkeit ist aller Laster Anfang"? Wenn Du nichts zu tun hast, zerstört es Dich, und Du kannst zu schlimmen Dingen bewegt werden. Das ist die Kampagne der Behörden: Sie warten nur darauf, dass Leute etwas Schlechtes tun. Und wenn wir es tun, nutzen sie die Medien gegen uns. Wenn wir Gutes tun, ist das schlecht für sie. Aber wenn wir etwas Schlechtes tun, dann sind sie glücklich, denn es sichert die Existenz und den Ausbau der Behörden.

U: Wie würdest Du die Unterbringung und die Versorgungssituation im Lager beschreiben?

JB: Um bei den Räumen anzufangen: Sie sind in einem schlechten Zustand, alles mögliche ist kaputt. Die meisten Zimmer sind nur für eine Person ausgelegt, aber wenn Du nicht darauf bestehst, dann stecken sie noch weitere Personen dazu. Manche leben zu viert in einem Zimmer von vielleicht 25 Quadratmetern, das auch noch zugleich ihre Küche ist. Dazu kommt, dass sie unter Umständen nicht einmal eine gemeinsame Sprache sprechen oder dieselbe Religion praktizieren. Das führt zu Konflikten, die wir gern vermeiden würden. Aber die Behörden wissen schon, was sie tun: Sie wollen ja nicht, dass wir uns dort entspannen. Wenn wir Amtstermine haben, werden wir massiv unter Druck gesetzt. Und wenn sie nicht da sind, um uns in Stress zu versetzen, dann sorgen sie dafür, dass wir das untereinander erledigen. Und dann gibt es nur zwei Ärzte für das Lager. Wenn Du krank bist, musst Du Monate auf einen Termin warten. Und sie sind auch noch Allgemeinmediziner, nicht spezialisiert. Eigentlich ist es egal, was Deine Beschwerden sind: Sie geben Dir ja doch nur Paracetamol. Im Grunde sind wir umzingelt von Stress: Zu Hause hast Du Stress, Du gehst zum Arzt und hast Stress, beim Einkaufen hast Du Stress, im Park hast Du Stress, Du gehst zum Bahnhof und bekommst Stress mit der Polizei.

U: Wirst Du häufig von der Polizei kontrolliert?

Ja, schon. Nicht so oft in Wolfsburg. Aber als ich zum Beispiel das letzte Mal den Zug von Braunschweig nach Hause genommen habe, sah ich schon zu Beginn zwei Polizist_innen, die mir entgegen kamen. Zuerst habe ich sie gegrüßt, ich dachte mir, das sind einfach normale Leute, die ihren Job machen. Als ich in den Zug stieg und mich hinsetzte, kamen sie auch herein. Sie gingen ein bisschen herum, sprachen niemanden an. Aber als sie auf mich zukamen, fragten sie mich, wohin ich fahren würde. Ich habe mir gesagt: Nein, das ist jetzt zu viel. Ich weiß sehr wohl, wohin ich will, warum fragt ihr mich? Könnte es ein verbotener Ort sein? Sie wiederholten ihre Frage. So ging es eine Weile hin und her. Letztlich haben sie dann meinen Ausweis kontrolliert. Ich sagte ihnen: Das könnt ihr machen, ihr seid die Polizei, aber ihr nehmt euren Job nicht ernst. Warum habt ihr die anderen Passagiere nicht kontrolliert und nur mich? Sie sagten, es tue ihnen leid, aber ich antwortete: Nein, ihr tut mir leid.

U: Wie ist die Situation der Bewegungsfreiheit?

JB: Die Residenzpflicht verbietet uns, zu reisen, wohin wir wollen. Die Leute sollen in einem Bundesland bleiben [Anm.d. Übers.: In Bayern, Sachsen gelten gegenwärtig noch striktere Begrenzungen der Bewegungsfreiheit, die tlw. auf wenige Landkreise beschränkt wird]. Was wir nicht wollen. Es hat etwas von einem Gefängnis. Ich darf nicht einmal nach Hamburg fahren, was mich allerdings nicht kümmert, ich fahre trotzdem. Dasselbe mit Berlin. Mir ist es egal, wenn ich erwischt werde. Wir verstehen diese Art Gesetz nicht. Es war schon einmal abgeschafft [Anm.: 1965, als sog. Gastar-

beiter_innen sich aus ökonomischen Gründen ungehindert bewegen können sollten, wurde die in der „Ausländerpolizeiverordnung“ der Nazis 1938 festgelegte Residenzpflicht aufgehoben]; jetzt gilt es wieder für uns, und die Deutschen bleiben still und sehen zu. Aber die Stille nützt nichts, der Staat macht weiter Geld mit idiotischen, rassistischen Gesetzen. Die Leute sollen aufstehen und sagen: Stopp, das geht so nicht, sie sind auch Menschen. So, wie es ist, ziehen sie weiter Leute ab, nehmen Geld von Bettlern, die nichts haben. Ein Freund von mir, Alain, musste 260 € Strafe zahlen für Verstöße gegen die Residenzpflicht. Der Richter ist doch dumm, er hat ja keine Ahnung, was er da tut. So viel zu nehmen von einem, der nichts hat! Sie bestehen darauf, dass er zahlt, obwohl sie doch wissen, dass er das Geld nicht hat. Also, wo ist das Recht? Das ist kein Recht. Die Bewegungsfreiheit ist für alle, nicht nur für Deutsche.

U: Kannst Du etwas dazu sagen, wie andere Geflüchtete mit der Situation zurecht kommen?

JB: Meiner Erfahrung nach führen sie ein hartes Leben. Ich kenne eine Familie, die seit 12 Jahren in Deutschland ist. Eines Tages bekamen sie die Erlaubnis, in der Stadt zu leben. Aber nach sechs Monaten haben die Behörden sie zurück nach Fallersleben ins Lager geschickt. Der Vater der Familie ist nicht mehr normal, es ist, als wäre er verrückt geworden. Es ist nicht gut, Menschen so zu behandeln. Vielen Geflüchteten mache ich keinen Vorwurf, wenn sie nicht zu unseren Treffen kommen. Denn Du siehst sie und denkst, es ginge ihnen OK, aber innerlich sind sie zerstört.

Die Situation in den Lagern ist überall gleich schlecht. Und dann gibt es Leute, die untertauchen müssen, weil sie abgeschoben werden sollen. Gerade neulich haben Menschen einen Freund von mir angerufen und erzählt, wie schwierig es für sie ist, seit sie sich verstecken müssen. Vom Staat bekommen sie keinen Cent mehr, und es gibt auch keine andere Stelle für Menschenrechte oder Humanitäres, an die sie sich wenden könnten. Aber was sollen wir tun? Wir bekommen schon für uns selber nicht genug. Wir kämpfen selber darum, über die Runden zu kommen. Letztlich geht das alles darum, Leute fertig zu machen.

U: Du und andere Geflüchtete organisieren sich gegen diese Zustände.

JB: Ja, aber es ist ein langer Kampf. Es genügt nicht, eine Aktion an einem Tag zu machen – ein Tag ist nichts für die Behörden. Es muss kontinuierlich protestiert werden, sodass sich öffentlicher Druck aufbaut. Die Behörden wissen, weshalb wir demonstrieren, aber wir sind ihnen egal. Nur, wenn sie sich öffentlich immer wieder rechtfertigen müssen, besteht eine Chance. Momentan kursiert viel Fehlinformation: Den Migrant_innen gehe es gut, sie hätten alles, was sie brauchen, die Gesetze würden in unserem Sinne geändert. Bisher hat sich hingegen nur das Reden verändert – die Wirklichkeit nicht. Abschiebungen, die gehen schnell. Für Gesetzesänderungen aber brauchen sie Jahre, oder sie kommen nie.

U: Was können Menschen tun, die Sie in ihrem Kampf um Gerechtigkeit und Freiheit unterstützen wollen?

JB: Wir benötigen viele Arten von Unterstützung. Mal finanziell, mal in der Öffentlichkeitsarbeit, mal im Behördenkontakt. Manchmal wird auch einfach Kleidung benötigt. Häufig geschieht die Unterstützung von Geflüchteten leider nur pro forma, gerade jetzt im Wahlkampf. Oder Leute kommen mit einer Idee und wollen sie uns aufdrängen, ohne uns nach unserer Meinung zu fragen. Wenn Du Menschen unterstützen willst, ist es wichtig, dass Du Dich mit ihnen zusammensetzt und ihnen zuhörst, um zu erfahren, was Du am besten tun kannst. Diese Art der Unterstützung wird immer benötigt.

Und sonst so?

Veranstaltungsreihe zu Anarchie im Ruhrgebiet
Oktober, zeit-fuer-plan-a.de

(pro) Feministisches Theorie-, Kultur und Praxiswochenede
Braunschweig, 1.–3.November im Nexus
antisexismusakbs.blogsport.de

One struggle – One fight!?
Tierbefreiung & Revolutionäre Realpolitik
Hamburg 8.–9. November
assoziation-daemmerung.de/herbstakademie2013

Antiknasttage in Bielefeld
15.–17.November.

Layoutseminar
Wir layouten die nächste grbl-Ausgabe.
25.11.–1.12. in Döbeln
gruenes-blatt.de

Antiknastttage in Braunschweig
27. Dezember–1. Januar
antirepbs.blogsport.de

Seminare in der Projektwerkstatt Saasen
projektwerkstatt.de/pwerk/saasen/termine

Seminar „Zwangsstrukturen aufbrechen"
Auftakt mit einer Abendveranstaltung (Freitag ab 20 Uhr): Impressionen aus dem Knast ++ Samstag ab 18 Uhr: Filme „2m² Leben" und „Frohes Schaffen"
1.–3. November

Seminar „Macht macht Umwelt kaputt!"
Auftakt mit einer Abendveranstaltung (Freitag 20 Uhr): Einführungsworkshop mit Zitate-Quiz
8.–10. November

Seminar „EA" – Wie geht ein Ermittlungsausschuss bei Aktionen?
Auftakt mit einer Abendveranstaltung (Freitag ab 20 Uhr): Ton-Bilder-Schau „Fiese Tricks von Polizei und Justiz"
6.–8. Dezember

Seminar „Offene Räume – Theorie und Praxis"
20.–22. Dezember (Freitag ab 20 Uhr)

Seminar „Ziele, Theorie und offene Fragen bei Veganismus/Tierrechten und -befreiung"
26.–28. Dezember





Hartmut Kiewert: „Sabotage III“ 2009

Die Ostsee ist das am meisten radioaktiv verschmutzte Meer der Welt – so die HELSINKI COMISSION, eine zwischenstaatliche Organisation der Ostsee-Anrainerstaaten. Tschernobyl, Atomwaffentests und sogar die Emissionen der entfernten Sellafield-WAA haben sich in der Ostsee akkumuliert, denn der Wasseraustausch mit dem Atlantik beträgt nur etwa 1% pro Jahr. Weitere Quellen der radioaktiven Kontamination der Ostsee waren und sind die mehr als 60 Atomanlagen, die in Vergangenheit und Gegenwart Radionuklide in das Meer eingeleitet haben: Atomkraftwerke, Uranminen, Atommülllager und sonstige Anlagen.

Das Projekt „Atomic Threats In The Baltic Sea Region“ ist im August gestartet und will Anti-Atom-Aktivist*innen aus dem Ostseeraum zusammen bringen. Aktionen und Kampagnen, Informationsaustausch und Recherchen, Publikationen und Medienarbeit sollen die Proteste gegen Atomanlagen im Ostseeraum stärken. Das Netzwerk/Projekt lädt Gruppen und Individuen ein sich an den Aktivitäten zu beteiligen, Informationsveranstaltungen oder Soliaktionen zu organisieren, lokale Anti-Atom-Projekte zu unterstützen, zu spenden oder sich anderweitig einzubringen. Kontaktaufnahme ist via atomicbaltic@nuclear-heritage.net möglich.

Mehr Infos im Internet:
http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Atomic_Threats_In_The_Baltic_Sea_Region

ISSN 1612-2186

